



Stenografischer Bericht

69. Sitzung

am Freitag, dem 18. Januar 2002,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

TOP 4

Aktuelle Debatte

Entwicklung der chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt - Erfolgsmodell für Branchenentwicklung

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5224**

Herr Eckel (SPD)	4879
Herr Dr. Süß (PDS)	4880
Herr Wolf (FDVP)	4881
Herr Gürth (CDU)	4882
Ministerin Frau Budde	4883

TOP 5

Beratung

Zustimmung zur Ernennung eines Mit- glieds des Landesrechnungshofs für das Land Sachsen-Anhalt

Antrag der Landesregierung - **Drs. 3/5225**

Beschluss	4886
-----------------	------

TOP 6

Aussprache zu Großen Anfragen

a) Zur Kulturpolitik des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der CDU
- **Drs. 3/4793**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 3/4996**

Herr Schomburg (CDU)	4886, 4895
Minister Herr Dr. Harms	4889
Herr Gebhardt (PDS)	4892
Herr Zeidler (SPD)	4893
Frau Wiechmann (FDVP)	4894

b) Sachsen-Anhalt und Europa - Chancen und Risiken der künftigen europäischen Entwicklung

Große Anfrage der Fraktion der PDS
- **Drs. 3/4750**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 3/5108**

Herr Gärtner (PDS)	4897, 4906
Ministerpräsident Herr Dr. Höppner	4899
Herr Dr. Sobetzko (CDU)	4902
Frau Helmecke (FDVP)	4904
Herr Tögel (SPD)	4904

TOP 7

Beratung

Ergebnisse des Europäischen Rates von Laeken: Konvent stärkt Bürgernähe, Demokratie und TransparenzAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5219**

Herr Tögel (SPD) 4907, 4909

Frau Wiechmann (FDVP) 4907, 4910

Herr Dr. Sobetzko (CDU) 4908

Beschluss 4910

TOP 14

Beratung

Förderung von Investitionen zum Anbau, der Vermarktung und Verarbeitung nachwachsender RohstoffeAntrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5221**

Herr Barth (SPD) 4910, 4913

Herr Sommerfeld (CDU) 4911

Herr Mertens (FDVP) 4912

Herr Krause (PDS) 4912

Minister Herr Keller 4913

Beschluss 4914

TOP 15

Beratung

Behandlung im vereinfachten Verfahren gemäß § 38 Abs. 3 GO.LT (Konsensliste) - Drs. 3/5223 neu

Beschluss 4915

(Beschlussempfehlungen in den Drs. 3/5206 neu und 3/5207)

Beginn: 9.08 Uhr.

Vizepräsident Herr Remmers:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 69. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der dritten Wahlperiode.

Ich begrüße Sie herzlich und stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Wir setzen die Sitzungsperiode nunmehr fort. Vereinbarungsgemäß beginnen wir die heutige Beratung mit dem **Tagesordnungspunkt 4:**

Aktuelle Debatte

Entwicklung der chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt - Erfolgsmodell für Branchenentwicklung

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5224**

In der Aktuellen Debatte beträgt die Redezeit je Fraktion zehn Minuten. Die gleiche Redezeit hat die Landesregierung. Für die Debatte wird folgende Reihenfolge vorgeschlagen: SPD, DVU, PDS, FDVP, CDU. Zunächst hat als Antragsteller die SPD-Fraktion das Wort. Es spricht der Abgeordnete Herr Eckel.

Herr Eckel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für diese Aktuelle Debatte gibt es zwei Anlässe. Der erste Anlass sind die Entwicklung der chemischen Industrie selbst und die Überlegung, den mit dieser Branche aus unserer Sicht beispielhaft geführten Dialog auf weitere Branchen auszudehnen. Der zweite Anlass ist die derzeit heftig und aus meiner Sicht bisweilen wenig objektiv geführte Debatte zur wirtschaftlichen Entwicklung in unserem Land, deren positive Aspekte pünktlich vor dem Wahlkampf selbst ein Friedrich Merz nicht zu übersehen imstande ist, wie sein Besuch bei Sket in dieser Woche zeigte. Doch dazu später.

Um nicht in den Verdacht zu kommen, Statistiken zu schönen und als Märchenonkel bezeichnet zu werden, wie geschmackloserweise kürzlich der Ministerpräsident betitelt wurde, schicke ich Folgendes voraus: Mir und meiner Fraktion ist bei der Debatte zu den Wachstumsbranchen wohl bewusst, dass sich bei einem unterdurchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner die Wirtschaft Sachsen-Anhalts verhalten entwickelt.

Auch die höchste Arbeitslosen- und eine vergleichsweise geringe Selbständigenquote haben wir im Kopf, genauso wie die Tatsache, dass unsere Wirtschaft zwar von mittelständischen Strukturen dominiert wird, viele mittelständische Unternehmen allerdings zu klein sind, um wachsen zu können. An solchen Fakten gibt es nichts zu beschönigen und es soll auch nichts beschönigt werden.

Ob wir aber als Wirtschaftsstandort im globalen Standortwettbewerb besser bestehen, wenn wir schlechte Statistiken permanent vor uns hertragen, habe ich meine Zweifel.

Meine Damen und Herren! Muss sich die Landespolitik nicht gerade deshalb auf wachstumsintensive, impulsgebende Kernkompetenzen der Wirtschaft im Lande

stützen, muss sie nicht ebensolche Kernkompetenzen langfristig weiterentwickeln und parallel dazu die Potenziale anderer Branchen aufschließen? - Ich meine, sie muss und kann es erfolgreich. Das ist am Beispiel der chemischen Industrie erkennbar.

Im Branchenvergleich befindet sich die chemische Industrie des Landes Sachsen-Anhalt in Bezug auf die Umsatzentwicklung mit mehr als 7 Milliarden DM knapp hinter dem Ernährungsgewerbe an vorderster Stelle. Die Umsätze im Bereich der chemischen Industrie stiegen gegenüber dem Vorjahr um 32,2 %, der Umsatz je Beschäftigten stieg um 32 %, der Auslandsumsatz von Januar bis April 2001 stieg um 81 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Auch wenn wir uns einen Beschäftigungszuwachs von mehr als 0,7 % gewünscht hätten, bleibt festzuhalten: 36 % der im Osten in der Chemieindustrie Beschäftigten sind in Sachsen-Anhalt beschäftigt und erwirtschaften 50 % des Gesamtumsatzes der ostdeutschen Chemieindustrie!

Die Leistung der Chemiebranche wird Ihnen deutlicher, wenn Sie sich vergegenwärtigen, dass es im Jahr 1990 noch 117 000 Beschäftigte in der Chemieindustrie des Landes gab; im April des letzten Jahres waren es nur noch 11 700 Beschäftigte. Inzwischen hat sich um die Branche der chemischen Industrie ein leistungsstarker industrieller Mittelstand entwickelt. Ich verweise auf eine Studie des VCI, die belegt, dass mit jedem Arbeitsplatz in der Chemieindustrie drei weitere, vor allem mittelständische Arbeitsplätze entstehen.

Auch wenn wir die Umstrukturierung in dieser Branche als abgeschlossen betrachten können, stehen wir doch vor der nächsten Herausforderung. Dabei wird es im Kern um die langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und des Wachstums der chemischen Industrie und anderer Branchen gehen. Diese Kernfrage hat viele Facetten.

Wie am Beispiel der chemischen Industrie bewiesen ist, wird das im engen Dialog zwischen Politik und Wirtschaft der jeweiligen Branchen am ehesten gelingen können. Dabei geht es vor allem, aber eben nicht nur um die zukünftigen Investitionsentscheidungen. Weil wir diese Fragen erst im Oktober des letzten Jahres erörtert haben, möchte ich nur einige Kernpunkte in Erinnerung rufen, die im Dialog mit der chemischen Industrie eine Rolle spielen.

Ich erinnere an die Debatte zur künftigen Chemikalienpolitik in Europa, in der es uns im Verbund mit der chemischen Industrie gelang, die landespolitischen und die Brancheninteressen für den Erhalt und den Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit sowohl des Wirtschaftsstandortes Sachsen-Anhalt allgemein als auch der Chemieunternehmen im Einzelnen durch gemeinsames Vorgehen durchzusetzen.

Ich erinnere an den begonnenen Aufbau strategischer Allianzen und internationaler Netzwerke von Chemie-regionen, die für die Marktentwicklung, die Sicherung der Rohstoffversorgung und den Know-how-Transfer ebenso von Bedeutung sein werden, wie wirtschaftliche Vorteile aus arbeitsteiliger Produktion zu erwarten sind.

Ich rufe in Erinnerung, was im Ergebnis des Strategiedialogs in die Agenda für die nahe Zukunft aufgenommen wurde. Dabei ist beispielsweise auf den Aufbau eines regionalen Ansiedlungsmanagements unter Beteiligung der chemischen Industrie, der Landesregierung und regionaler Strukturen hinzuweisen sowie auf das

Netzwerk der mitteldeutschen Kunststofftechnik und auf den Transfer von Know-how im Transformationsprozess der Volkswirtschaften der EU-Beitrittsländer, um nur einiges zu nennen.

Abgesehen davon, dass es im globalen Wettbewerb der Wirtschaftsstandorte ohnehin Sinn macht, permanent den Dialog zwischen der Politik und den Industriebranchen anzustreben, wird gerade an dem zuletzt genannten Punkt die Notwendigkeit deutlich, auch mit anderen Branchen Strategien zu besprechen.

Mit der EU-Osterweiterung - das war zuerst der Chemieindustrie im Land klar - müssen die ostdeutschen Länder die Berücksichtigung ihrer Wirtschaftspotenziale und die Erhaltung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zum Gegenstand der Verhandlungen mit den Beitrittsländern machen.

Solche strategischen, im Interesse der Wirtschaft und der Politik liegenden Punkte, wie am Beispiel der Chemieindustrie eben beschrieben, sind das eine. Das andere sind die Begleiterscheinungen, die im Prozess der Osterweiterung vor einer Branchenabgrenzung eben nicht Halt machen werden. Wir hatten bereits im Oktober des vergangenen Jahres über mögliche Auswirkungen von Pendlerbewegungen und Unterschieden bei den Löhnen gesprochen. Auch Themen wie die Arbeitnehmerfreizügigkeit werden auch die Wirtschaft und nicht nur die Politik beschäftigen.

Wir sind der Überzeugung, das Erfolgsmodell der Branchenentwicklung am Beispiel der Chemieindustrie kann auch in anderen Branchen wirtschaftspolitisch gewollte, langfristige Entwicklungen beschleunigen.

Meine Damen und Herren! Hierzulande wird Politik für alles Mögliche verantwortlich gemacht, meist jedoch für das Schlechte. Vielleicht lernen wir es, die Politik auch für Bereiche verantwortlich zu machen, in denen es Erfolge gibt.

Das Land Sachsen-Anhalt entwickelt sich in einigen Branchen sehr gut. Ich nenne neben der Chemieindustrie das Ernährungsgewerbe, das im Jahr 2001 gegenüber dem Vorjahr ein Umsatzplus in Höhe von 15 % erzielt hat. Ich nenne die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren mit einer Umsatzsteigerung in Höhe von 23,4 % und ich nenne die Metallherzeugung und -bearbeitung mit einem Umsatzplus in Höhe von 20 % gegenüber dem Vorjahr. Damit geht zum Glück, wenn auch nur langsam, ein Beschäftigungsaufbau einher.

In einer Studie des IWH wird dem Land Sachsen-Anhalt in allen Wirtschaftsbereichen außer der Bauwirtschaft die höchste Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen aller neuen Bundesländer bescheinigt.

Nun können Sie, meine Damen und Herren von der CDU, mich gern einen Märchenonkel nennen, der etwas schönredet. Das nehme ich Ihnen nicht übel, zumal Sie Ihren eigenen Märchenprinzen haben.

(Zurufe von Herrn Gürth, CDU, und von Herrn Becker, CDU)

Der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz hat nämlich mit einem hübschen Satz bei Sket am Dienstagabend ein nettes Märchen erzählt, indem er auf das Land Sachsen-Anhalt bezogen sagte:

„In einem rot-rot regierten Land, das flächen- deckend ABM pflegt, kann sich Mittelstand nicht entwickeln.“

Was die Beifall spendenden anwesenden Märchenfreunde nicht wussten, ist: Bei der Anzahl der Teilnehmer an ABM und SAM je 100 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte wird das Land Thüringen mit 8,8 Teilnehmern nur noch von Mecklenburg-Vorpommern mit 9,1 Teilnehmern übertroffen. Also bleiben Sie bei der Vergabe von Märchentiteln schön auf dem Teppich, meine Damen und Herren, und mit den Branchen im Dialog, um den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt voranzubringen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Eckel. - Die DVU-Fraktion hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Für die PDS-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Süß das Wort.

Herr Dr. Süß (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Oktober des vergangenen Jahres haben wir diese Thematik im Rahmen einer Aktuellen Debatte zur Chemiepolitik aufgrund eines Antrages mehrerer Abgeordneter behandelt und im Wirtschaftsausschuss weiter verfolgt. Dennoch ist es richtig und wichtig, hier erneut darüber zu diskutieren. Das gebietet allein die Bedeutung der chemischen Industrie in unserem Land und auch die dort erzielten Fortschritte.

Der Chemieindustrie und anderen Branchen wird zuweilen mit dem Hinweis auf so genannte alte Ökonomien die Zukunftsfähigkeit abgesprochen. Aber gerade die Chemieindustrie spielt für das wirtschaftliche Wachstum, für Innovation und Beschäftigung auch in Zukunft eine wichtige Rolle. Sie ist als Querschnittsbranche ein wesentlicher Impulsgeber für Fortschritte in anderen Industriezweigen. Industriezweige wie die Chipherstellung, die Landwirtschaft oder der Maschinen-, Anlagen- sowie Fahrzeugbau profitieren von den neuen Produkten, Verfahren und Problemlösungen der Chemieindustrie.

Die chemische Industrie hat trotz der gravierenden Umbrüche und Abbrüche im Zusammenhang mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik gerade im Land Sachsen-Anhalt wieder einen bedeutenden Platz eingenommen. In 125 Betrieben mit mehr als 12 200 Beschäftigten wurde im vergangenen Jahr ein Umsatz in Höhe von mehr als 7,1 Milliarden DM realisiert. Damit ist die Chemie unmittelbar nach der Nahrungsmittelindustrie der zweitwichtigste Wirtschaftszweig unseres Landes.

Mit den im Zeitraum von 1991 bis 2000 getätigten Investitionen in Höhe von fast 15 Milliarden DM wurde eine Produktionsbasis modernsten Zuschnitts errichtet. Diese Entwicklung ist von politischen Grundsatzentscheidungen zur Fortexistenz des Chemiedreiecks in unserem Land und von den aktuellen strategischen Abstimmungen im Rahmen des Chemiedialogs sowie von erheblichen finanziellen Zuschüssen und Fördermitteln vom Bund, vom Land und von der Europäischen Union getragen und unterstützt worden.

Wir betrachten den erreichten Stand als eine gute Grundlage und eine Chance für den weiteren, dringend notwendigen wirtschaftlichen Aufschwung in unserem

Land. Dabei sehen wir in der Revitalisierung der Chemiealtstandorte in Form von Chemie- und Industrieparks beste Voraussetzungen für die weitere Ansiedlung von Unternehmen im Sinne des Aufbaus und der weiteren Gestaltung von Stoffkreisläufen mit hoher Wertschöpfung. Dies gilt vor allem vor dem Hintergrund der Tatsache, dass der Anteil chemischer Grundstoffe am Chemieumsatz in Sachsen-Anhalt mit 77 % beträchtlich über dem Durchschnitt der neuen Bundesländer und noch stärker über dem Durchschnitt der alten Bundesländer liegt.

Ein zweiter zwingender Grund für die Ansiedlung weiterer Unternehmen, um Standorte wie Bitterfeld, Leuna und Buna füllen und langfristig absichern zu können, besteht darin, dass die aufwendig modernisierte Infrastruktur auf die Größe der jeweiligen Gesamtareale ausgerichtet ist und damit auch entsprechend hohe Kosten entstehen.

Vom Vorsitzenden des Verbandes der Chemischen Industrie Bereich Nordost wurde hierfür ein Investvolumen von ca. 12,5 Milliarden € genannt, das noch beträchtlich über dem seit 1991 realisierten Investvolumen liegt. Die Größe dieser gewaltigen Aufgabe wird dadurch besonders deutlich, dass die Fördermittel für einen kürzeren Zeitraum verfügbar sind und tendenziell geringer werden.

Eine höhere Wertschöpfung ist untrennbar mit mehr Innovation, das heißt der Anwendung von Ergebnissen von Forschung und Entwicklung, verbunden. In diesem Zusammenhang ist die angekündigte Errichtung eines Demonstrationszentrums für Polymersynthesen des Fraunhofer-Instituts besonders zu begrüßen. Zugleich müssen wir aber noch mehr Augenmerk darauf richten, wirksamere Methoden für die Überleitung von Forschungsergebnissen in kleine und mittelständische Unternehmen zu entwickeln.

Nach wie vor klafft hier eine Lücke, weil kleinere Unternehmen die finanziellen Mittel zur Überleitung von Ergebnissen von Forschung und Entwicklung in anwendungs- und produktionsreife Produkte und Verfahren nicht aufbringen können. In diesem Punkt greifen die Programme des Landes nach wie vor noch nicht ausreichend.

Die Zusammenarbeit mit Chemieregionen in Polen und Tschechien hat eine überaus große Bedeutung für den europäischen Integrationsprozess im Rahmen der Osterweiterung der EU. Sachsen-Anhalt kann in diese Zusammenarbeit neben der unmittelbaren Kooperation die in unserem Land gewonnenen Erfahrungen bei der Umstrukturierung der Großkombinate und nicht zuletzt bei der Altlastenbeseitigung einbringen. Auf diesen Gebieten sind ebenfalls neue und wirksame Verfahren von weltweiter Bedeutung entwickelt worden.

Weitere Unterstützung sollte auch die rechtzeitige Sicherung der sehr bald von kleinen und mittelständischen Unternehmen und von der chemischen Industrie generell benötigten Fachkräfte finden. Die Bildung eines Nachwuchskräftepools für den Zeitraum von zunächst zwei bis drei Jahren von mehreren Klein- und Mittelstandsunternehmen in Leuna, die junge Fachkräfte aufnehmen, die nach der Lehre nicht übernommen werden, aber für den Einsatz in den Unternehmen jederzeit bereitstehen, ist sicherlich ein verallgemeinerungswürdiges Beispiel. Finanzielle Mittel sollten, statt für Abwanderungsprämien

verwendet zu werden, in diesen Pool fließen oder ähnliche Lösungen dieser Art befördern.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Rahmig, SPD)

Gleichermaßen ist die Ausbildung von Chemie- und Verfahreningenieuren zu fördern. Der Verband der Chemischen Industrie Nordost schätzt ein, dass ab diesem Jahr jährlich ein Bedarf an 150 Hoch- und Fachhochschulabsolventen besteht und dass dieser ab dem Jahr 2008 auf jährlich 400 steigen wird. Die gegenwärtige Zahl von Hochschulabsolventen ist dafür nicht ausreichend.

Es gibt also eine Menge guter Gründe, den Dialog zwischen Landesregierung und Chemieindustrie fortzusetzen sowie auf weitere Branchen auszudehnen. Diese Absicht wurde von der Landesregierung bereits erklärt. Wir unterstützen dies in vollem Umfang und uneingeschränkt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS und bei der SPD - Zustimmung von Ministerpräsident Herr Dr. Höppner)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön. - Bevor ich in der Debatte fortfahren lasse, begrüße ich Schülerinnen und Schüler des Wilhelm-Raabe-Gymnasiums in Magdeburg, die heute unsere Gäste sind und der Landtagsdebatte zuhören. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Das Wort hat für die FDVP-Fraktion Herr Wolf.

Herr Wolf (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Aufzählung einigermaßen erfolgreicher Branchen in Sachsen-Anhalt ist schnell erledigt: erstens Ernährung, zweitens Chemie. Wer schwarzen Humor besitzt, zählt noch die Landesregierung hinzu.

Auf der Grünen Woche stellte Herr Höppner mit Recht die herausragende Rolle der zuerst genannten Branche für Sachsen-Anhalt fest. So sind seit 1991 bis heute ca. 300 neue Arbeitsplätze entstanden und das Land belegt dort zum ersten Mal eine eigene Ausstellungshalle.

Nun darf man annehmen, dass Aktuelle Debatten im Grunde genommen dazu dienen sollen, aktuelle Probleme zu beleuchten, an denen es im Land wahrlich nicht mangelt. Die Feststellung, dass etwas ganz toll läuft - dies wäre noch zu relativieren -, ist wirklich kein Füllstoff für eine Aktuelle Debatte. Wie der Dialog zwischen Wirtschaft und Politik wirklich aussieht, können wir in Ammendorf sehr genau beobachten. Wir hoffen und bangen. Aber in der Chemieindustrie ist es nicht so schlecht gelaufen. Oder doch?

Erinnern wir uns an die frühere Achse Kohle/Chemie, so sieht das Bild schon anders aus. Die Hälfte der Achse ist weg. Das kann nicht gefeiert werden, auch nicht mit dieser Debatte. Ferner sind wirtschaftliche Erfolge nur dann auch politische Erfolge, wenn dringend benötigte Arbeitsplätze die Lage entspannen. Gerade in der Chemie mit hochgradig automatisierten Abläufen ist dieser Aspekt ziemlich schwach entwickelt.

Wir dürfen sicher sein: Die Osterweiterung wird Billigarbeiter hereindrücken wie noch nie und das wird erst der Anfang sein. Wenn es heißt, neue Strategien für die

Chemiestandorte Sachsen-Anhalts zu entwickeln, glauben wir, dass das zu kurz gegriffen ist. In banger Erwartung der Osterweiterung der EU und der Globalisierung sind größere Einheiten als das Chemiedreieck gefragt. Dazu gehört eine echte Interessenvertretung der chemischen Industrie beim Bund und bei der Europäischen Union.

Dazu hatten wir unlängst schon etwas Unerfreuliches. Am 12. Oktober 2001 hatten wir eine Aktuelle Debatte zum Strategiedialog Chemie zwischen Politik und Wirtschaft. Wir stellten damals fest: Die EU und ihr Weißbuch zur Reform der Chemikalienpolitik sind ein gefährlicher Klotz am Bein der Chemieindustrie. Der Kanzler wollte uns gegen die Regulierungswut der EU unterstützen. Bis jetzt haben wir nichts mehr davon gehört.

(Herr Rahmig, SPD: Da müssen Sie die Ohren aufmachen!)

20 000 Mitarbeiter hat das EU-Bürokratiemonster. Bisher wurden Richtlinien und Empfehlungen der EU auf 80 000 DIN-A4-Seiten verbindlich für alle Mitgliedsländer geregelt. Allein die Richtlinien für den zulässigen Lärmpegel eines Rasenmähers sind auf zwei Seiten festgehalten.

Meine Damen und Herren! Nun darf man sich vorstellen, welch ein Wälzer das Chemikalienbuch werden wird.

Im Bundesrat hat sich Sachsen-Anhalt mit einigen Änderungen zum Weißbuch einbringen können; das ist gut. Sollte die im Weißbuch vorgesehene Registrierungspflicht und Beweislastumkehr bei gefährlichen Stoffen in EU-Recht umgesetzt werden, wird es in Sachsen-Anhalt zu einer verstärkten Abwanderung von Unternehmen kommen. Zum Glück sind Verfahren der EU aufgebläht und dauern lange.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an den Brief der 47 Unternehmer, Manager, Banker und Wirtschaftswissenschaftler an den Ministerpräsidenten vom 3. November vorigen Jahres erinnern. Darin wird eine Kurskorrektur bei der Wirtschaftspolitik um 180 Grad gefordert. Herr Höppner bezeichnete besagten offenen Brief daraufhin als Rückenstärkung für seine Politik und freut sich darauf, das Land mit den Managern im Land voranbringen zu können.

Meine Damen und Herren! Wir können es schon selbst nicht mehr hören, aber es ist doch wahr: Sachsen-Anhalt hat das geringste Pro-Kopf-Einkommen, die geringste Steuerkraft, die kleinste Selbständigenquote und die höchste Arbeitslosigkeit aller Bundesländer.

Zusammenfassend muss man nachfragen: Was hat eine Regierungspartei geritten, eine solche Aktuelle Debatte zu beantragen? Natürlich steht die Chemie nicht am schlechtesten da. Das ist gut, weil es besser ist als gar nichts. Die Hauptfrage ist jedoch: Was bewirkt das für die arbeitslosen Menschen im Land? Was macht der Rest der Wirtschaft, derjenige Rest, der, anders als die Chemie, Arbeitsplätze in erheblichen Größenordnungen bereitstellen könnte? So kommt man von der Chemie schnell zum Mittelstand und bei diesem herrscht eben Ebbe.

Aus dem hauseigenen Statistischen Landesamt kommen Wirtschaftsmeldungen, eine schlechter als die andere: Auftragsbestände sind für den Hochbau im Rekordtief, der Umsatz der Industrie liegt unter dem Vorjahreswert, die Investitionsquote für das Bauhauptgewerbe liegt auf dem absoluten Tiefpunkt. Als Letztes noch eine ganz neue Aktion: Flugblätter über Insolvenz-

verkäufe liegen an den Tankstellen aus. Das gab es noch nie.

Im Antrag steht quasi: Wir sind gut und wollen deshalb von uns selbst lernen. Diese Aktuelle Debatte hätte man sich lieber verkneifen sollen. - Vielen Dank.

(Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Wolf. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Gürth das Wort.

Herr Gürth (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben an dieser Stelle zwar erst vor zwei Monaten über den Strategiedialog im Land zur Entwicklung der chemischen Industrie gesprochen, aber wenn man von der Bedeutung der chemischen Industrie ausgeht, dann könnte man in jeder Landtagsitzung darüber sprechen.

(Herr Metke, SPD: Eben, so ist es!)

Alle diejenigen, die erwarten, dass die CDU-Fraktion als Oppositionsfraktion eine kritische Wertung dieses Strategiedialogs in den Mittelpunkt stellt, muss ich enttäuschen. Das, was die Landesregierung in der chemischen Industrie seit Dezember 2000 mit dem Strategiedialog veranstaltet, ist eine vernünftige Angelegenheit.

(Herr Metke, SPD: Hört, hört!)

Der Strategiedialog ist außerordentlich positiv. Ich wünschte mir nur, dass wir genau das, was wir, insbesondere die Landesregierung, mit der chemischen Industrie in diesem Land erleben, auch mit anderen Branchen erleben könnten. Wir bräuchten eine solche konstruktive Zusammenarbeit, eine offene Diskussion über die Probleme und eine aktive Begleitung auch in vielen anderen Branchen.

Ich erinnere daran - das ISW hat es erst kürzlich veröffentlicht -, dass der Strategiedialog erst am 19. Dezember 2000 mit einem Spitzengespräch zwischen der Landesregierung und der Wirtschaft begann. Wenn es einen solchen konstruktiven Strategiedialog schon Jahre vorher gegeben hätte, wären wir jetzt schon einen wesentlichen Schritt weiter.

Es muss erlaubt sein, von dieser Stelle aus daran zu erinnern, dass es ab 1994 Zeiten gab, in denen man wichtige Indikatoren und wichtige Bereiche der chemischen Industrie allein aus politischen Gründen gar nicht nennen durfte. Erinnert sei an die Chlorchemie. Herr Kollege Rahmig bekommt zu Recht Falten auf der Stirn, wenn er das Wort Chlorchemie hört.

(Zuruf von Herrn Rahmig, SPD)

Aus Angst vor den Grünen und aus der Raison der damaligen Koalition war es nicht erlaubt, einen offenen, vernünftigen Dialog über die Entwicklung der Chlorchemie in unserem Land zu führen, obwohl die Chlorchemie - wie wir alle wissen - ein Grundbestandteil und unverzichtbar nicht nur für die Kunststoffherstellung, sondern auch für die Lösungsmittelindustrie und viele andere Bereiche ist.

(Herr Rahmig, SPD: Das war immer mein Standpunkt!)

Deswegen bin ich froh, dass dies nun in diesem Bereich vielleicht etwas besser funktioniert. Ich denke, dass ist auch gut so an dieser Stelle.

Ein zweiter Punkt, den ich erwähnen möchte, ist folgender: Herr Eckel, Sie haben, wie ich finde, zu Recht gesagt, dass wir nicht bestehen werden, wenn wir nur negative Statistiken vor uns hertragen. Darin gebe ich Ihnen völlig Recht. Aber ich sage Ihnen auch, dass wir nicht bestehen werden, wenn wir nur schönreden, Probleme negieren und die Probleme nicht lösen. Wir werden nicht bestehen, wenn das Reden mit der erlebten Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Deswegen ist es wichtig, dass wir offen und kritisch mit den Differenzen, die es in der Entwicklung gibt, umgehen und dass wir nicht nur schönreden, sondern dass die Probleme benannt und gelöst werden.

Wenn wir uns das in den anderen Branchen anschauen, dann müssen wir feststellen, dass wichtige Fragen nach den Zukunftschancen für die Menschen, die hier leben, ob sie eine Hoffnung auf eine vernünftige berufliche Karriere haben, insbesondere die jungen Leute, ob sie berechnete Aussichten haben, ein vernünftiges Einkommen zu erzielen in einem ordentlichen Beruf, nicht geklärt sind.

Allein im letzten Jahr gingen in Sachsen-Anhalt 25 800 Jobs verloren. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt in Sachsen-Anhalt ab. Wenn wir nicht noch eine weitere schlimme Zahl zu verzeichnen hätten, nämlich dass Sachsen-Anhalt das Land mit der höchsten Pendler- und Abwanderungsrate ist - bei Pendlern nehme ich das Land Brandenburg wegen des Sonderstatus von Berlin heraus -, dann würde das automatisch bedeuten, dass die Statistik im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern noch dramatischer aussehen würde.

Ein weiterer Punkt muss bei der Debatte um die Entwicklung der chemischen Industrie genannt werden. Ich hätte auch von Ihnen, Herr Kollege Eckel, erwartet, dass Sie diesen Punkt ansprechen. Vielleicht wird die Ministerin dazu Stellung nehmen.

Wenn wir über die chemische Industrie sprechen, dann können wir eine Reihe bedeutender Zahlen nennen. Herr Dr. Süß hat völlig zu Recht die Entwicklung der chemischen Industrie benannt und welchen Anteil sie an unserer Volkswirtschaft in Sachsen-Anhalt hat. Ich brauche die Zahlen nicht noch einmal zu erwähnen. Fakt ist aber, dass wir ohne die Raffinerien und ohne den Leuna-Effekt diesen Erfolg in Sachsen-Anhalt nicht hätten.

Wenn wir über die positive Entwicklung der chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt sprechen, dann stünde es auch Ihnen gut zu Gesicht, wenn Sie würdigen würden, dass wir diese Entwicklung heute nicht verzeichnen könnten, wenn nicht der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl sich so vehement für die chemische Industrie in Sachsen-Anhalt eingesetzt hätte.

(Zustimmung bei der CDU)

Was bedeutet dieser Leuna-Effekt für die Region, für unser Land Sachsen-Anhalt? In den Jahren von 1995 bis 1997 belegte der überdurchschnittlich hohe Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen mit einem Investitionsvolumen von allein 3,7 Milliarden DM eindeutig den Leuna-Effekt. Das sind bis 1999 allein 40 % aller getätigten ausländischen Direktinvestitionen in Sachsen-Anhalt. Insgesamt beliefen sich die Baukosten für das Leuna-Projekt auf 5,1 Milliarden DM. Das macht deut-

lich, dass wir alle heute noch von dieser Schlüsselinvestition in der chemischen Industrie zehren.

Leuna, also die Mitteldeutsche Erdölraffinerie, ist heute mit rund 6 Milliarden DM Jahresumsatz das größte Unternehmen in Sachsen-Anhalt. Sein Anteil am Bruttoinlandsprodukt des Landes beträgt rund 6 %. Für ein einzelnes Unternehmen ist das ein beachtliches Ergebnis.

Wir haben, wenn wir von der chemischen Industrie sprechen, noch eine Reihe von Problemen zu lösen, die wir auf keinen Fall vergessen dürfen. Ich denke dabei nur an die Diskussion über das Weißbuch der chemischen Industrie, die noch nicht zu Ende ist. Ich denke dabei an die folgenden Investitionen und an die riesigen Herausforderungen, wenn wir die nachfolgenden Investitionen vernünftig finanziell begleiten wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deswegen rufe ich Sie an dieser Stelle auf, insbesondere die Landesregierung in der ihr noch verbleibenden Zeit: Lassen Sie uns das, was recht spät, aber vernünftig in die Tat umgesetzt worden ist, nämlich den ordentlichen Umgang mit der Wirtschaft in diesem Land, die Arbeitsplätze schafft und Steuern zahlt, fortsetzen und auch auf die anderen Branchen übertragen. Wenn wir uns aus politischen Gründen nur auf einen Industriezweig beschränken, hat Sachsen-Anhalt keine Chance, die Schlusslichtposition abzugeben.

Herr Kollege Eckel, ich denke, es ist gut, wenn wir die Kraft aufbringen, über vernünftige Entwicklungen in Sachsen-Anhalt zu sprechen und konstruktiv um die Lösungen zu streiten. Ich hoffe, dass wir nicht bei der chemischen Industrie stehen bleiben. Ich hoffe, dass wir das, was wir in der chemischen Industrie gemeinsam in den letzten Jahren geschaffen haben, auch auf andere Branchen übertragen können.

Ich möchte zum Abschluss ein altes deutsches Sprichwort bringen: „So mancher Uhu glaubt, die Nacht käme nur seinetwegen.“ Wenn Sie über die chemische Industrie sprechen, dann würde ich es sehr begrüßen, wenn Sie auch einmal die Leistungen der ersten Landesregierung und vor allen Dingen die Leistungen des alten Bundeskanzlers Helmut Kohl entsprechend würdigen würden. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Gürth. - Das Wort hat Ministerin Frau Budde.

Frau Budde, Ministerin für Wirtschaft und Technologie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gürth, wissen Sie, Sie kommen mir so vor, als wären Sie hier die Unschuld vom Lande, und draußen sind Sie der große Wahlkampfpopulist. Überlegen Sie einmal, was Konstruktivität ist!

(Beifall bei der SPD)

Sie brauchen keine Angst zu haben, ich lobe Sie natürlich für das, was an Fundament gelegt worden ist, weil das ein Ausgangspunkt war. Sachsen-Anhalt wird allerdings - darin bin ich anderer Auffassung als Sie und im Übrigen der gleichen Auffassung wie Ihr Wahlkampfwirtschaftspolitiker Herr Ludewig - im globalen Wettrennen

seinen Platz finden, und zwar einen guten Platz finden, wenn es sich auf die wirtschaftlichen Kernkompetenzen, die es hat, konzentriert und wenn es gleichzeitig neue wirtschaftliche Optionen in den Erfolg versprechenden Branchen entwickelt.

Ich bin auch der Überzeugung, dass das Land dem nur gerecht werden kann, wenn es sich den Herausforderungen stellt, insbesondere im Zusammenhang mit der Globalisierung, mit einer hohen Dynamik des Strukturwandels und mit der Wirkung der EU-Osterweiterung. Wir können dem nur begegnen und wir können nur eine Antwort darauf geben. Das ist eine neue Qualität im Dialog zwischen der Politik und der Wirtschaft, die in Sachsen-Anhalt nicht erst seit gestern gepflegt wird.

Wir pflegen diesen Dialog, insbesondere branchenbezogen, nicht nur mit einer Branche. Jedoch haben wir ihn mit der chemischen Industrie begonnen, weil dort die Voraussetzungen besser und anders waren als in den anderen Branchen in Sachsen-Anhalt, weil es dort Marktführer und auch größere Unternehmen gibt, die über die Tagesarbeit hinaus den Kopf frei haben, um diese Strategien mit uns überhaupt zu entwickeln.

Ein Dialog bedeutet, man muss einen Partner auf der Unternehmensseite haben. Diesen hatten wir zuerst in der chemischen Industrie und das war gut so, denn die Erfolge zeigen es.

(Zustimmung von Herrn Rahmig, SPD)

Natürlich verlangt diese Art der Wirtschaftspolitik Beharrlichkeit. Man kann hierbei nicht mit Populismus arbeiten. Sie verlangt ein wirkliches Interesse an der hiesigen Entwicklung und auch die Mitwirkung von beiden Seiten. Ich bin fest davon überzeugt, dass jede Branche neben den allgemeinen Rahmenbedingungen auch ganz spezifische Rahmenbedingungen braucht, um sich zu entwickeln.

Die Rahmenbedingungen liegen insbesondere in einer branchenspezifischen Infrastruktur, in einem entsprechenden Forschungs- und Entwicklungsumfeld und darin, Wettbewerbsvorteile gegenüber anderen Unternehmen zu haben.

Die meisten von Ihnen waren auf dem IHK-Neujahrsempfang oder haben zumindest von dem Vergleich mit den Turnschuhen gehört. Ich glaube, unsere Unternehmen haben diese Turnschuhe an, um das Unternehmen zu sein, das nicht vom Bären gefressen wird.

Es gibt auch nicht mehr den Standort Sachsen-Anhalt, den deutschen Standort, sondern es gibt nur noch den sachsen-anhaltinischen Wirtschaftsstandort als Region in Europa. Darauf müssen wir uns einstellen. Das können wir nur, wenn wir gemeinsam mit den Branchen langfristig und strategisch an ihrer Entwicklung arbeiten.

Den Anstoß zur heutigen Debatte haben in der Tat die chemische Industrie und die Erfolge dieses Modells gegeben. Aber natürlich ist es nur ein Muster. Es ist ein Muster, das auf andere Branchen übertragen werden kann, damit dort die gleichen Erfolge erzielt werden können.

Die Erfolge sind, dass wir in Sachsen-Anhalt die Hälfte des Umsatzes der gesamten ostdeutschen Chemieindustrie erzielen: 3,5 Milliarden € im Jahr 2000. Die Hälfte aller Beschäftigten der chemischen Industrie in Ostdeutschland arbeitet in Sachsen-Anhalt.

Die Zahl der Unternehmen ist seit 1998 kontinuierlich von 64 auf 78 Unternehmen gestiegen und in den ersten Monaten des Jahres 2001 sind allein von Januar bis September fünf neue Unternehmen entstanden. Trotz Konjunkturlaute, weltweiter Konjunkturlaute, gibt es nach wie vor höhere Wachstumsraten in unseren Unternehmen in Sachsen-Anhalt als in den westdeutschen Unternehmen.

Das heißt absolute Wettbewerbsfähigkeit und das heißt, das sind die Unternehmen, die auch in den nächsten Jahren Bestand haben werden und sich behaupten können.

Die Umsätze der Chemieindustrie der neuen Länder haben im ersten Halbjahr 2000 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum 11,7 % auf 7,6 Milliarden DM zugenommen. Das sind deutlich höhere Wachstumsraten als auf der Bundesebene, auf der dieser Anstieg nur bei 3,9 % lag. Das sind nackte Zahlen und das ist auch kein Schönreden.

Die Zahl der Arbeitsplätze - das ist das Wichtige auch für uns - steigt wieder. Von Januar 2001 bis September 2001 sind mehr als 500 neue Arbeitsplätze entstanden. Wenn diese Dynamik weiterhin anhält, wenn dies kontinuierlich passiert, dann können wir auch mit einem Abbau der Arbeitslosigkeit rechnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Man geht davon aus, dass in dem Umfeld eines Chemiearbeitsplatzes drei weitere Arbeitsplätze entstehen. Das ist das, was wir wollen. Die Arbeitsplätze, die wir im produzierenden Gewerbe durch Investitionszuschüsse in beträchtlicher Höhe mitfinanzieren, lösen weitere Arbeitsplätze im Umfeld aus. Wenn man von dieser Zahl, die realistisch ist, ausgeht, dann sind das 1 500 Arbeitsplätze. Ich denke, das ist eine Hausnummer, an der man sich orientieren sollte, und diesen Weg muss man so weitergehen.

Natürlich hat Herr Kohl mit Leuna, mit der Begleitung dieser Entscheidung und auch mit Dow einen Beitrag geleistet. Aber lassen Sie uns bitte nicht vergessen, dass der Chemiedialog nicht erst seit 1999 geführt wird, sondern dass er insbesondere durch den Wirtschaftsminister Klaus Schucht geführt worden ist und dass erst diese Entwicklung auf den Grundsteinen, die in der ersten Legislaturperiode gelegt worden sind, aufgebaut hat.

Im Übrigen ist heute der Todestag von Klaus Schucht. Ich denke, das ist auch ein Anlass, an die Erfolge zu erinnern, die in den Jahren, in denen er die Politik mitgestaltet hat, erreicht worden sind.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU, bei der PDS, von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Der Strategiedialog Chemie ist beispielhaft für andere Branchen; das ist richtig. Er ist zur Maxime unserer Wirtschaftspolitik geworden und wir haben gemeinsam mit dem Verband der Chemischen Industrie und im Übrigen auch mit dem Landesverband der Arbeitgeber nach einem Jahr Strategiedialog Bilanz gezogen. Diese fiel von allen Beteiligten uneingeschränkt positiv aus, und entgegen den Äußerungen, die ich heute wieder in der Zeitung lesen darf - langsam reicht es mir nämlich auch mit dem Hü und Hott; so werden wir den Wirtschaftsstandort Sachsen-Anhalt nie verkaufen können -, hat der Präsident der Arbeitgebervereinigung Herr Fän-

ger bei der Bilanz zum Chemiedialog gesagt, er könne allen Branchen nur empfehlen, so mit der Landesregierung zusammenzuarbeiten, wie das im Chemiedialog stattgefunden habe, weil das die Lösung sei, wie man Branchen nach vorn entwickeln könne.

Meine Damen und Herren! Ich denke, die Unternehmen und auch die Verbände sollten dabei bleiben, mit uns zusammen sachbezogen an ihrer eigenen Entwicklung zu arbeiten. Wir sind natürlich bereit, die Rahmenbedingungen zu gestalten, so wie wir das im Chemiedialog auf der europäischen Ebene - was Sie sehr wohl wissen, Herr Gürth - und auf der Bundesebene - was Sie sehr wohl wissen, Herr Gürth - getan haben, aber eben auch, wenn es um den Wettbewerbsvorteil bei Forschung und Entwicklung geht. Es geht auch darum, die Infrastruktur in den Chemieparks zu füllen, denn bisher sind nur die Fundamente gelegt, und es geht jetzt darum, die Wertschöpfungsketten auch im Bereich der Chemie weiter zu gestalten und aufzubauen.

Der Strategiedialog mit den Branchen findet nicht nur in der chemischen Industrie statt, sondern er findet selbstverständlich auch in den anderen Branchen statt. Lassen Sie mich nur einige davon nennen.

Das ist zum einen der Dialog mit der Abfallwirtschaft, der schon seit Dezember letzten Jahres läuft. Sie wissen, dass in dieser Branche, die mit entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung ist, Regulierungen anstehen, dass es neue Herausforderungen gibt, zum Beispiel mit neuen Regelungen im Bereich der Deponiesanierung und anderem. Dieser Dialog findet statt und wird Stück für Stück in vernünftiger, sachbezogener Arbeit weitergeführt.

Der Branchendialog mit der Metallindustrie, mit dem Maschinenbau, der vor allem das nördliche Sachsen-Anhalt prägt, ist im Werden und er baut auf. Denn es gibt die Maschinenbauinitiative mit den Unternehmen des Maschinenbaus und der Metallindustrie schon seit Jahren, und in dieser sind die Themen wie Export, Facharbeiterentwicklung und Kreditfinanzierung beraten worden, auch mit ersten Ergebnissen, was Veränderungen angeht, zum Beispiel im Bereich Basel II.

Auch bei dem Programm, das meine Kollegin Gerlinde Kuppe für die Facharbeiterentwicklung mit dem Verband Metall und Elektro zusammen macht, gibt es schon Ergebnisse. Auch die ausgeprägte Automobilzulieferindustrie, die weiter wächst, ist das Ergebnis von kontinuierlichen Gesprächen mit dieser Branche.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Auch hierzu gibt es Zahlen. Lassen Sie mich aufteilen zwischen den Metallerzeugnissen und dem Maschinenbau. Seit 1998 gibt es einen ständig steigenden Umsatz: 1,1 Milliarden € im Jahr 2000 trotz Konjunkturflaute allein im Bereich der Metallerzeugnisse.

(Zustimmung von Herrn Kühn, SPD)

Die Anzahl der Betriebe ist seit 1999 von 211 auf 226 gestiegen, und statt knapp 12 000 Mitarbeitern sind es heute mehr als 14 000, die in dieser Branche arbeiten.

Im Maschinenbau, der dazu gehört, ist der Umsatz ebenfalls leicht gestiegen, und wir haben eine stetige Steigerung bei der Anzahl der Betriebe zu verzeichnen, von 145 im Jahr 1998 auf 161 heute. Natürlich gehört dazu auch die Weiterentwicklung so großer Unter-

nehmen wie Enercon, die weit über 1 000 Arbeitsplätze in der Region geschaffen haben.

Die Besonderheit in diesem Bereich ist, dass wir anders als in der Chemie einen industriellen Mittelstand haben. Wir haben hier nicht die Riesen wie Dow, nicht die Riesen wie Leuna, aber wir haben einen solide, vernünftig und gesund ausgeprägten industriellen Mittelstand im Maschinenbau.

Im Branchendialog wird ähnlich wie mit der Chemieindustrie nicht nur geredet, sondern es werden Themen wie Zukunftsmärkte, EU-Osterweiterung gemeinsam gestaltet. Während bei der chemischen Industrie strategische Allianzen mit Masowien und Nordböhmen eingegangen werden, sind es im Maschinenbau, im Nutzfahrzeugbau insbesondere Regionen wie die Ukraine, wohin schon Verbindungen bestehen, die jetzt weiter untersetzt werden.

Es ist also ein ähnliches Muster - damit haben Sie Recht. Das ähnliche Muster besteht aber insbesondere darin, dass wir auch ressortübergreifend an der Lösung der Probleme arbeiten. Es gibt viele theoretische Abhandlungen über integrative Politikansätze. Wir in Sachsen-Anhalt setzen diese um.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ist die einzige Möglichkeit. Anders als in den westdeutschen Ländern wird es hier auch zukünftig eine Zusammenarbeit insbesondere mit den Bereichen des Umweltministeriums und mit den Bereichen des Arbeitsmarktes aus dem Ministerium von Gerlinde Kuppe geben.

Lassen Sie mich nur noch - -

Vizepräsident Herr Remmers:

Frau Ministerin, nur zu ihrer Information: Sie haben Ihre Redezeit um gut 10 % überschritten. Wir hatten es anders vereinbart.

(Heiterkeit - Zuruf von Herrn Dr. Süß, PDS)

Frau Budde, Ministerin für Wirtschaft und Technologie:

Das ist manchmal so. Ich werde mich an Ihren Ordnungsruf halten. Sie haben Recht.

Vizepräsident Herr Remmers:

Ich bitte das nicht als Ordnungsruf zu betrachten, sondern vielmehr als einen vorsichtigen Hinweis auf die gegenseitige Rücksichtnahme zwischen Landesregierung und Landtag.

Frau Budde, Ministerin für Wirtschaft und Technologie:

Das ist in Ordnung. Nur mit einem solchem Dialog werden wir weiterkommen, Herr Präsident. Ich werde mich natürlich daran halten.

Lassen Sie mich zum Abschluss die unterschiedliche Philosophie in zwei Sätzen zusammenfassen. Wir haben in der Tat unterschiedliche Philosophien, und zwar im Hinblick darauf, wie Sie und wie wir an das Thema herangehen.

Sie reden über das, was noch nicht geschafft worden ist. Sie reden über das, was schlecht ist. Wir reden über das Fundament, das gelegt worden ist, ohne dabei zu ver-

gessen, dass noch viel an Entwicklung notwendig ist und dass wir uns darauf nicht ausruhen können. Das ist die unterschiedliche Philosophie.

Beantworten Sie mir die Frage: Mit welcher Philosophie können wir den Standort Sachsen-Anhalt verkaufen? Niemand wird in ein Jammertal kommen. Das schreiben Sie selbst in Ihren zwölf Thesen.

(Zuruf von Herrn Dr. Süß, PDS)

Vielmehr werden Investoren nur nach Sachsen-Anhalt kommen, wenn das Fundament dargestellt wird, das vorhanden ist und auf dem es sich zu investieren lohnt.

(Beifall bei der SPD und von der Regierungsbank - Zustimmung von Herrn Dr. Eckert, PDS, und von Herrn Dr. Süß, PDS)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke, Frau Ministerin Schubert.

(Heiterkeit)

- Entschuldigung, Frau Budde.

(Ministerin Frau Budde: Ich hatte zwar gestern einen roten Schal um, aber ich gehe nicht nach Berlin! - Heiterkeit)

- Das, was mir eben widerfahren ist, ist fast schlimmer als ein Ordnungsruf.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das räume ich ohne weiteres ein. Ich nehme das mit dem Ausdruck des tiefsten Bedauerns zurück, Frau Budde.

Wir sind am Ende der Debatte und damit am Ende des Tagesordnungspunktes 4.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Beratung

Zustimmung zur Ernennung eines Mitglieds des Landesrechnungshofs für das Land Sachsen-Anhalt

Antrag der Landesregierung - **Drs. 3/5225**

Meine Damen und Herren! Mit Schreiben vom 28. Dezember 2001 hat Herr Ministerpräsident Dr. Höpner mitgeteilt, dass er entsprechend dem Vorschlag des Präsidenten des Landesrechnungshofes beabsichtigt, Herrn Ralf Seibicke zum Mitglied des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt zu ernennen.

Gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 des Landesrechnungshofgesetzes ist dafür die Zustimmung des Landtages erforderlich. Eine Übersicht über den beruflichen Werdegang von Herrn Ralf Seibicke ist der Ihnen vorliegenden Drucksache beigelegt. Eine Debatte dazu ist nicht vorgesehen. Gibt es dennoch Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Ich schiebe an dieser Stelle ein, dass der Präsident des Landesrechnungshofes und Herr Seibicke an dieser Sitzung des Landtages auf der Tribüne teilnehmen. Ich darf Sie herzlich begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen sodann zum Abstimmungsverfahren zu dieser Drucksache. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte

ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte dem anwesenden Herrn Seibicke in Namen des Hohen Hauses zu der bevorstehenden Ernennung Glückwünsche aussprechen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Aussprache zu Großen Anfragen

Gemäß § 43 Abs. 6 der Geschäftsordnung ist jeweils zunächst dem Fragesteller das Wort zu erteilen. Alsdann erhält es die Landesregierung. Der Ältestenrat schlägt für jedes Thema eine Debatte von 30 Minuten Dauer vor. Nach der Aussprache steht dem Fragesteller das Recht zu, Schlussbemerkungen zu machen.

Ich rufe die Aussprache zu der ersten Großen Anfrage auf:

Zur Kulturpolitik des Landes Sachsen-Anhalt

Große Anfrage der Fraktion der CDU - **Drs. 3/4793**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 3/4996**

Die CDU-Fraktion hat fristgemäß beantragt, die Große Anfrage zur Aussprache auf die Tagesordnung zu setzen. Für die Debatte ist folgende Reihenfolge vorgeschlagen worden: PDS, DVU, SPD, FDVP, CDU. Ich erteile zunächst für die fragestellende Fraktion der CDU Herrn Kollegen Schomburg das Wort.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon zur Tradition geworden, dass die größte Oppositionspartei am Ende einer Legislaturperiode nach dem Stand der Kultur in Sachsen-Anhalt fragt.

Bevor ich auf die Einzelheiten der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage eingehe, möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kultusministeriums und aller beteiligten Institutionen recht herzlich für die Zuarbeit bedanken. Wir waren uns wohl bewusst, dass diese Fülle von Fragen, insbesondere in der Sommerpause gestellt, nicht gerade gelegen kam. Umso mehr sind wir im Großen und Ganzen mit dem Ergebnis der Antwort zufrieden. Womit wir nicht zufrieden sein konnten, werde ich natürlich auch sagen.

Sachsen-Anhalt ist mit seinen vielfältigen kulturhistorischen Reichtümern ein kulturell und geistesgeschichtlich herausgehobenes Land der Bundesrepublik Deutschland. Gerade die heute viel belächelte Kleinstaaterei hat eine Vielfalt und Dichte von historischen Baudenkmalen, Kompositionen, Dichtungen und anderen kulturellen Zeugnissen hervorgebracht. So konnten sich vom frühen Mittelalter bis in die Neuzeit auf dem Gebiet Sachsen-Anhalts immer wieder geistige Zentren bilden, deren Einfluss weit über Deutschland hinausreicht. In diesem Zusammenhang sind Magdeburger Recht, Reformation, mitteldeutsche Barockmusik, Pietismus und Aufklärung, moderne Architektur und Formgestaltung zu nennen.

Diesen Schatz hat Sachsen-Anhalt in das wieder vereinigte Deutschland eingebracht. Darauf dürfen und sollten wir zu Recht stolz sein.

Doch unsere Bürger wollen nicht nur auf die Werke unserer Vorfahren stolz sein. Sie wollen vielmehr durch ihr Tun Leistungen vollbringen und ihre Fähigkeiten in unserem Land anwenden können. Deshalb lässt sich die Identität des Landes nicht nur auf die Vergangenheit gründen, sondern ist auch immer Ergebnis des gegenwärtigen Schaffens des Volkes. Unser historisches Erbe ist Lust und Last zugleich, bietet Chancen und enthält Risiken. Der Landeshaushalt verlangt deshalb auch im Kulturbereich nach Schwerpunktsetzungen.

Wie sieht es mit der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt zwischen Erbe und Moderne, zwischen Tradition und Innovation aus? Um einer Antwort näher zu kommen, stellte die CDU-Fraktion im Landtag die Große Anfrage an die Landesregierung. Was sind deren Ergebnisse?

Zunächst einmal zur Form: Nach Abgabe der Fragen war uns schon klar, dass die Landesregierung Probleme mit der Terminsetzung der Beantwortung bekommen könnte. Deshalb haben wir ohne Diskussion einer Verlängerung der Terminsetzung zugestimmt, weil uns mehr an der Qualität der Antworten als an formalen Terminen gelegen ist. Wie das Kultusministerium mit diesem Zugeständnis umgegangen ist, sollte doch einmal kurz diskutiert werden.

Wir halten auch wenig von überflüssigen Wiederholungen, aber sehr viel vom Dienstleistungsgedanken einer Landesbehörde. Die Antwort, Herr Kultusminister, ist nicht für eine kleine Schar eingeweihter Kulturnarren gedacht gewesen, sondern als Kompendium der kulturellen Lage Sachsen-Anhalts im Jahr 2001. Die doch recht häufigen Verweise auf die Antworten auf die Große Anfrage aus dem Jahr 1997 machen ein eigenständiges Lesen der Antworten unmöglich. Soweit auf diese Antworten einfach verwiesen wird, ist der Sachverhalt durch das Parallelesen der Antwort der Landesregierung aus dem Jahr 1997 zumindest noch nachvollziehbar. Wenn es jedoch heißt: „Die Antwort gilt grundsätzlich weiterhin“, ergibt sich für uns schon die Nachfrage, warum nur „grundsätzlich“?

Ein besonders exzellentes Beispiel für diese Verweisteknik möchte ich Ihnen nicht vorenthalten. Die Antwort auf die Frage VI Nr. 24, welche Möglichkeiten in Sachsen-Anhalt für die Ausbildung künstlerischen Nachwuchses bestehen und wie die Angebote wahrgenommen werden, lautet:

„Die 1997 zu dieser Frage (vgl. Nr. 4.23) gegebene Antwort gilt weiterhin. Die dortigen Verweise auf die Nrn. 4.14, 4.20, 4.21 und 4.22 werden durch die Verweise auf die Beantwortung der Fragen VI Nrn. 14, 16 bis 18, 22 und 23 ersetzt. Vertiefende Aussagen wird hierzu das Landeskulturkonzept enthalten.“

Nun wissen Sie alle Bescheid, wie es um die Ausbildung von künstlerischem Nachwuchs im Land Sachsen-Anhalt bestellt ist.

(Beifall bei der CDU)

Ganz fatal kann es werden, wenn man die erbetenen, aber nicht gelieferten Zahlenvergleiche der Jahre 1991 bis 2001 selbst zusammenstellt. Hierbei kann es vorkommen, dass Äpfel mit Birnen vermischt werden, obwohl der Wortlaut der Frage des Jahres 2001 identisch

mit dem Wortlaut der Frage aus dem Jahr 1997 ist. Ein Beispiel dafür ist die jährliche Auflistung der Schüler der Musikschulen, wo im Jahr 1996 noch 29 518 Schüler, aber 1997 plötzlich nur noch 22 047 Schüler erscheinen.

Die CDU-Fraktion hätte dem Kultusministerium sicherlich auch eine weitere Terminverlängerung nicht abgeschlagen, wenn wir dann eine eigenständig lesbare und statistisch konsistente Antwort der Landesregierung in der Hand gehabt hätten. Aber so bleibt der Verdacht, dass mit dieser Methode mehr verschleiert als enthüllt werden soll.

In den Vorbemerkungen zeichnet die Landesregierung eine Erfolgsgeschichte ihrer kulturellen Taten und der kulturellen Entwicklung des Landes. In der Tat gab und gibt es im Land einiges vorzuweisen. Doch nicht alles ist dieser Landesregierung zuzuschreiben und manche Initiative kam außerdem aus dem Landtag.

Wenig überraschend für Sie dürfte ebenfalls sein, dass die Opposition mit der Aussage, - ich zitiere - „dass sich die Rahmenbedingungen für die Kultur in Sachsen-Anhalt insgesamt nicht nur stabilisiert, sondern sogar verbessert haben“, nicht einverstanden ist. Eine ganze Reihe von Kulturvertretern aus Sachsen-Anhalt teilt hierzu übrigens unsere Auffassung. Wenn dieser Satz die tatsächliche Einschätzung der Landesregierung wiedergibt - ich zweifle nicht daran -, dann zählt auch der Kulturbereich zu den Politikfeldern, in denen die Landesregierung die Wirklichkeit schönredet oder schönrechnet. Der Verlust der Wirklichkeit kommt eben immer vor dem Verlust der Macht.

Bei der Fülle der angesprochenen Kulturbereiche und angesichts der mir zur Verfügung stehenden Zeit kann ich nur exemplarisch einige Fragebereiche streifen.

Zunächst zur Kulturfinanzierung. Die Landesregierung hat vor einigen Jahren mit großem Aufwand bekannt gegeben, dass sie künftig die Kultur des Landes mit 1 % des Landeshaushalts fördern will. Diese Aussage hat die Landesregierung mit ihrem Haushaltsplanentwurf in keinem Jahr erfüllt, auch wenn uns die Antwort auf die Frage II Nr. 1 für das Jahr 1998 etwas anderes weismachen will. Die dort aufgeführten Zahlen lassen sich für uns anhand der Haushaltspläne jedenfalls nicht nachvollziehen.

Nun würde ich mich mit der Landesregierung nicht um Zehntelprozentpunkte streiten wollen, wenn nicht große Fördereffekte im Kulturbereich schon mit kleinen Summen möglich wären. So beschämend klein das selbst gesteckte Ziel der Landesregierung auch ist, die Tatsache, dass es nie erreicht wurde, ist ein weiteres Armutszeugnis dieser Landesregierung.

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Ich frage Sie: Welche Familie dieses Landes gibt lediglich 1 % ihres Budgets für kulturelle Belange aus? - Die Kultur dieses Landes benötigt mehr und hat mehr verdient.

An dieser Stelle möchte ich den Mitarbeitern der Kulturverwaltung danken, da sie es in jedem Jahr schaffen, den ihnen zugewiesenen engen Finanzrahmen optimal mit Förderbescheiden auszunutzen.

Ganz kann ich der Landesregierung bei der Antwort auf die Frage nach der Rolle der Verpflichtungsermächtigungen nicht folgen. Anscheinend gibt es weiterhin Diskussionsbedarf, wenn ich Verpflichtungsermächtigungen für nicht jährlich stattfindende Veranstaltungen sehe und

gerade im Kulturbereich, vor allem im Musikbereich, Vorlaufzeiten von mehreren Jahren habe, um international renommierte Künstler zu binden. Hierbei sollten Änderungen in der bisherigen Verfahrensweise möglich sein.

Bei diesem Komplex muss unbedingt auch die Praxis der Landesförderung angesprochen werden. Nach geltendem Haushaltsrecht werden institutionelle und ehrenamtlich arbeitende Zuweisungsempfänger gleich behandelt. Nun ist der Gleichbehandlungsgrundsatz eine Säule des Rechtsstaates, an der ich nicht rütteln will. Die Förderpraxis in Sachsen-Anhalt hält für ehrenamtlich Arbeitende aber eine ganze Reihe von Tücken bereit, die von einer ordentlichen Antragstellung mit ihrem verklausulierten Vokabular über den sachgerechten Umgang mit dem erteilten vorzeitigen Maßnahmebeginn bis hin zur vorgeschriebenen sachgerechten Mittelverwendungsnachweisführung - allein schon dieses Wort ist schrecklich - reichen.

Uns erreichen in letzter Zeit verstärkt Hilferufe von ehrenamtlich arbeitenden Zuweisungsempfängern, die inzwischen die Sinnfälligkeit der Landesförderung für ehrenamtlich organisierte kulturelle Veranstaltungen oder Projekte infrage stellen. Wenn wir weiterhin eine Landesförderung für die Vielzahl ehrenamtlich vorbereiteter Projekte wollen, so sollten wir die Förderinstrumente noch einmal einer kritischen Sicht unterziehen.

Das Problem der Rückforderung von Fördermitteln zum Beispiel von Vereinen und der damit im Zusammenhang stehenden privaten Haftung der Vereinsvorstände wäre ein weiteres Thema in diesem Problembereich, das ich nur anreißen kann.

Ich möchte nun zur kulturellen Bildung kommen. Damit komme ich zu einem ganz dunklen Kapitel realsozialistischer Kulturpolitik. Leider bestätigen die Antworten zu diesem Kapitel die Aussagen aus dem Jahr 1997. Nichts, aber auch gar nichts hat sich seitdem geändert, geschweige denn verbessert.

Die katastrophale Versorgung unserer Schulen mit qualifizierten Musik- und Kunstlehrern hat sich seit dem Jahr 1997 kaum geändert und wird sich angesichts der geringen Zahlen von Lehramtsstudenten in absehbarer Zeit auch kaum ändern lassen, zumal auch andere Länder werbend um die wenigen Studenten in Sachsen-Anhalt buhlen. So hat sich der fachfremd erteilte Unterricht seit dem Jahr 1997 in Kunstziehung von 20 % auf 25 % und in Musik von 15 % auf 20 % erhöht. Hier ist dringender Handlungsbedarf angesagt.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir versagen damit vielen Schülerinnen und Schülern eine solide ästhetische Bildung, wobei die Ästhetik neben der Logik und der Ethik eine wichtige Form der Welterkenntnis ist.

Einen Aspekt unterschlägt die Landesregierung bei ihrer Antwort ganz, welcher inzwischen auch in Deutschland als wissenschaftlich abgesichert gelten kann. Insbesondere durch die Arbeiten von Professor Bastian ist erwiesen, dass Grundschüler mit erweitertem Musikunterricht auch in den anderen Fächern trotz geringerer Wochenstundenzahl signifikant bessere Leistungen erbringen können. Dieses Thema gehört mit auf die Agenda der Themen, die in Auswertung der Pisa-Studie zu diskutieren sind; für den Kultusminister aber anscheinend nicht.

Das Defizit in der grundständigen Musik- und Kunstausbildung der Schüler setzt sich im außerschulischen Be-

reich fort. Gab es 1996/1997 noch 274 Chöre an Grundschulen, so sind es 2000/2001 noch 197. Lässt sich dieser Rückgang noch mit zurückgehenden Schülerzahlen und Schließungen oder Fusionen von Grundschulen einigermaßen erklären, so gibt es für den Rückgang bei den Sekundarschulen - 1996/1997 101 Chöre und in diesem Schuljahr noch 42 Chöre - nur eine Erklärung - den Zahlen bei Schulchören könnten entsprechende Zahlen bei den Instrumental- und Kunstarbeitsgemeinschaften folgen -: Die Einführung der Förderstufe hat sich auf die außerschulische musische Arbeit an den Sekundarschulen katastrophal ausgewirkt.

(Beifall bei der CDU)

Die fehlende Kontinuität im Schüler- und Klassenbereich führt bei der außerunterrichtlichen Arbeit zu Diskontinuität und zur Frustration bei den engagierten Lehrerinnen und Lehrern. Dass damit außerdem der nachgewiesene positive Effekt sozialen Lernens in Arbeitsgemeinschaften einer ideologisch motivierten Förderstufe geopfert wurde, deren sozialer Mehrwert erst noch zu beweisen wäre, sei hierbei ausdrücklich angemerkt.

Leider setzt sich diese betrübliche Bilanz auch bei den Musikschulen fort. Die Zahl der Musikschüler ging zwischen dem Jahr 1997 und dem Jahr 2001 um etwa 500 zurück. Damit erreichen die Musikschulen nur etwa 6 % der Schülerschaft unseres Landes. Mit anderen Worten: Nur jeder 17. Schüler erhält in Sachsen-Anhalt Instrumentalunterricht in einer Musikschule. Damit stehen wir am unteren Ende der Skala der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

(Frau Feußner, CDU: Wie immer!)

Von der ehemals angestrebten Drittelfinanzierung der größtenteils kommunal getragenen Musikschulen ist auch nichts mehr zu hören und zu lesen. Die Auswirkungen lassen sich dann in der Statistik zu den Fragen VI Nr. 18 nachlesen.

Während die Zahl der hauptamtlich beschäftigten Musiklehrer und Musiklehrerinnen von 354 auf 307 zurückgeht, steigt die Anzahl der nebenamtlich arbeitenden Musiklehrer von 549 auf 631 an. Nur so können die Städte und Landkreise bei immer knapper werdenden kommunalen Haushalten zumindest die Verstetigung des Angebotes absichern. Ob das bei diesen Randbedingungen auch in den nächsten Jahren möglich sein wird, darf wohl zu Recht bezweifelt werden.

Einige wenige Bemerkungen noch zu den Theatern. Von außen betrachtet scheinen wir in Sachsen-Anhalt in einem Schlaraffenland der Theater zu leben. Wer die Nachrichten aus Thüringen und Brandenburg aufmerksam hört, der fühlt sich in dieser Sicht noch bestätigt. Sieht man jedoch hinter die Kulissen, die dem oberflächlichen Betrachter der Theaterszene etwas anderes vortäuschen sollen, so sieht die Szene leider dramatisch aus.

Positiv lässt sich zunächst einmal feststellen, dass wir hoch motivierte und talentierte Schauspieler, Sänger, Musiker, Tänzer, aber auch Dramaturgen, Regisseure und Intendanten an unseren Theatern haben. Eine Vielzahl guter Inszenierungen, übrigens nicht nur an den großen Häusern, konnten wir in den letzten Jahren sehen.

Natürlich haben auch die abgeschlossenen Theaterverträge eine wichtige Stetigkeit im Bereich der Landeszuweisungen gebracht, die die Planbarkeit der Finanzströme aus dem Land verbessert und gleichzeitig die

Kommunen über den Vertragszeitraum in die Pflicht nimmt.

Die CDU-Fraktion hat von Anfang an darüber hinaus gefordert, dass sich das Land über eine Anpassungsklausel auch an den jährlichen Preissteigerungen beteiligt und dies nicht allein den Kommunen überlässt. Die Landesregierung hat das mit dem Hinweis auf noch vorhandenes Einsparpotenzial in den Häusern abgelehnt.

Dies mag bis Mitte der 90er-Jahre durchaus so gewesen sein. Inzwischen erzeugt dieses Verhalten jedoch das systematische finanzielle Austrocknen der Theater. Beginnend bei den kleinen Häusern waren inzwischen bereits Einschnitte in die Substanz notwendig, die bereits in der nahen Zukunft die Frage des Aufrechterhaltens des Theaterbetriebes aufwerfen werden.

Mit den Steuerausfällen und den rückläufigen Zuweisungen des Landes an die Kommunen wird der Spielraum für die Theaterträger nochmals enger. Geht dieser Prozess so weiter - und vieles deutet darauf hin -, ist die Schließung der Häuser in den Mittelzentren absehbar. Ohne strukturelle Neuordnung der Theaterförderung ist unsere Theaterlandschaft zum Sterben verurteilt.

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU - Frau Bull, PDS: Danke, Herr Dr. Bergner, für den Beifall!)

Ich möchte an dieser Stelle, weil auch die Zeit abgelaufen ist, mit diesen einleitenden Bemerkungen zu den Antworten der Landesregierung schließen. Es gäbe eine Fülle anderer Hinweise zu anderen Kunst- und Kulturbereichen, die ich bringen könnte. Aber in der folgenden Diskussion wird schließlich dafür noch Gelegenheit sein. - Zunächst einmal vielen Dank.

(Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke, Herr Schomburg. - Für die Landesregierung antwortet Herr Minister Dr. Harms. Bevor ich ihm das Wort erteile, begrüße ich Schülerinnen und Schüler der Ritter-Sekundarschule Quedlinburg. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dr. Harms, Kultusminister:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Kollege Schomburg, in der Regierungserklärung vom 18. Juni 1998 hat die Landesregierung deutlich gemacht, dass sie es als eine wesentliche Verpflichtung ansieht, das reiche kulturelle Erbe des Landes gemeinsam mit den Kommunen und den Trägern zu bewahren und zugleich der kulturellen Vielfalt Raum zu geben und diese weiter zu entwickeln. Die Antworten auf die 236 Fragen machen das zum Teil beeindruckend deutlich. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie das auch gewürdigt haben.

Zu Ihrer formalen Kritik sei gesagt, dass eben auch die Vielzahl der Fragen, die auf eine Akribie schließen lassen, Dinge abzufragen, die längst bekannt sind, an manchen Stellen auch die Arbeitskapazitäten so gefordert hat, dass ich ein gewisses Verständnis dafür habe, dass mit Verweisen gearbeitet wurde.

Man sollte vielleicht auch darüber nachdenken, ob jede Frage tatsächlich in diesem Umfang und mit diesem Arbeitsaufwand gestellt werden muss. Man muss immer sehen, es betrifft nicht nur die Bearbeiter im Ministerium,

sondern auch diejenigen, die bei den Kommunen und den Trägern die Informationen zuliefern müssen, die in der Anfrage jeweils abgefragt und gefordert wurden. Gleichwohl gibt die Große Anfrage in der Tat einen guten Überblick über die Gesamtsituation in der Kultur.

Lassen Sie mich zunächst einmal zwei Grundsätze darstellen, die die Kulturpolitik kennzeichnen. Das eine ist das verfassungsrechtliche Prinzip der Freiheit der Kunst als oberster Grundsatz der Kulturpolitik. Dieses muss Kern allen kulturpolitischen Handelns sein. Dieses Prinzip, das zugleich auch ein Prinzip der Pluralität ist, bedeutet, dass sowohl Spitzenleistungen als auch die Breite des Engagements gefördert werden müssen. Das heißt zugleich, dass auch Unbequemes oder Provozierendes eine staatliche Förderung verdient hat.

Kunst und Kultur sind nicht nur die Dinge, die bequem zum staatlichen Empfang passen, sondern es ist auch eine lebendige Gegenwartskultur, die manchmal auch quer zum öffentlichen Mehrheitsgeschmack liegt. Dabei muss klar sein, dass hierbei nicht der Geschmack der Kulturbürokratie, des Ministers oder sonstiger Politik entscheidend ist, sondern dass über den Kunstbeirat Sachverständige die entscheidende Aussage zu treffen haben.

(Zustimmung von Herrn Dr. Bergner, CDU)

Ein weiterer Grundsatz der Kulturpolitik der Landesregierung entspricht der verfassungsmäßig verankerten Verantwortung des Landes und der Kommunen, einschließlich des Prinzips der Subsidiarität. Kunst- und Kulturförderung der öffentlichen Hand ist demnach grundlegend Aufgabe der Institutionen vor Ort, insbesondere auch der Kommunen. Ich komme später auf die Schwierigkeiten zurück.

Das Land unterstützt in vielen Bereichen, wo es nicht unmittelbar der Träger ist, durch komplementäre Finanzhilfen, wenn ein übergeordnetes Landesinteresse vorhanden ist. Darüber hinaus gestaltet es natürlich auch im Rahmen eigener Schwerpunktsetzungen. Dabei - dies will ich ebenfalls betonen - haben nicht nur Bürgerinnen und Bürger der Oberzentren Anspruch auf eine kulturelle Versorgung; vielmehr muss gerade in einem Flächenland gewährleistet bleiben, dass kulturelle Angebote in der Fläche dezentral vorhanden sind.

Meine Damen und Herren! Die Antwort auf die Große Anfrage gibt nicht nur Auskunft über das Engagement der Landesregierung. Sie ist auch eine vorläufige Bilanz der Entwicklung der Kultur im Land Sachsen-Anhalt.

Sachsen-Anhalt als Kulturlandschaft bietet eine Vielzahl erforschenswerter, bewahrenswerter und zeigenswerter Kulturgüter, was seinen Niederschlag unter anderem in dem reichhaltigen Denkmalbestand findet. Hierbei will ich nur die Potenziale herausheben, die in den Unesco-Weltkulturerbestätten zum Ausdruck kommen. Das Land Sachsen-Anhalt ist an der Entwicklung und dem Erhalt des Weltkulturerbes in der Tat überproportional stark beteiligt.

Lassen Sie mich aber auch auf Leistungen wie die Straße der Romanik, auf das barockmusikalische Erbe und auf die in Qualität und Quantität in Deutschland tatsächlich einmalige Orgellandschaft hinweisen. Auch die historischen Parkanlagen seien erwähnt.

Die zentrale Herausforderung in diesem Zusammenhang ist, die Denkmalpflege sowohl als staatliche und kommunale Aufgabe als auch als Leistung der vielen Ehren-

amtlichen, die in diesem Bereich arbeiten, zu würdigen und in den Mittelpunkt zu rücken. Etwa 400 ehrenamtlich Tätige sind derzeit allein in der Archäologie des Landes tätig.

Der Stellenwert der Denkmalpflege konnte durch die gezielte Verbindung denkmalpflegerischer und touristischer Anliegen verbessert werden. Die Projekte der erwähnten Straße der Romanik und die „Wege zu den Ottonen“ zeigen, dass hierauf eine deutliche Resonanz erfolgt.

Das Projekt Gartenträume - ich will dieses noch einmal als eine Verbindung zu den kulturtouristischen Aktivitäten hervorheben -, bei dem 40 einmalige Parkanlagen und Gärten aus mehr als drei Jahrhunderten verbunden werden, kann, glaube ich, an diese Tradition anknüpfen und für das Land einen weiteren Schritt nach vorn bedeuten.

Meine Damen und Herren! Der Museumsbereich stand und steht für die Landesregierung in enger Verbindung zu dem Bildungsauftrag der Museen. Die in diesem Zusammenhang eingerichtete Arbeitsgruppe „Schule und Museen“ hat in den vergangenen Jahren dafür gesorgt, dass die Museumslandschaft integraler Bestandteil auch der pädagogischen Leistungen unserer Schulen ist.

Ich will an dieser Stelle nur auf einige herausragende Ereignisse hinweisen, insbesondere auf die Ottonen-Ausstellung. Ich denke, dieser Erfolg steht uns allen noch vor Augen. Es war eine großartige Sache für das Land und die Landeshauptstadt. Diese Tradition der Landesausstellungen wird mit einer Landesausstellung begleitend zum 500-jährigen Jubiläum der Martin-Luther-Universität fortgesetzt.

Mit einem Blick in die Zukunft sollten wir ins Auge nehmen, dass es in den Jahren 2004, 2005 und 2006 eine einmalige Situation gibt. Die Städte Halberstadt, Magdeburg und Halle feiern im einjährigen Abstand ihr 1 200-jähriges Bestehen. Dieses wird eine große kulturpolitische und zugleich auch eine große Aufgabe der Außendarstellung des Landes werden. Ich hoffe, dass der Landtag gemeinsam mit der Landesregierung dabei an einem Strang zieht.

Herr Schomburg, die von Ihnen geäußerte Bewertung der Situation der Theater teile ich nicht völlig. Wir haben zu diesem Thema bereits mehrere Debatten im Landtag geführt. Die Landesregierung hält nach wie vor das System der vertragsgebundenen Theaterförderung für eine der besten Formen der Theaterförderung in Deutschland.

Sie haben auf ein Problem hingewiesen, das sicherlich am Ende der jetzigen Förderperiode offenkundig wird, nämlich dass die gedeckelten Landeszuschüsse mit den steigenden Kosten nicht mehr in Übereinstimmung zu bringen sind. Das ist so. Wir wissen das. Ich habe das auch öffentlich gesagt.

Aber ich möchte im Rückblick sagen, dass die Theaterverträge von ihrer ersten Begründung bis in diese Förderperiode hinein eine Theaterlandschaft gesichert haben, die auch im Osten ihresgleichen sucht. Die von Ihnen erwähnten Schwierigkeiten sowohl Thüringens als auch Brandenburgs gibt es in Sachsen-Anhalt in dieser Breite nicht, auch wenn einzelne Träger - ich will als Beispiel das Theater Wittenberg nennen - in der Tat vor großen Problemen stehen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte des Weiteren darauf hinweisen, dass mit dem Beginn des Wiederaufbaus der Dauerausstellung im Landesmuseum für Vorgeschichte in Halle ein weiterer wichtiger Schritt gegangen wird. Dieses Museum wird am Ende des laufenden Jahres seine Dauerausstellung wieder eröffnen. Für viele Hallenser war die lange Schließung seit 1994 eine außerordentlich schmerzliche Zeit.

Das Landesmuseum ist umso wichtiger, als diese Sammlung in der Tat - wie der neue Landesarchäologe es formuliert hat - nicht auf regionaler Ebene oder in der Deutschlandliga spielt, sondern sich mit Museen in Wien und in Paris vergleichen kann. Die Sammlung ist in der Tat einmalig. Wir können sie auch in der Außenpräsentation des Landes und in ihrer wissenschaftlichen Bedeutung gar nicht genug hervorheben.

Gleiches gilt für die Stiftungen. Wir alle wissen, dass die Kulturstiftungen des Landes eigentlich mit einem Stiftungskapital hätten ausgestattet werden müssen, das vielleicht in der Größenordnung von 500 Millionen € zu beziffern wäre, um ihre Arbeit dauerhaft zu gewährleisten. Dies war und ist nicht möglich. Ich glaube, dass es auch unter anderen politischen Konstellationen nicht möglich wäre.

Wir müssen deshalb andere Formen finden, um die Stiftungen von den jährlichen Zuwendungen unabhängiger zu machen. Vielleicht sind die Wege, die wir bei der Theaterfinanzierung gegangen sind, eine Möglichkeit. Ein weiterer Weg kann die stärkere Einbindung der kommunalen Seite in die Trägerstrukturen sein.

(Zustimmung von Herrn Prof. Dr. Böhmer, CDU)

Das heißt auch eine stärkere Regionalisierung der Arbeit der Stiftungen, was ich anstrebe. Darüber hinaus müssen die Stiftungen trotz aller Schwierigkeiten aufgrund der wirtschaftlichen Lage auch die Szene und die Sponsoren vor Ort ansprechen. Möglicherweise sind auch viele Menschen mit einer Familientradition in Sachsen-Anhalt bereit, sich gerade für Schlösser, Burgen und Gärten in diesem Zusammenhang zu engagieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch die Instrumentarien der Förderung der bildenden Kunst, die sich auf die Fachkompetenz der Beiratsempfehlungen stützen, haben sich in der Vergangenheit bewährt und sollten in Zukunft beibehalten werden. Die vielfältigen Jahresprogramme ehrenamtlich getragener Kunstvereine des Landes können mithilfe von Landeszuwendungen in allen Regionen zeitgenössische Strömungen der bildenden Kunst präsentieren und fördern, Orte der Begegnung mit Kunst und Kultur überall im Lande Sachsen-Anhalt schaffen und Dialogforen mit Bürgerinnen und Bürgern sicherstellen.

Dabei weisen Sie meines Erachtens zu Recht auf das Problem der Förderung von ehrenamtlicher Arbeit hin. Wir wissen auf der einen Seite, dass sich viele Menschen in der ehrenamtlichen Tätigkeit mit den Antragsverfahren und mit Abrechnungsverfahren überfordert fühlen.

Auf der anderen Seite ist auch bekannt - Sie haben soeben ein neues Senatsmitglied für den Landesrechnungshof gewählt -: Es ist der Landtag, der den Rahmen des Haushaltsrechts setzt, und es ist der Landesrechnungshof, der dessen Einhaltung überprüft.

Glauben Sie mir, viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kulturverwaltung würden gern dem einen oder ande-

ren Projekt mit viel leichterem Hand Mittel zur Verfügung stellen. Es ist jedoch bekannt, was einige Jahre später im Rechnungsprüfungsausschuss passiert. Die Landesregierung würde dann der unrechtmäßigen Verwendung von öffentlichen Mittel bezichtigt werden.

Das bedeutet, die Diskussion über die Förderpraxis, die Sie zu Recht anstoßen, zielt generell auf den haushaltsrechtlichen Rahmen ab, auf die Regelungen, mit denen ehrenamtlich Tätige gefördert werden. Es stellt sich die Frage, können wir zu stärkeren Pauschalierungen kommen, können wir zu vereinfachten Verfahren kommen, die nicht eine professionelle Verwaltung verlangen.

Darüber muss nachgedacht werden. Diese Frage kann aber ein Kultusministerium nicht allein beantworten. An dieser Stelle ist eher der Gesetzgeber gefordert. Wir müssen uns immer im Klaren darüber sein, dass es um Steuergelder geht, um Geld, das sorgsam verwaltet und dessen Verwendung korrekt abgerechnet werden muss. Das ist das Spannungsfeld. In Bezug auf die Zielstellung stimme ich mit Ihnen überein.

Ich möchte Ihnen widersprechen bei der Kritik an der kulturellen Arbeit im Bereich der Kinder und Jugendlichen. Sicherlich wissen wir, dass die Schwierigkeiten auch in den Musikschulen vorhanden sind. Bei der Kooperation zwischen den Schulen, den Vereinen und den Kultureinrichtungen sind wir mit dem Programm „Kultur in Schule und Verein 2001“ einen ganzen Schritt vorangekommen. Wir bündeln die verschiedenen Förderaktivitäten, um die Begegnung mit Künstlerinnen und Künstlern in den Schulen möglich zu machen und einen lebendigen Anreiz für lebenslange kulturelle Orientierung zu geben.

Dass Sie diese Bemühungen als einen „Höhepunkt realsozialistischer Kulturpolitik“ gekennzeichnet haben, Herr Schomburg, hat mich einen Moment lang verblüfft; denn das ist eigentlich nicht Ihre Sprache. Ich glaube, es ist etwas anderes. Wir müssen die Schulen in dem Bemühen unterstützen, sich auch für Einrichtungen außerhalb der Schule zu öffnen und die Kooperation mit den kulturellen Einrichtungen so weit wie möglich zu nutzen.

Wir wissen um die Schwierigkeit, im musischen Bereich Lehrernachwuchs zu gewinnen. Ich bin mir darüber im Klaren, dass dies auch in Zukunft nicht einfacher werden wird. Aber ich wünsche mir mehr Unterstützung auch in der Debatte. Dabei geht es nicht nur um die kulturpolitische Debatte, sondern auch um die Frage, welche Schwerpunkte wir setzen.

Die Schulen sind im Moment einer Kritik ausgesetzt, die eher darauf abzielt, dass die Fächer Deutsch und Mathematik hinsichtlich der Kernkompetenzen gestärkt werden sollen. Sie wissen auch, wie sehr die Änderung der Stundentafel, die am Ende der DDR auf den Kulturminister Meyer in Berlin zurückging, in der öffentlichen Kritik steht. Sie wurde in den Ländern nachvollzogen und hat eine Stärkung der musischen Fächer gebracht, die allerdings zulasten anderer Fächer ging. Wahrscheinlich kommen wir an dieser Stelle nur weiter, wenn wir insgesamt das Unterrichtsvolumen ausweiten.

Meine Damen und Herren! Ich habe vor drei Jahren das Kultusministerium in Sachsen-Anhalt übernommen. Ich habe in diesen Jahren mit Freude und mit Begeisterung die vielfältige und qualitativ hochwertige Kulturlandschaft des Landes und auch die großartigen Menschen, die in diesem Bereich arbeiten, kennen und schätzen gelernt.

Die Kultur in Sachsen-Anhalt ist eines der entscheidenden Merkmale des Landes, das nicht nur die Lebensbedingungen der Menschen prägt, sondern auch ein zukunftssträchtiges Potenzial für die Entwicklung des Landes darstellt. Ich möchte Sie nicht mit Beispielen langweilen, die Sie alle kennen. Aber wir stehen gemeinsam in der Verantwortung, diese Beispiele entsprechend in der Öffentlichkeit darzustellen.

Dieses gelingt, wenn ich beispielsweise die Reise des anhaltischen Theaters nach Japan und die Ausstellung des Wedgwood-Porzellans in Japan anschau. Die Reaktionen der dortigen Presse - einiges ist von der Botenschaft übersetzt worden; ich konnte es nicht im Original lesen - zeigen, mit welcher beinahe schon Ehrfurcht diese Zeugnisse zur Kenntnis genommen werden. Die internationale Reputation wird immer wieder dann deutlich, wenn es gelingt, auch die internationale Präsentation zu stärken.

Wenn das Land und die Kommunen gleichermaßen dem Verfassungsauftrag nachkommen, Kunst und Kultur zu fördern, kann dies gelingen. Dabei lassen Sie mich als Kultusminister des Landes noch eines sagen: Die Förderung von Kunst und Kultur ist keine freiwillige Leistung. Sie ist ein Verfassungsauftrag. Auch wenn sie nur dem Grunde, nicht der Höhe nach definiert ist, bleibt sie ein Verfassungsauftrag und muss in den Auseinandersetzungen in diesem Hause und vor Ort als eine Auseinandersetzung um Prioritäten begriffen werden.

Aber die Förderung eines Musikschülers kommt schließlich diesem Auftrag nicht mehr nach. Die Möglichkeit, an einer Stelle im Landkreis eventuell zwei, drei Bilder aufzuhängen, reicht ebenfalls nicht aus. Dieses muss auch in der kulturpolitischen Auseinandersetzung trotz der schwierigen finanziellen Bedingungen mit der kommunalen Seite diskutiert werden. Lassen Sie mich auch darauf hinweisen, dass die finanziellen Schwierigkeiten der Kommunen auf Landesebene in ähnlicher Form bestehen. Es ist nicht so, dass das Land im Geld schwimmt und die Kommunen kein Geld hätten.

Insofern kommen wir alle nicht um diese Prioritäten Diskussion herum. Dabei wird uns der Auftrag des Landtages, ein Landeskulturkonzept zu entwickeln, einen wesentlichen Schritt voranbringen.

Herr Schomburg hat im Ausschuss gesagt, das Land drehe dort ein großes Rad. Das ist in der Tat so. Sie wissen, ich war gegenüber diesem Landtagsauftrag zunächst skeptisch. Mit den Daten, die in zunehmendem Maße eingehen, stellen wir fest, dass es ein Material sein wird, das die Diskussion, die wir heute anlässlich der Großen Anfrage haben, qualitativ untersetzt und vertieft.

Vor diesem Hintergrund ist es natürlich Aufgabe der Opposition, die negativen Seiten darzustellen. Sie werden es mir nachsehen, dass ich den Schwerpunkt auf die positiven Seiten gelegt habe. Aus dem Ganzen wird dann vielleicht ein realistisches Bild. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der CDU und bei der PDS)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Minister. - Für die PDS hat jetzt Herr Gebhardt das Wort.

Herr Gebhardt (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wie meine Vorredner schon erwähnt haben, ist Sachsen-Anhalt ohne Zweifel ein sehr reiches Kulturland. Wir verfügen über eine sehr gute kulturelle Infrastruktur, sind als Land der Reformation bekannt, auch als Land der Dome, Burgen, Schlösser und Gärten, haben ein dichtes Theaternetz und sind als Musikland Sachsen-Anhalt ein Begriff.

Es gibt mit Sicherheit viele Probleme und Nöte, was die Gesamtsituation in Sachsen-Anhalt betrifft, aber über die Kulturlandschaft unseres Bundeslandes können wir mehr als froh sein. Das ist einer der Schätze, die wir auch energisch verteidigen müssen.

Kultur wird leider noch viel zu oft als nebensächlich oder nicht so wichtig abgetan, aber gerade diese so genannten weichen Standortfaktoren sind mitentscheidend für die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger. Die Kultur ist außerordentlich wichtig für die touristische Entwicklung - das haben wir gestern beim parlamentarischen Abend erlebt - und, meine Damen und Herren, Kultur schafft Arbeit.

Nun hat der Landtag in dieser Legislaturperiode einen Beschluss gefasst, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, ausgehend von einer umfassenden kulturellen Bestandsanalyse ein Landeskulturkonzept zu erstellen. Dieser Beschluss ist für die Weiterentwicklung der Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt von großer Bedeutung; denn hiermit soll für Kulturinstitutionen und für Träger von kulturellen Angeboten mehr Planungssicherheit entstehen. Diese ist aus meiner Sicht bitter nötig; denn erst dann können Kultureinrichtungen auch über mehrere Haushaltsjahre hinweg Projekte planen und ihre Arbeit längerfristig gestalten.

Auch Vorstellungen und Konzeptionen zur Entwicklung des Kulturtourismus und zur weiteren Ausgestaltung der kulturellen Infrastruktur werden dem Konzept abverlangt. Hierbei muss geklärt werden, wie wir in Zukunft ein dichtes, zum Beispiel soziokulturelles Angebot vorhalten wollen, aber auch, wie wir künftig mit den Leuchtturmprojekten in Sachsen-Anhalt umgehen wollen.

Die CDU-Fraktion hat trotz dieses Landtagsbeschlusses eine Große Anfrage zur Kulturpolitik Sachsen-Anhalts gestellt. Offensichtlich konnte man diese umfassende Bestandsanalyse, die Ausgangspunkt des Landeskulturkonzeptes ist, nicht abwarten. Logischerweise wird, wenn man sich gerade in der Phase der Erarbeitung eines solchen Konzeptes befindet, in einer Reihe von Antworten auf das entstehende Landeskulturkonzept verwiesen. Deshalb kann man bei der vor uns liegenden Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage lediglich von einer Art Zwischenstand ausgehen und noch nicht von einer umfassenden Bestandsaufnahme. Dennoch will ich diesbezüglich kurz auf drei Dinge eingehen.

Das ist zum Ersten die Theaterlandschaft Sachsen-Anhalts. Die öffentlich-rechtlichen Verträge sind ein außerordentlich gutes Mittel. Ich bin froh, dass der Minister dies heute noch einmal hervorgehoben hat. Sie sind wichtig sowohl für die Planungssicherheit als auch für die Verlässlichkeit der Kulturpolitik insgesamt. Es ist auch gut, dass das Land an diesen Verträgen festhalten will; denn dieses stabile Mittel der Finanzierung muss weiter praktiziert werden.

Ich sprach anfangs von einem dichten Theaternetz, welches vorgehalten wird. Ich will, dass dies auch so bleibt. Das Beispiel Wittenberg sollte uns allen eine Mahnung sein, dass ein leichtfertiger Umgang mit den Bühnen in unserem Land ganz schnell zu einem Theaterabbau führen kann und wir dann nicht mehr von einem so dichten Theaternetz sprechen können. Ich will an dieser Stelle nicht unerwähnt lassen, dass wir angesichts der Wittenberger Situation keineswegs die Schuld bei uns suchen müssen. Aber ich will auch sagen: Die beste Prävention gegen Kulturabbau ist und bleibt eine solide Finanzausstattung der Kommunen.

(Zustimmung von Herrn Kasten, PDS, von Herrn Dr. Köck, PDS, von Herrn Schomburg, CDU, und von Herrn Becker, CDU)

Wir sollten künftig den Theatern und den Trägern diesbezüglich mehr Rückendeckung geben.

Deshalb ist es für mich unverständlich, wenn die Landesregierung auf die Frage der CDU, wie die Tarifierhöhungen in den Theaterbetrieben ausgeglichen werden sollen, antwortet, dies sei ein allgemeines Problem der kommunalen und sonstigen öffentlichen Verwaltung und über Einsparungen innerhalb der Theater sollte man zu einem Ausgleich kommen. Ich sage, das ist ein falscher Denkansatz.

Wenn uns an der Theaterstruktur gelegen ist und wenn wir in den Theatern weiterhin Qualität vorweisen wollen, können wir uns als Land hierbei nicht aus der Verantwortung stehlen; denn nicht umsonst ist in den Verträgen verankert, dass bei Tarifierhöhungen mit dem Land nachverhandelt werden kann. Es ist allerdings eine Tatsache, dass dies zunächst geschehen ist. Ich denke, dass wir uns künftig, wenn auch nur symbolisch, beteiligen müssen und die Theater und vor allem die Kommunen, die das sonst allein tragen müssten, nicht im Regen stehen lassen dürfen.

Ein zweiter Aspekt: Sachsen-Anhalt als Musikland. Die große Musiktradition Sachsen-Anhalts ist zweifelsfrei mit den Namen Händel, Bach, Telemann, Schütz, Fasch und Kurt Weill verbunden. Aber gerade Letzterer findet aus meiner Sicht noch zu wenig Berücksichtigung. Wir müssen mit Weill mehr wuchern, auch aus touristischer Sicht; denn das Kurt-Weill-Fest in Dessau ist eines der international am meisten beachteten Musikfeste. Es liegt auch an uns, welche Erträge und welchen Imagegewinn wir daraus erzielen können.

Darüber hinaus bin ich der Auffassung, dass den Halleschen Musiktagen als dem zweitältesten Musikfestival im deutschsprachigen Raum ein höheres Landesinteresse gebühren sollte. Wir sollten nicht ausschließlich aus den toten Komponisten Kapital schlagen wollen, sondern auch die hier Lebenden in ihrem Schaffen unterstützen.

Interessant ist auch, dass der Landesregierung keinerlei Erkenntnisse darüber vorliegen, ob und wie viele hauptberufliche Rock- und Popmusiker es in Sachsen-Anhalt gibt. Diese Antwort zeugt meiner Ansicht nach von Desinteresse. Dass man hier nicht jede Amateur- und Nachwuchsband erfassen kann, ist klar, aber hauptberufliche Musiker auf diesem Gebiet sollten schon von größerer Bedeutung sein.

Meine Damen und Herren! Musikland Sachsen-Anhalt - das ist nicht nur Barock, das ist auch eine Form von Musikvielfalt, die wir pflegen müssen. Dazu gehören der Jazz-, Rock- und Popmusikbereich genauso wie die

Chöre und Orchester. Alles hat seine Existenzberechtigung und sollte nicht mit Missachtung gestraft werden.

Noch einige wenige Worte zum Denkmalschutz. Als die CDU-Fraktion ihre Große Anfrage zur Kulturpolitik auf einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorstellte, sagte sie, dass man in der Kulturpolitik nicht alles anders machen müsse - darin stimme ich ihr zu -, aber einige Korrekturen seien schon notwendig, zum Beispiel im Denkmalschutz. Sie fordern eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes mit der Begründung, unnötige Hürden und Bürokratie abzubauen. Ich bitte Sie, hierbei doch ehrlich zu bleiben; denn der Abbau von Denkmalschutzmaßnahmen ist in erster Linie Kulturabbau. Sagen Sie dies bitte auch so. Ich halte dies für den falschen Weg.

Insgesamt glaube ich, dass sich die Kulturpolitik in Sachsen-Anhalt nicht verstecken muss. Dies belegt auch die Ankündigung des Staatsministers für Kultur, den Sitz der Bundeskulturstiftung nach Halle zu verlegen. Wir sollten diese Würdigung als Auftrag zur weiteren Stabilität und Kontinuität verbunden mit Planungssicherheit und Beständigkeit innerhalb der Kulturpolitik sehen. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Gebhardt. - Die DVU hat auf einen Redebeitrag verzichtet. Für die SPD hat der Abgeordnete Zeidler das Wort.

Herr Zeidler (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dadurch, dass die CDU im letzten Jahr der Legislaturperiode ihre Große Anfrage zur Kulturpolitik der Landesregierung auf den Weg brachte, ergibt sich für uns die Möglichkeit, Rückschau zu halten auf das, was geleistet und erreicht wurde, was sich verändert hat und was neu bewertet werden muss.

Kulturentwicklung ist ein dynamischer Prozess zwischen allen Beteiligten und fordert Initiativen, Ideen und natürlich Haushaltsmittel. Aber, meine Damen und Herren, das Geld macht noch keine gute Kulturpolitik. Es kommt auf die Ausgestaltung an.

Lassen Sie mich bitte bei der Kulturfinanzierung durch das Land Sachsen-Anhalt beginnen, bevor ich auf einige andere Komplexe der Großen Anfrage näher eingehe.

Trotz der Bemühungen zur Konsolidierung des Gesamthaushaltes konnte der Kulturhaushalt weitgehend an der 1%-Marge gehalten werden. Der finanzielle Spielraum des Landes zur Ausgestaltung der Kulturpolitik ist damit zwar nicht unermesslich hoch, aber ich denke - das zeigt auch die Große Anfrage -, dass viel geleistet worden ist.

Die Landesregierung unternahm große Anstrengungen, um beim Bund und bei der EU zusätzliche Fördermittel für den Ausbau der Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts einzuwerben.

Im so genannten Leuchtturmprogramm förderte der Bund im Jahr 2001 die Stiftung Luther-Gedenkstätten mit 1,5 Millionen DM, die Franckeschen Stiftungen mit 1,6 Millionen DM, das Bauhaus Dessau mit 3,6 Millionen DM, das Dessau-Wörlitzer Gartenreich mit 2,5 Millionen DM.

Weitere Vorhaben wurden über das Programm „Kultur in den neuen Ländern“ gefördert. Das betrifft zum Beispiel folgende Vorhaben: Sanierung und Neugestaltung der Lutherhalle Wittenberg mit 5,2 Millionen DM, Ausbau und Sanierung der Kulturinsel Halle mit 2,7 Millionen DM, Baumaßnahmen am Köthener Schloss mit 1 Million DM.

Durch intensive Bemühungen der Landesregierung ist es gelungen, dass erstmals auch der Kulturbereich in Sachsen-Anhalt an dem europäischen Fonds EFRE partizipiert. In der laufenden Programmförderperiode, die sich über den Zeitraum von 2000 bis 2006 erstreckt, werden folgende Vorhaben über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung mitfinanziert: das Kulturinvestitionsprogramm, das kurz KIP genannt wird, und das Programm „EDV in Bibliotheken“.

Über das Kulturinvestitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen von 30,6 Millionen € werden vor allem Maßnahmen gefördert, die der wirtschaftlichen Infrastruktur im Kulturbereich und dem Kulturtourismus dienen. Für die Finanzierung werden aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung insgesamt 15,3 Millionen € bereitgestellt. Das betrifft Projekte wie zum Beispiel das Schloss Hundisburg mit 500 000 DM, Schloss Droyßig mit 264 000 DM und das Dessau-Wörlitzer Gartenreich mit 800 000 DM.

Im Rahmen des Vorhabens „EDV in Bibliotheken“ wurden und werden mit EU-Mitteln die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur verbessert und Projekte gefördert, die der Aus-, Weiter- und Fortbildung der Beschäftigten dienen.

Zweitens. Kulturelle Bildung. Ein Problem besteht zweifellos in der kulturell-ästhetischen Bildung an den Schulen - meine Vorredner haben das bereits angedeutet - und in dem Fachlehrermangel in den Fächern Kunst-erziehung und Musik. Natürlich ist diese Situation nicht zufrieden stellend. Mit diesen Problemen haben aber übrigens alle Bundesländer zu kämpfen.

Die Möglichkeit, qualifizierte Fachlehrer einzustellen, wird in Sachsen-Anhalt in vollem Umfang genutzt. Aber die Zahl derer, die das Studium des Lehramtes der Fächer Kunsterziehung und Musik aufnehmen, ist viel zu gering.

Daher ist es zu begrüßen, dass die Landesregierung im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles Erdenkliche tut, um eine Verbesserung der fachgerechten Unterrichtsversorgung und der schulischen kulturästhetischen Bildung zu erreichen, angefangen bei Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für die im Dienst befindlichen Lehrer über das Programm „Bildende Künstlerinnen und Künstler in Schulen“, im Jahr 2000 geschaffen, bis hin zur Einrichtung des Wahlpflichtkurses „Kultur und Künste“. Im Bereich der Förderung und Intensivierung außerschulischer kultureller Bildung ist besonders das Programm „Schule und Verein“ hervorzuheben.

Drittens. Bibliotheken. Öffentliche Bibliotheken sind eine wesentliche Voraussetzung, allen Bürgern den Zugang zum Wissen zu ermöglichen. Das Land Sachsen-Anhalt verfügt einschließlich der Zweigstellen über etwa 502 haupt- oder nebenamtlich geleitete Bibliotheken und nimmt im Vergleich der Bundesländer mit 5 276 Einwohnern pro Bibliothek den zweiten Platz ein. Der mediale Bestand konnte in den letzten Jahren weitestgehend vervollständigt werden.

Der Verband deutscher Bibliothekare forderte, dass die Internetinfrastruktur verbessert und in diese investiert werden muss. Die Landesregierung trägt dem Rechnung. Ich verweise auf das von EU und Land geförderte Bibliotheksrecherche- und -informationssystem BRISE.

Viertens. Musik. „Musikland Sachsen-Anhalt“ ist eine Bezeichnung, die der Realität entspricht und die für unser Land, die Hochburg mitteldeutscher Barockmusik, wirbt. Jedes Jahr findet eine Vielzahl regionaler und überregionaler Festspiele statt. Die Bach-Festtage in Köthen, die Telemann-Festtage in Magdeburg, die Kurt-Weill-Festtage in Dessau und die Händel-Festspiele in Halle sind nicht nur internationale Höhepunkte des Musiklebens, sondern auch wichtige weiche Standortfaktoren für unsere Wirtschaft.

Die Musiklandschaft unseres Landes lebt jedoch nicht nur von der so genannten Hochkultur. Genauso wichtig und zu würdigen ist die Arbeit der zahlreichen Vereine und Verbände der Laienmusik. Mit der Errichtung der Landesmusikakademie in Michaelstein wird auch der Bedeutung der Laienmusik Rechnung getragen.

Fünftens. Theater. Das Land Sachsen-Anhalt verfügt im Vergleich zu anderen Bundesländern über eine nahezu einzigartige Vielfalt an Theatern. Über 70 Millionen DM - das sind nahezu 30 % des Kulturhaushaltes des Landes - wurden und werden pro Jahr den Theatern auf der Grundlage der Theaterverträge zur Verfügung gestellt.

Das Instrument der mehrjährigen vertraglichen Absicherung hat sich bewährt. Das geht auch immer wieder aus Gesprächen hervor, die wir mit den Intendanten der Theater führen. Die Theaterverträge zeigen die gemeinsam wahrgenommene Verantwortung von Trägern und Land für die Entwicklung der Theaterlandschaft des Landes.

Sechstens. Denkmalpflege und Denkmalschutz. Das Land Sachsen-Anhalt gehört mit seinen etwa 80 000 Baudenkmalen und etwa 100 000 archäologischen Denkmälern zu den denkmalreichsten neuen Bundesländern. Die Bedeutung dieses kulturellen Erbes für das Land Sachsen-Anhalt ist sicherlich unumstritten. Die Erhaltung und Pflege dieser Kulturdenkmäler fördert Arbeitsplätze vor allem im handwerklichen Bereich, erhöht die Attraktivität der Städte und fördert damit auch den Tourismus.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass diese bedeutenden Zeugen der Geschichte nicht unwiederbringlich zerstört werden. Deshalb ist Denkmalschutz wichtig und deshalb haben wir in Sachsen-Anhalt eines der besten Denkmalschutzgesetze. Ich denke, das soll auch so bleiben.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der zu Ende gehenden Legislaturperiode wurde vieles erreicht und das Land Sachsen-Anhalt ist zweifellos schöner geworden. Es gibt aber auch noch viel zu tun, wofür wir Optimismus, Kreativität, Fantasie und neue Ideen benötigen. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Zeidler. Ich erlaube mir den Hinweis, dass Sie es auf die Sekunde genau geschafft haben, Ihren Vortrag in der vorgesehenen Zeit zu beenden.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Die Debatte wird fortgesetzt mit dem Beitrag der Fraktion der FDVP. Das Wort hat die Abgeordnete Frau Wiechmann.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor wenigen Wochen erreichte uns die sehr erfreuliche Erfolgsmeldung über die beeindruckenden Besucherzahlen der Ausstellung „Otto der Große - Magdeburg und Europa“. Viele Besucher äußerten sich fast enthusiastisch über diese Ausstellung und brachten ihre Bewunderung für die kluge und weise Regentschaft Ottos des Großen zum Ausdruck.

Meine Damen und Herren! Wie kläglich hingegen stellt sich die heutige Herrschaft der dieses Land Regierenden dar. Welch gewaltiger Abstieg - um es bildlich zu sagen - vollzog sich von der Regierungszeit Ottos des Großen bis zu den heutigen Regenten unter Reinhard dem beschränkt Regierenden bis hin zu Harms dem Blender, der sich diesen Namen heute wieder einmal verdient hat; wir haben es gehört. So zumindest - das Urteil stammt nicht von mir - lautete das Urteil, das Zuhörer einer Urania-Veranstaltung in Magdeburg über den Regenten Dr. Höppner fällten.

Die Strategie dieser Regierung geht aber schon lange nicht mehr auf. Sie behauptet, die Lage sei besser als die Stimmung im Land. Man darf sich als Regierungschef nicht wundern, wenn der genannte Beiname zustande kommt und zuerkannt wird.

Meine Damen und Herren! Die vorliegende Große Anfrage der CDU und die Antwort der Landesregierung darauf entsprechen passgenau der Stimmung in diesem Land. Auf detaillierte Fragestellungen erfolgen dort detaillierte Antworten, wo es nicht weh tut; aber immer dann, wenn die Schwachpunkte der Landespolitik und damit der Kulturpolitik berührt werden, schweift man ab und findet beschönigende Umschreibungen. Das sind wir aber schon gewöhnt.

Natürlich klingt es nicht schön, meine Damen und Herren, aber es ist Realität, dass das Land Sachsen-Anhalt seit mehr als sechs Jahren das Schlusslicht im Vergleich aller Bundesländer in allen Bereichen - da kann man, glaube ich, fast keinen ausnehmen - bildet und die höchste Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat.

Wie prosaisch klingt dagegen die Antwort der Landesregierung auf Seite 63, die die Arbeitslosigkeit als Möglichkeit beschreibt, dass für viele Menschen mit gezwungenenmaßen - ich zitiere - „erwerbsfreier Zeit die freiwillige Arbeit im kulturellen Bereich durchaus als Qualifizierung für eine weitere Berufstätigkeit genutzt werden kann.“

Man fragt sich, meine Damen und Herren, ob das blanke Frechheit oder ob das purer Zynismus ist, aus dem eine solche Formulierung hervorgeht.

Wenn dennoch, meine Damen und Herren, die Kulturlandschaft in Sachsen-Anhalt trotz einer verfehlten Landespolitik durchaus Erfolge vorweisen kann, dann ist das vor allem jenen Menschen zu verdanken, die sich trotz der Kulturpolitik dieser Regierung unermüdet engagieren und die sich trotz fehlender materieller und auch finanzieller Unterstützung und fehlender persönlicher Anerkennung dagegen wehren, die Kulturlandschaft des Landes weiter bergab gehen zu lassen. Deshalb gebührt all jenen Menschen unser Dank, die sich in Vereinen, Verbänden und Institutionen uneigennützig für das Ge-

meinwohl einsetzen, seien das die Mitsreiter im Landesmusikrat, der Musikschulen, im Landesheimatbund oder in den regionalen Heimatverbänden. Die Liste der zu benennenden Menschen ist weitaus größer.

Doch bei der Existenz von Vereinen und Verbänden geht es oft um Beträge, die angesichts der Verschwendung und protzigen Skandale um Dienstwagen und „Möwe“ fast lächerlich erscheinen, die letztendlich aber über Wohl und Wehe von Vereinen, Einrichtungen und Verbänden entscheiden.

Es ist erstaunlich und gut, dass im Ausschuss für Kultur und Medien dennoch auch parteiübergreifende Gemeinsamkeiten nach den Beratungen gegeben waren, die auch den Vereinen, Verbänden und Kulturschaffenden den Eindruck vermitteln, dass sich das Parlament dieser Probleme doch wenigstens annimmt. Die von unserer Fraktion der FDVP initiierte Selbstbefassung zum Kultursponsoring oder die gemeinsam mit der CDU ausgelöste Diskussion zur Literaturlandschaft war von dem erfolgreichen Bemühen geprägt, im Interesse der Kulturlandschaft nicht nur zu diskutieren, sondern auch entsprechende Beschlüsse auszulösen.

Meine Damen und Herren! Die Ergebnisse der Pisa-Studie ergeben natürlich auch, - so die drastischen Urteile - dass die allgemeine Verblödung durch die Medien nicht der Landesregierung angelastet werden kann, vorausgesetzt natürlich, sie selbst entzieht sich diesen Tendenzen in unserer so genannten Spaßgesellschaft. Aber die Landesregierung kann dieser Tendenz durchaus begegnen, wenn sie eine entsprechende kulturelle Bildung fördert. Doch da liegt nicht nur vieles noch im Argen, sondern selbst das wenige wird noch abgebaut.

Wenn einerseits die Landesregierung das musische Klima an den Schulen als unumgänglich, als notwendig kennzeichnet, andererseits der Unterrichtsausfall aber gerade in diesen Fächern hoch ist und auch hingenommen wird, so ist zugleich der Fakt ernüchternd, dass der Anteil fachfremd erteilten Unterrichts in den Fächern Musik und Kunsterziehung nur geringfügig vermindert wurde.

Auch wenn die Landesregierung die Absicht äußert, interessierte Absolventen von Kunst- und Musikschulen nach einer pädagogischen Schnellbesohlung einzustellen, gleicht das wieder dem berüchtigten Aktionismus dieser Landesregierung. Absolventen von Musikhochschulen wird es wohl eher mit Kulturbeutel und Geigenkasten nach Bayreuth als in die Altmark ziehen, obwohl natürlich die Altmark sehr reizvoll ist. Bayreuth soll hier nur als Symbol für die allgemeine Abwanderung der Jugend und der Ausgebildeten in die westlichen Bundesländer stehen.

Ein ähnliches Problem zeigt sich natürlich auch bei den öffentlichen Bibliotheken. Wenn in einem Drittel der Verwaltungsgemeinschaften und bei rund einem Fünftel der Grundschulstandorte die bibliotheksmäßige Grundversorgung nicht oder nicht in der erforderlichen Qualität abgesichert ist, so ist das ein hartes Urteil und ein Armutzeugnis für dieses Land Sachsen-Anhalt. So werden die Antworten der Landesregierung zur Leseförderung faktisch ad absurdum geführt und auch unglaubwürdig.

Meine Damen und Herren! Wir freuen uns natürlich von ganzem Herzen - auch ich persönlich, da ich in dieser Region geboren und aufgewachsen bin -, dass das Dessau-Wörlitzer Gartenreich in die Weltkulturerbeliste der Unesco aufgenommen wurde; aber all das tröstet

nicht darüber hinweg, dass diese Landesregierung die Verantwortung dafür trägt, dass das Land Sachsen-Anhalt auf der Negativliste rot-roter Kungelherrschaft an vorderster Stelle rangiert.

(Zuruf von Frau Ferchland, PDS)

Vizepräsident Herr Remmers:

Verehrte Frau Kollegin, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Sie Ihre Redezeit überschritten haben.

Frau Wiechmann (FDVP):

Ich habe das gesehen, Herr Präsident. Ich komme zum letzten Satz. - Diese rot-röte Kungelherrschaft endlich zu beenden ist zugleich die kostengünstigste Variante einer notwendigen Kulturförderung in Sachsen-Anhalt. - Danke schön.

(Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Frau Kollegin Wiechmann. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Herr Schomburg.

Herr Schomburg (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich an der Stelle fortsetzen, an der ich vorhin enden musste. Ich möchte zunächst eine Bemerkung zur Finanzierung der freien Theaterszene machen.

Freie Theater, Kinder- und Jugendtheater sind die Hefe im Teig der Theaterlandschaft. Wie jeder Bäcker weiß: Es gedeiht kein Kuchen ohne ordentliche Hefe.

(Frau Theil, PDS: Das geht auch mit Backpulver!
- Heiterkeit bei der PDS)

Aufgrund der Unstetigkeit der Finanzierung der freien Theater und der Nachwuchstheaterszene war diese warmen und kalten Wechselbädern ausgesetzt. Machte dies ein Bäcker, so bliebe sein Kuchen beim Backen sitzen und er würde seine Kunden los. - Dieses Beispiel der unsteten Kulturförderung lässt sich bei anderen Bereichen wiederholen.

Ein für uns erstaunliches Resultat brachte die Große Anfrage, was das kulturelle Engagement der Kommunen betrifft. Trotz abnehmender finanzieller Spielräume und nun schon seit Jahren rückläufiger Zuweisungen durch die Landesregierung fördern die Kommunen Kunst und Kultur auf einem beachtlichen Niveau von über 600 Millionen DM jährlich. Wer von den Kommunen mehr erwartet, muss für deren bessere finanzielle Ausstattung sorgen.

Die Antwort auf die Frage V Nr. 7 überrascht gerade im Hinblick auf aktuelle Ereignisse um die Museen in Arendsee und Quedlinburg, wo augenscheinlich auf Druck der Kommunalaufsicht die Kommunen zum Schließen dieser Museen angehalten worden sind. Auch mit anderen Beispielen lässt sich belegen, dass die Kommunalaufsicht vorrangig mit Kürzungsvorschlägen, die sich auf den kulturellen Bereich beziehen, die finanzielle Situation der jeweiligen Kommune zu retten gedenkt.

In keinem mir bekannten Fall hätten aber die Ausgaben für Kultur auch nur annähernd ausgereicht, die Haushalte wieder ausgeglichen zu gestalten. Insofern halte

ich die Empfehlungsstrategien der Kommunalaufsicht für überdenkenswert und schließe mich den diesbezüglichen Ausführungen des Kultusministers durchaus an, der die Kulturförderung hier noch einmal als Verfassungsauftrag darstellte.

(Zustimmung von Frau Theil, PDS)

In den vergangenen zwölf Jahren ist in Sachsen-Anhalt eine beachtliche Museumsinfrastruktur entstanden. Mithilfe von Bundes- und Landesmitteln sind in den Kommunen ansehnliche und mittlerweile auch moderne Museen entstanden.

Ich denke, es wird langsam Zeit, den Blick vermehrt auf die landeseigenen Museen zu richten. Sowohl am Landesmuseum für Vorgeschichte als auch am Landesmuseum Moritzburg in Halle ist dieser Modernisierungsschwung bisher so ziemlich vorbeigegangen.

Wir leben in einem der kulturgeschichtlich interessantesten Räume Europas. Die wissenschaftlich spektakulären Funde, die bei der intensiven Tiefbautätigkeit in den letzten Jahren zum Vorschein kamen, sind bisher nur in die Archive gewandert. Im Verlauf der B 6 n ist zum Beispiel eine Siedlungsstelle ausgegraben worden, die die Geschichte von den Germanen bis zu Otto dem Großen geschlossen dokumentiert, übrigens einmalig in Europa. Ein Museum, das diese und weitere außerordentliche Funde präsentieren kann, wäre mindestens ebenso attraktiv wie die im vergangenen Jahr so erfolgreich gelaufene Otto-Ausstellung in Magdeburg.

Dringend benötigt auch die Moritzburg eine umfassende Instandsetzung, um sowohl die Ausstellungsfläche vergrößern zu können, die bisher lediglich 5 % der vorhandenen Kunstwerke Platz bietet, als auch die vorhandenen Probleme im Depotbereich zu beheben.

Lassen Sie mich noch einige Bemerkungen zur Denkmalpflege machen. Sachsen-Anhalt ist mit einer Vielzahl von bedeutsamen Baudenkmalen aus nahezu allen Zeitepochen europäischer Baukunst und Architektur gesegnet. Deshalb lag 1990 ein riesiger Erwartungsdruck auf den politisch Handelnden, dass nun auch die Denkmale, die während der Zeit der DDR dem System nicht opportun waren, in den Genuss staatlicher Förderung kommen.

Dies war bei den in den einzelnen Jahren zur Verfügung gestellten Mitteln nicht möglich. Wieder musste ausgewählt und vertröstet werden. Seit 1990 gibt es einen stetigen Rückgang der Mittel für die einzelbauliche Denkmalpflege im Kultusministerium. Leider kann die Sanierung vieler Gebäude nicht aus den alternativen Förderprogrammen unterstützt werden.

Nach Aussage der Landesregierung kann nur ein Viertel der beantragten Mittel auch ausgereicht werden. In Verbindung mit einem der besten, aber auch stringentesten Denkmalschutzgesetze führt dies im Land oftmals zu einer investitionsrelevanten und verbissen diskutierten Konfliktlage.

Diese beiden Tatsachen passen nicht zueinander. Entweder man stellt zur Umsetzung dieses nachweislich denkmalchutzfreundlichen Gesetzes den Denkmalbehörden einigermaßen ausreichend Fördermittel zur Verfügung oder man entschärft die Situation durch die Änderung des Gesetzes.

Ich persönlich plädiere nicht für den ersten Weg, denn mittels einer gut finanzierten Denkmalpflege kann man gleich mehrere Ziele erreichen: Denkmalpflege ist ein

hervorragender Auftraggeber für unser Handwerk und Gewerbe. Die touristischen Effekte einer attraktiven Denkmalpflege lassen sich insbesondere an den Übernachtungszahlen von Wernigerode und Quedlinburg ablesen. Hier ist Handlungsbedarf gegeben.

Die kulturpolitische Diskussion in unserem Land hat den ungeheuren Vorteil, dass sie bis auf wenige Ausnahmen kaum ideologisch, sondern sehr praxisbezogen geführt wird.

Vizepräsident Herr Remmers:

Herr Kollege Schomburg, ich unterbreche Sie jetzt mitten im Satz. Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Fikentscher.

Herr Schomburg (CDU):

Ich möchte meinen Beitrag gern abschließen und stehe dann für Fragen bereit. - Wir sollten uns auch in Zukunft dieses praxisbezogenen Stils der Diskussion befleißigen, egal wer regiert, egal wer opponiert.

Wir brauchen in unserem Land eine aktive Kulturpolitik; denn insbesondere wenn dieses Land wirtschaftlich bestehen will, brauchen wir nicht eine kleine, gut ausgebildete und kunstbewanderte Elite, sondern viele kreative, phantasievolle und innovationsfreudige Bürger. Hierfür muss man den Zugang zu den Sprachen der Künste gelernt haben und ihn auch nutzen können. Diese Zugänge offen zu halten ist Aufgabe von Kulturpolitik insbesondere in Krisenzeiten.

Lassen Sie mich mit einem Zitat von Peter Rosegger schließen, der einmal schrieb:

„Über drei Dinge wird in unseren Tagen zu viel geschrieben und geredet: über Kunst, Gesundheit und Erziehung. Die Folge davon ist, dass wir unkünstlerisch, kränkelnd und ungezogen werden.“

Lassen Sie uns schließen mit der Debatte und ans Werk gehen. Es gibt viel zu tun in diesem Land. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön. - Herr Fikentscher, bitte.

Herr Dr. Fikentscher (SPD):

Herr Kollege Schomburg, Sie haben sich auch zu dem heiklen Thema Denkmalschutzgesetz geäußert. Das war in den vergangenen Jahren immer wieder umstritten. Wir haben vorhin von Herrn Gebhardt gehört, dass er sich ganz klar für die Beibehaltung der jetzigen gesetzlichen Regelungen eingesetzt hat. Sie sagten, Sie persönlich seien auch dieser Meinung. Aus Ihrer Fraktion haben wir - was hinlänglich bekannt ist - in den vergangenen Jahren andere Meinungen gehört. Haben Sie in diesem Punkt nur für sich persönlich oder auch für Ihre Fraktion gesprochen?

Herr Schomburg (CDU):

Herr Fikentscher, die Diskussion um das Denkmalschutzgesetz ist eine Diskussion, die in diesem Haus quer durch die Fraktionen verläuft. Ich kenne auch Mitglieder anderer Fraktionen, die zumindest mit der Anwendung des jetzigen Denkmalschutzgesetzes nicht zufrieden sind und für eine Veränderung dieses Gesetzes

plädieren. Insofern ist der Diskussionsprozess zum Denkmalschutzgesetz auch in unserer Fraktion noch im Schwange. Eine Mehrheit plädiert für eine Änderung des Denkmalschutzgesetzes. Dies heißt aber nicht, dass sich die Kulturpolitiker in der Fraktion dieser Mehrheit angeschlossen haben.

Vizepräsident Herr Remmers:

Danke schön, Herr Schomburg. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließen wir damit die Aussprache zur Großen Anfrage zur Kulturpolitik ab.

Präsident Herr Schaefer:

Ich rufe die zweite Große Anfrage auf:

Sachsen-Anhalt und Europa - Chancen und Risiken der künftigen europäischen Entwicklung

Große Anfrage der Fraktion der PDS - **Drs. 3/4750**

Antwort der Landesregierung - **Drs. 3/5108**

Für die Debatte werden folgende Redezeiten und folgende Reihenfolge vorgeschlagen: CDU sechs Minuten, FDVP fünf Minuten, DVU fünf Minuten, SPD acht Minuten und PDS sechs Minuten. Ich erteile nunmehr als Fragestellerin der Fraktion der PDS das Wort. Bitte, Herr Gärtner, Sie haben das Wort.

Herr Gärtner (PDS):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die PDS-Fraktion hat diese Große Anfrage gestellt, weil unser Land in den nächsten Jahren im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union - insbesondere im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union - vor großen Herausforderungen, Umbruchprozessen und damit verbundenen Chancen und Risiken steht. Die Landesregierung und der Landtag stehen in der Verantwortung, diesen Prozess umfangreich vorzubereiten und zu begleiten und Bürgerinnen und Bürgern in diesen Zusammenhang aktiv einzubeziehen, um mögliche Vorurteile und Skepsis abzubauen; die Landesregierung hat es in ihrer Antwort auch zum Ausdruck gebracht.

Mit der Osterweiterung der Europäischen Union wird Sachsen-Anhalt seine Randlage in der heutigen EU verlieren. Das wird in zentralen Feldern zu erheblichen Auswirkungen führen. Skepsis und Vorurteile abzubauen ist insbesondere eine Aufgabe für die kommende Legislaturperiode.

Der gute und weitestgehend problemlos verlaufende Start des Euros in der Bundesrepublik und die binnen weniger Tage gestiegene Akzeptanz des Euros, die Tatsache, dass die D-Mark de facto auch bei den Bürgerinnen und Bürgern im Lande Geschichte ist, zeigt selbst den größten Euro-Skeptikern - ich gebe offen zu, dazu gehörten auch große Teile der PDS-Fraktion -, dass durch gute Vorbereitung und umfassende Aufklärung Akzeptanz für diesen Prozess gewonnen werden kann.

Diese Entwicklung sollte Vorbild für den weiteren Europäisierungsprozess sein. Das heißt in diesem Zusammenhang auch, die Sorgen und Ängste der Bürgerinnen und Bürger ernst zu nehmen und für eine umfangreiche Aufklärung zu sorgen. Ich werde am Ende meiner Ausführungen darauf eingehen, was das strukturell aus meiner Sicht für die Landespolitik zu bedeuten hat.

Zusammenfassend kann man die Große Anfrage auch unter die Überschrift stellen: Ist Sachsen-Anhalt fit für Europa? Dabei wurden so gut wie alle Bereiche einbezogen - von der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik bis zur Verkehrspolitik, von der Finanzpolitik bis zur Landwirtschaftspolitik. Aber auch die Hochschulen und die Schulen und die Kommunen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Nicht zu vergessen sind dabei die Auslandsvertretungen unseres Landes.

Die Landesregierung hat sich bemüht, umfänglich und detailliert zu antworten. Dafür sei ihr Dank gesagt, auch wenn es im Einzelnen natürlich Diskussionsbedarf gibt. Dabei stehen insbesondere wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Fragen im Vordergrund, die immer wieder strittig diskutiert werden.

In der Antwort auf die Frage nach den Konsequenzen der Arbeitnehmerfreizügigkeit hat die Landesregierung noch einmal unterstrichen, aus welchen Gründen die siebenjährige Übergangsfrist in diesem Punkt aus arbeitsmarktpolitischer Sicht zu unterstützen ist. Ich will nochmals - auch wenn die Entscheidung bereits gefällt ist - meine Skepsis zum Ausdruck bringen.

Auffällig ist, dass von allen Befürwortern von Übergangsfristen eingestanden wird, dass diese Fristen kein einziges soziales oder ökonomisches Problem lösen, geschweige denn anpacken.

(Zustimmung von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Sie sind ausschließlich dazu geschaffen, Ängste in der Bevölkerung zu beruhigen. Niemand kann bislang auch nur eine konkrete inhaltliche Untersetzung einer Jahreszahl vornehmen.

Ich weiß, dass es in allen Parteien dazu unterschiedliche Positionen gibt. Ich gebe das auch für die PDS-Fraktion an dieser Stelle zu.

Im Übrigen verstoßen nach meiner Auffassung Übergangsfristen gegen die EU-Grundrechtecharta. So stellen Übergangsfristen eine Verletzung des Artikels 15 der Grundrechtecharta - Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten - dar.

Die schnelle Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit wäre aus meiner Sicht ökonomisch sinnvoll. Aufwendige und kostspielige Arbeitsgenehmigungsverfahren könnten vereinfacht werden oder ganz wegfallen. Die Einstellung qualifizierter Arbeitnehmer könnte unbürokratisch und schneller erfolgen.

Es bestehen keine rechtlichen Barrieren, die einer schnellen Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit im Wege stehen. Vielmehr sollte darauf hingewirkt werden, dass die Schaffung eines grenzübergreifenden Sonderprogramms durch die Europäische Union erfolgt und dass, anknüpfend an erfolgreiche Projekte, eine umfangreiche Förderung des kulturellen und politischen Zusammenwachsens der Grenzregionen erfolgt.

Meine Damen und Herren! Im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union ist insbesondere für Sachsen-Anhalt als Transitland der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur von großer Bedeutung. Dazu gehören der Erhalt und der Ausbau der Eisenbahnstrecken im Land und die weitere Qualifizierung des Straßennetzes in Sachsen-Anhalt. Zweifelhaft ist allerdings in diesem Zusammenhang, ob die Weiterführung der A 14 in Richtung Norden wirklich den Königsweg darstellt.

Im Übrigen möchte ich noch etwas zu dem Thema Märchenonkel sagen. Herr Merz ist der Meinung, dass in Sachsen-Anhalt endlich die A 14 zwischen Magdeburg und Halle gebaut werden müsste. Man sollte diesen Mann darauf aufmerksam machen, dass das bereits vor längerer Zeit geschehen ist und diese Strecke bereits existiert.

Die Landesregierung ist in ihrer Forderung an den Bund zu unterstützen, zusätzliche Investitionsmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur bereitzustellen, um die für die EU-Osterweiterung wichtigen Projekte vordringlich zu realisieren. Dazu gehört im Zusammenhang mit der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes, spätestens bis 2003 ein umfassendes Konzept zur Anbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten und zur Anpassung des deutschen Verkehrsnetzes vorzulegen.

Das Konzept sollte auf eine möglichst umweltschonende Bewältigung des wachsenden Ost-West-Verkehrs ausgerichtet und mit den Planungen auf europäischer Ebene abgestimmt sein. Ferner sollte das Konzept in seiner zeitlichen Durchführung dem Wachstum der Verkehrsströme und dem Netzausbau in den Nachbarstaaten Rechnung tragen.

Eine kleine Anmerkung am Rande: Wenn bei den paneuropäischen Korridoren von Berlin, Dresden, Breslau, Krakau, Lemberg und Kiew gesprochen wird, dann vermisse ich zumindest die Nennung der jetzt geltenden Namen wie Wrocław, Kraków und Lwow. Diese Sensibilität sollten wir schon an den Tag legen.

Meine Damen und Herren! In der Antwort auf Frage 1 stellt die Landesregierung richtigerweise fest, dass Sachsen-Anhalt mit den Beitrittsstaaten traditionelle Kontakte und gemeinsame historische Erfahrungen verbinden. Dieses effektiv zu nutzen und daraus Möglichkeiten abzuleiten, um eine intensive und beiderseits nützliche Zusammenarbeit zu pflegen und auszubauen, muss das vorrangige Ziel von Landespolitik sein. Der Antwort auf die Große Anfrage ist zu entnehmen, dass hierzu mit den verschiedenen Beitrittsländern umfangreiche Kontakte geknüpft, Initiativen entwickelt und Austauschprogramme auf den verschiedenen Ebenen vollzogen worden sind.

Hervorzuheben ist hierbei die Entwicklung bi- und multilateraler Partnerschaften zu verschiedenen Regionen und Ländern in Mittel- und Osteuropa. Speziell sind hierzu die gemeinsamen Erklärungen über die Zusammenarbeit im Landwirtschafts- bzw. Wirtschaftsbereich mit Litauen, mit Ungarn und mit der Slowakei sowie der Aufbau eines Netzwerkes von Chemieregionen - vorzugsweise mit Polen und Tschechien - zu nennen. Wir haben darüber bereits vorhin in der Chemiedebatte gesprochen.

Ich halte das deshalb für so wichtig, weil damit in der Tat an traditionelle Kontakte und an traditionsreiche Produktionszweige auf allen Seiten angeknüpft wird. Dies erscheint mir mittlerweile - wenn man sich die in der Antwort auf die Große Anfrage aufgelisteten Projekte diesbezüglich anschaut - zunehmend gewährleistet. Dabei fällt die Republik Polen schon aus geografischer Sicht sofort in das Blickfeld eines jeden, der sich mit dieser Materie beschäftigt.

Es ist insbesondere - wie es auch der Antwort auf die Große Anfrage zu entnehmen ist - der deutsch-polnischen Gesellschaft Sachsen-Anhalt zu verdanken, dass diese Kontakte und Gespräche in den letzten Jahren

verstärkt worden sind. Genannt seien dabei die mit den Wojewodschaften Schlesien und Vorkarpaten geführten deutsch-polnischen Gespräche und die am 20. August 2001 paraphierte gemeinsame Erklärung über die Zusammenarbeit zwischen der Wojewodschaft Masowien und dem Land Sachsen-Anhalt. Nicht unerwähnt darf an dieser Stelle auch die Zusammenarbeit des Deutschen paritätischen Wohlfahrtsverbandes Sachsen-Anhalt mit dem polnischen Wohlfahrtsdachverband KRAFOS bleiben.

Mir erscheint es in der Konsequenz notwendig, dass die Zusammenarbeit mit der Republik Polen auf eine stabilere, professionellere Basis gesetzt wird. Das heißt nicht, dass das Land nun auch in Polen ein Büro etablieren soll. Nein, aber es wäre vorteilhaft, wenn das Land feste Ansprechpartner auch in Polen installierte. Hierzu wären vielleicht auch noch einmal Gespräche mit den Kammern unseres Landes notwendig.

Meine Damen und Herren! Nun einige Sätze zu den Kontaktbüros des Landes in Estland und Bulgarien. Ich möchte hierbei nicht den Grundsatz ihrer Installation infrage stellen. Mir scheint es aber, dass in viel stärkerem Maße Öffentlichkeitsarbeit zu der Frage betrieben werden muss, welche Aktivitäten in welcher Form mit welchem Ergebnis konkret dort entwickelt werden. Um die Akzeptanz dieser Büros zu erhöhen, scheint mir das von immenser Bedeutung zu sein.

Nichtsdestotrotz möchte ich dennoch nicht verhehlen, dass ich natürlich ein wenig überrascht war, als ich von dem Büro in Tallinn erfahren habe. Hätten nicht zwei neue Länder miteinander besser kooperieren können? Denn in Vilnius in Litauen existiert seit Jahren ein Kontaktbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Für mich ist das zumindest eine offene Frage. Zwei kleine Länder - das sind wir nun einmal - leisten sich zwei große Büros mit Angestellten im Baltikum. Ein Dilemma, welches nicht nur an dieser Stelle existiert.

Insgesamt wäre ein besser koordiniertes Vorgehen der neuen Länder im Rahmen des EU-Beitrittsprozesses wünschenswert. Leider hat man immer wieder den Eindruck, dass die Egoismen der einzelnen Bundesländer vor einem gemeinsam koordinierten Vorgehen und daraus erwachsenden Synergieeffekten stehen.

Zum Brüsseler Kontaktbüro möchte ich kurz erwähnen, dass insbesondere der EU-Wochenspiegel für interessierte Fachkreise eine gute Wiedergabe des Geschehens auf EU-Ebene und des Wirkens des sachsen-anhaltischen Kontaktbüros insgesamt bietet. Dies gilt es weiterzuführen und zu qualifizieren.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unabdingbar für den europäischen Einigungsprozess ist, dass insbesondere junge Leute aktiv in diesen Prozess einbezogen werden. Denn sie werden die Früchte des Einigungsprozesses letztlich ernten und sie sind es auch, die auf ihre Art und Weise Europa angenommen haben, indem sie bereits in unterschiedlicher Form quer und quer durch unseren Kontinent reisen. Das ist gut so und das muss in der Schule und in der Hochschule unterstützt und gefördert werden.

Dazu gehört auch der in der Antwort genannte Ausbau der trilateralen Schüleraustauschprogramme. In die 24 Schulpartnerschaften zwischen Polen und Sachsen-Anhalt sind - wie der Antwort zu entnehmen ist - sechs Schulen involviert, die Partnerschaften zwischen Polen, Sachsen-Anhalt und Frankreich unterhalten. Diese und andere Partnerschaften müssen von uns stärker in den

Mittelpunkt gerückt werden. Sie sind beispielgebend, bringen allen Seiten etwas und führen in der Konsequenz oftmals zu langjährigen persönlichen Kontakten und Beziehungen.

Ausdrücklich möchte ich hierbei auf das jährlich stattfindende Europacamp hinweisen, welches unbedingt weitergeführt werden muss und vom Land finanziell auch weiterhin Unterstützung erhalten sollte.

Meine Damen und Herren! Seit der Nizza-Konferenz ist einige Zeit vergangen und es gibt neue Entwicklungen. Der Europäische Rat in Laeken hat eines deutlich gemacht: Die EU muss demokratischer, effizienter und transparenter werden. Die Geheimdiplomatie der bisherigen Gipfel gehört der Vergangenheit an.

Der eingesetzte Konvent eröffnet das erste Mal in der Geschichte Europas die Möglichkeit für eine tiefgreifende Umgestaltung Europas. Nicht mehr die Verteidigung nationaler Besitzstände durch die Staats- und Regierungschefs wird die Debatte über die Zukunft Europas bestimmen, sondern mehrheitlich Parlamentarierinnen und Parlamentarier werden über eine neue Gestalt der EU diskutieren.

Dass bei der Wahl des Präsidenten des Konvents und auch bei der Wahl der beiden Stellvertreter auf ehemalige Regierungschefs zurückgegriffen wurde, wird hoffentlich als ein Relikt aus alten Zeiten in die europäischen Geschichtsbücher eingehen. Zu kritisieren bleibt die Dominanz der Regierungs- und Kommissionsvertreter im zwölfköpfigen Präsidium.

Die Menschen in Europa können für die europäische Idee nur gewonnen werden, wenn es nicht bei der Diskussion über die Institutionen bleibt, sondern neue Inhalte in den Mittelpunkt der europäischen Politik gerückt werden. Die Europäische Union ist noch weit davon entfernt, ein soziales, ökologisches und Frieden schaffendes Projekt zu sein.

Der in Laeken beschlossene Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und das formulierte Ziel, immer anspruchsvollere und immer komplexere militärische Operationen durchzuführen, wird die Militarisierung der Union vorantreiben.

Einen Rüstungswettlauf mit den Vereinigten Staaten und den Aufbau europäischer Sicherheitsstrukturen ohne Russland lehnt die PDS ab. Ziel ihrer Politik ist eine gesamteuropäische Sicherheitsstruktur unter dem Dach der OSZE und eine gesamteuropäische Politik des weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Interessenausgleichs als umfassende Krisenvorbeugung. Aufgrund der qualitativen Aufrüstung und Rüstungsmodernisierung der EU werden wichtige finanzielle Mittel, zum Beispiel für die Ost-Erweiterung, verschwendet.

Dennoch ist Laeken ein Ansatz. In dieser Hinsicht unterstützen wir ihn auch und deshalb unterstützen wir den Antrag der SPD-Fraktion unter dem folgenden Tagesordnungspunkt.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zusammenfassend bleibt aus unserer Sicht festzustellen:

Erstens. Mit der Antwort auf die Große Anfrage der PDS sind in Grundzügen der aktuelle Stand und die Perspektive des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des europäischen Einigungsprozesses skizziert worden.

Zweitens. Daraus abgeleitet ist es nötig, dass im Rahmen des Erweiterungsprozesses der Europäischen Uni-

on die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes inhaltlicher und umfangreicher informiert und einbezogen werden.

Drittens. Um dieses möglichst effektiv zu nutzen, bedarf es künftig einer stärkeren Bündelung der europapolitischen Kompetenzen sowohl innerhalb der Landesregierung als auch im Landtag. Das heißt, in der kommenden Legislaturperiode ist die Wiederformierung eines Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten dringend erforderlich, sonst fährt der europäische Zug an diesem Parlament vorbei. Ich denke, das wollen wir nicht. Im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes ist dies nicht zu verantworten.

Von exekutiver Seite erwarte ich eine stärkere Bündelung europapolitischer Kompetenzen nach meinen Vorstellungen in der Staatskanzlei. Da läuft nach meiner Auffassung noch zu viel nebenher.

(Zustimmung von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Ich komme zum Abschluss. Wir können wahrscheinlich bald wieder im Plenum eine Antwort auf eine Große Anfrage zur Europapolitik auswerten; denn die CDU hat - zwar ein paar Wochen später, aber mit fast denselben Fragen - eine solche gestellt. Aber, meine Damen und Herren, über Europa sollte man hier im Plenum doch häufiger reden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS - Zustimmung von Herrn Rothe, SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Es spricht jetzt Herr Ministerpräsident Dr. Höppner.

Herr Dr. Höppner, Ministerpräsident:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Große Anfrage der PDS zum Thema „Sachsen-Anhalt und Europa - Chancen und Risiken der künftigen europäischen Entwicklung“ gab der Landesregierung die Gelegenheit, zu Grundfragen der europäischen Politik Stellung zu nehmen. Ich begrüße das ausdrücklich, weil ich gelegentlich bedauere, dass diese wichtigen Fragen der politischen Entwicklung, von denen auch die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt viel stärker abhängt, als viele meinen, zu selten erörtert werden. Auf diese Art und Weise sind sie einmal Gegenstand der Beratungen im Landtag. Ich glaube, dass wir auch in Zukunft alle Aufmerksamkeit auf diese Entwicklungen lenken müssen.

Ich war, wie vielleicht manche anderen auch, die das gehört haben, sehr beeindruckt von der Festrede, die anlässlich des Neujahrsempfanges der Industrie- und Handelskammer Magdeburg gehalten worden ist. Herr Professor Rademacher hat dabei sehr eindrücklich deutlich gemacht, dass wir uns in Zeiten der Globalisierung in weltweiten Zusammenhängen befinden, in denen Europa eine zentrale Rolle zukommt.

Ich finde es schon bemerkenswert, dass er darauf hingewiesen hat, dass Europa mit der Art, wie hier das Zusammenwachsen gestaltet wird, ein Vorbild für die Welt sein könnte. Wenn das so ist, ist es umso wichtiger, dass wir mit den Beiträgen, die wir zu diesem Zusammenwachsen leisten, das gute Beispiel festigen und damit tatsächlich die Zukunft nicht nur Europas, sondern möglicherweise auch der Welt gestalten.

(Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Ich möchte an dieser Stelle nicht - das wäre nicht angemessen - Einzelheiten unserer Antworten wiederholen und erläutern. Es ist eine deutliche Richtung, die wir vorgezeigt haben; es ist eine proeuropäische Richtung; es ist eine, die aufweist, dass wir als Land Sachsen-Anhalt ganz konkrete Beiträge zu diesem Zusammenwachsen in Europa leisten.

Ich will vielmehr darauf hinweisen, dass wir in diesem europäischen Einigungsprozess, der im Gange ist, im Grunde genommen fünf Integrationsprozesse parallel betreiben müssen. Wir stehen in diesem Zusammenhang unter enormem Zeitdruck. Früher, als die Europäische Union entstand, konnte man das Schritt für Schritt nacheinander machen und hatte, aufs Ganze gesehen, Zeit. Aber wir haben angesichts der Dynamik der Entwicklung nicht genügend Zeit, um die Dinge nacheinander zu machen; wir müssen sie parallel machen.

Der erste Prozess ist die Gestaltung der Währungsunion und des Binnenmarktes. Zu Beginn dieses Jahres haben wir mit der Einführung des Euro-Bargelds für alle Bürgerinnen und Bürger ein besonderes Beispiel geliefert bekommen, das die Integration in den Binnenmarkt anfassbar gemacht hat. Ich halte es für geradezu symbolisch, dass an dieser Stelle einerseits eine Gemeinsamkeit entstanden ist, die zusammenbringt, und andererseits, zumindest auf der Rückseite der Medaille, die Unterschiedlichkeit, die Vielfältigkeit in Europa erkennbar ist. Das heißt, dieser Prozess hat wie jede Medaille zwei Seiten, und zwar eine regionale und eine, die Europa zusammenbindet. Genauso muss auch der Prozess des Zusammenwachsens des Binnenmarktes gestaltet sein.

Der zweite Prozess ist die Reform des politischen Systems der EU. Dies betrifft die inneren Reformen, die darauf abzielen, dass dieses Europa mit mehr als 25 Mitgliedstaaten überhaupt in der Lage ist, tatsächlich entscheidungs- und handlungsfähig zu sein. Dies ist ein gewaltige Herausforderung für die Länder, die bereits in der Europäischen Union vertreten sind. Dabei spielen Fragen wie Mehrheitsentscheidungen und Minderheitenvetos, die Zusammensetzung von Gremien, aber auch die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und der entsprechenden Beratungsgremien eine wesentliche Rolle.

Der dritte Prozess ist der Integrationsprozess, die Vergrößerung der europäischen Familie, die - wie wir sagen - Osterweiterung, die räumliche Vollendung der Einigung Europas unter dem Dach der Europäischen Union. Dieser Prozess betrifft uns in den östlichen Bundesländern Deutschlands in besonderer Weise. Dies ist von Herrn Gärtner bereits angesprochen worden. Selbstverständlich sind die Bundesländer Deutschlands, die unmittelbar an das Ausland grenzen, mit Spezialproblemen beschäftigt; im grenznahen Bereich entsteht eine Reihe von Sonderproblemen.

Wir sind von diesem Prozess keineswegs ausgeschlossen. Im Gegenteil: Wir sind in dieser Angelegenheit engagiert. Ich erinnere daran, dass wir das Know-how der Umgestaltung von Chemieparcs und großen Chemieanlagen derzeit über Partnerschaftsverträge transportieren und zu Vernetzungen kommen wollen. Verträge mit Masowien sind abgeschlossen. Gespräche mit Ungarn und Nordböhmen sind im Gange. Wir beteiligen uns an diesem Prozess aktiv.

Mein Wunsch ist es - das will ich ausdrücklich sagen -, dass dies auch auf kommunaler Ebene verstärkt pas-

siert. Es gibt in unserem Land eine Reihe von Kommunen, die Partnerschaften zu Städten in den Beitrittsländern haben. Ich glaube, es wäre an der Zeit, diese Beziehungen wieder zu aktivieren, nachdem wir uns viele Jahre stärker auf unsere Partnerschaftsbeziehungen in Richtung Westen konzentriert haben. Das war nach 1990 verständlich. Jetzt aber ist der Blick in Richtung Osten auch für die Kommunen eine zwingende Notwendigkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung bei der PDS)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein vierter Prozess ist die Erweiterung und Vertiefung im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Dabei geht es um Fragen der inneren Sicherheit und der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet. Es geht aber auch um ganz elementare, die Menschen betreffende und bewegende Fragen wie das europäische Asylrecht oder die Zuwanderungspolitik in Europa.

Wenn diese Region zusammenwächst, dann stellt sich die Frage: Wie gehen wir mit denen, die draußen bleiben, und mit denen, die hinein wollen, um? Das ist eine zentrale Frage, die vernünftig gelöst werden muss. Sie alle wissen, in den einzelnen europäischen Ländern gibt es sehr unterschiedliche Situationen und sehr unterschiedliche Meinungen dazu.

Ein Zusammenwachsen wird aber nicht möglich sein, wenn es uns nicht gelingt, diesbezüglich einheitliche vernünftige Regelungen zu schaffen. Ich habe nicht die Absicht, dabei all die vernünftigen Ansätze, die es dazu in Deutschland gibt, mit der Begründung, wir brauchen einen Konsens, über Bord zu werfen. Das heißt, auch in diesem Zusammenhang werden noch Auseinandersetzungen ins Haus stehen. Wir brauchen in einem gemeinsamen Europa einen Raum von Freiheit, Sicherheit und Recht.

Der fünfte Prozess - das ist der letzte, den ich nennen will - ist uns in den letzten Monaten nicht nur im Zusammenhang mit den Ereignissen am 11. September und der Frage, wie verhält sich Europa, sondern insbesondere auch im Zusammenhang mit den Aktivitäten Europas auf dem Balkan deutlich geworden und betrifft die gemeinsame europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Dies mag ungewöhnlich klingen. Das Thema der gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik ist ein Thema, das vor einem Jahrzehnt sicherlich noch tabu gewesen ist; denn damals ist stets in den Kategorien der Nato gedacht worden. Die Nato geht freilich über Europa hinaus. Wenn wir von europäischer Verteidigungspolitik reden, dann geht es auch um das Klären der Interessen Europas in solchen Fällen und um die Frage, wie wird Europa handlungsfähig, um eigene Interessen innerhalb Europas und über die Grenzen Europas hinaus zu vertreten. Das ist ein Problem der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Wir stehen in diesem Bereich vor spannenden Entwicklungen. Ich bin ganz sicher, dass sich herausstellen wird, dass die europäischen und die amerikanischen Interessen nicht immer identisch sind. Darüber ist bereits des Öfteren diskutiert worden. Europa ist gefordert, selbst Position zu beziehen und entsprechende Handlungsinstrumente zu entwickeln.

Meine Damen und Herren! Die Herausforderung, die Europäische Union zu einer neuen Qualität zu bringen,

können wir nur bewältigen, wenn wir uns gleichzeitig auf den Wert der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens in Europa besinnen, das traditionell gewissermaßen das Markenzeichen Europas ist. Es geht also um die Frage der demokratischen Qualität dieses neuen Europas, der Entscheidungsverfahren. Es geht um Transparenz und um Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger. Dieses Europa kann nur gestaltet werden, wenn es ein Europa der Bürgerinnen und Bürger ist, die tatsächlich das Gefühl haben, dass sie in diesem größer werdenden Europa selbst ein Stück weit mitgestalten können. Es darf nicht das Europa bleiben, das es derzeit in den Köpfen der Menschen oft noch ist, nämlich eine Bürokratie in Brüssel.

Meine Damen und Herren! Der Europäische Rat von Laeken am 14. und 15. Dezember des vergangenen Jahres hat in dieser Hinsicht neue Wege beschritten. Sein wichtigstes Ergebnis war ohne Zweifel die Verabschiedung der Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union, mit der ausdrücklich der Weg zu einer Verfassung für die europäischen Bürger eröffnet wurde.

Dass in Laeken auch noch eine Reihe von anderen Themen eine Rolle gespielt hat, wie die EU-Erweiterung, der westliche Balkan, Afrika, Russland, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit, die Justiz- und Innenpolitik, die Wissenschafts- und Sozialpolitik, signalisiert, dass die verschiedenen Integrationsprozesse tatsächlich parallel bedacht werden und bedacht werden müssen.

Zentral war die Frage, wie kommen wir zu einer europäischen Verfassung, zu dem Fundament, auf dem sich dieses Europa entwickeln soll und auf dem wir unsere weltpolitische Bedeutung tatsächlich wahrnehmen können.

Ich bin davon überzeugt, dass in Laeken mit dieser Erklärung wesentliche Weichenstellungen erfolgt sind, die nach meiner festen Überzeugung in die richtige Richtung gehen. Dort ist ein ehrgeiziges Reformprojekt mit dem Ziel aufgelegt worden, die Handlungsfähigkeit einer erweiterten Union in einer globalisierten Welt sicherzustellen. Die Erklärung verfolgt einen ehrgeizigen Ansatz, den in Deutschland Bund und Länder von Anfang an unterstützt haben - auch das Land Sachsen-Anhalt.

Das Instrument ist klar: Ein Konvent wird sich konstituieren, der eine sich anschließende Regierungskonferenz vorbereiten soll. Damit beschreitet die EU, wie ich finde, noch konsequenter, aber in der gleichen Richtung den Weg für ein erfolgreiches Modell, das bei der Erarbeitung der Grundrechtscharta schon eingesetzt worden ist. Ich bin sicher, wir werden am Schluss ein europäisches Vertragswerk haben, das eine Qualität besitzt, wie sie Grundgesetze und Verfassungen in den einzelnen Ländern bisher schon haben.

(Zustimmung bei der SPD)

Vertreter der Regierungen, der nationalen Parlamente, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission sollen im Konvent gemeinsam Optionen und Empfehlungen für diese umfassende Reform ausarbeiten, bei der die für eine Verfassung zentralen Elemente, nämlich Grundrechtscharta, Kompetenzordnung, die Institutionen und ihr Handeln, im Mittelpunkt stehen. Demokratietransparenz und -effizienz sollen dabei die zentralen Elemente bilden.

Die von Sachsen-Anhalt gemeinsam mit allen deutschen Ländern verfolgten Ziele zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sind in der Erklärung

voll berücksichtigt worden. Dies betrifft insbesondere auch die unmittelbare Beteiligung der deutschen Länder, und zwar über einen eigenen Vertreter des Bundesrates, der mit in den Konvent entsandt wird. Das sich aus der Erklärung ergebende Mandat für den Konvent ist - auch entsprechend den Vorstellungen der Landesregierung - sehr weit gefasst. Hierbei gibt es Gestaltungsspielräume. Dazu ist, Gott sei Dank, noch nicht so viel vorgelegt worden. Im Mittelpunkt stehen natürlich die von mir eben genannten Fragen.

Die Beitrittsländer werden sich an diesem Konvent zwar nicht mit Stimmrecht, aber immerhin aktiv beteiligen können. Das heißt mit anderen Worten, auch diese Komponente ist von Anfang an mit berücksichtigt worden.

Der Ausschuss der Regionen und - in seiner Delegation auch erstmalig ausdrücklich genannt - Vertreter von Regionen mit legislativen Befugnissen werden als Beobachter teilnehmen. Übrigens wird der Bundesrat aller Voraussicht nach seinen Vertreter in der Sitzung am 1. Februar 2002 benennen.

Der Konvent soll seine Arbeiten nach einem Jahr abschließen und ein Abschlussdokument mit Optionen oder, bei Konsens, mit konkreten Empfehlungen für die Vertragsänderungen vorlegen, die dann in einer anschließenden Regierungskonferenz geprüft werden, so dass diese konkreten Vorschläge rechtzeitig vor den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 in Veränderungen umgesetzt werden können.

Meine Damen und Herren! Ich gehe davon aus, - und daran muss gearbeitet werden - dass der Konvent tatsächlich in den wesentlichen Punkten zu Ergebnissen kommt. Es wird nicht funktionieren, wenn der Konvent sich darauf beschränkt, vier oder fünf Möglichkeiten zur Lösung des Problems aufzuzeigen, weil dann eine Regierungskonferenz nicht in der Lage sein wird, von diesen Ergebnissen eines auszuwählen und Konsens darüber herzustellen. Ich dränge also darauf, dass der Konvent so intensiv arbeitet, dass in allen wesentlichen Fragen, wenn es irgend geht, ein Konsens erreicht wird, sodass eine Regierungskonferenz möglicherweise nur noch über Modifikationen zu entscheiden hat.

Arbeitsweise und Zusammensetzung des Konventes entsprechen in vollem Umfang den auch von Sachsen-Anhalt mit erarbeiteten Vorstellungen der deutschen Länder. Wir haben das in einem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz am 21. Juni 2001 festgehalten und entsprechend auch im Bundesrat am 13. Juli 2001 beschlossen. Zwischenzeitlich haben die Länder ihre inhaltlichen Vorstellungen weiter ausgearbeitet.

Die Regierungschefs haben am 20. Dezember 2001 zu den Ergebnissen des Europäischen Rates von Laeken Stellung genommen und das bevorstehende Reformvorhaben als eine Stärkung von Demokratie und Handlungsfähigkeit begrüßt. Sie haben allerdings auf einen Punkt in besonderer Weise hingewiesen: Ihnen ist es wichtig, dass es eine klare Aufgabenabgrenzung nach dem Subsidiaritätsprinzip gibt. Außerdem bestehen die deutschen Länder darauf - das wissen Sie -, dass dies durch entsprechende klare Abgrenzungen zwischen dem Bund und den Ländern ergänzt wird.

Meine Damen und Herren! Was mir in diesem Zusammenhang besonders wichtig gewesen ist, war die Frage, wie geht es eigentlich weiter mit den Spezifika, die in einzelnen Regionen herrschen, wenn es zu viel Vereinheitlichungen kommt und es gewissermaßen um

Profilverlust und Einengung kultureller Vielfalt in den einzelnen Regionen geht. Es kann nicht sein, dass wir ein Europa bekommen, das sozusagen nach Schema F überall gleich ist. Dazu sind die kulturellen Unterschiede in den einzelnen Regionen zu groß. Deswegen liegt uns daran, dass ein Weg gefunden wird, der auch die nationale Identität der Mitgliedsstaaten wahrt.

Es gibt ein klassisches Beispiel, das wir immer wieder diskutieren, bei dem Wettbewerbsauflagen kulturelle Identität zu zerstören drohen. Beschrieben wird das derzeit mit dem Stichwort der Daseinsvorsorge. Diese ist in den einzelnen Ländern so unterschiedlich, dass man sie nicht einfach mit einer schematischen Durchsetzung abstrakter Wettbewerbsmechanismen kaputt machen darf. Wenn die Unterstützung unserer gemeinnützigen Wohlfahrtsverbände als Beihilfe betrachtet und damit als Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten Anbietern bewertet wird, dann machen wir uns alle private Daseinsvorsorge kaputt. Das kann nicht sein.

(Beifall bei der SPD)

Das ist eine Sache, die wir in Brüssel intensiv vorgetragen haben.

Dies betrifft übrigens nicht nur die Daseinsvorsorge im sozialen Bereich. Ich erinnere nur daran, dass auch Probleme in Bezug auf unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunk diskutiert werden, nämlich ob die Rundfunkgebühren nicht de facto Steuern und also die Überweisung der Rundfunkgebühren an die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht eine Art Beihilfe darstellen und damit eine Wettbewerbsverzerrung gegenüber privaten Anbietern zustande käme.

Es wäre eine Verarmung unserer Kultur in Deutschland - ich sage an dieser Stelle bewusst Kultur; ich meine nicht nur die reine Medienlandschaft -, wenn die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten die besonderen Aufgaben, die sie nach unserem Grundgesetz haben, nicht aufgrund einer verlässlichen Unterstützung tatsächlich wahrnehmen könnten, die eben auch über Gebühren geht.

(Zustimmung bei der SPD und von Herrn Gürth, CDU)

Meine Damen und Herren! Deswegen sind wir außerordentlich froh darüber, dass die Kommission in einem zweiten Bericht diese Daseinsvorsorge als eine besondere Säule positiv bewertet.

Die Kommission hat sich verpflichtet, noch im Jahr 2002 in enger Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten einen Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen im Bereich der Leistungen der Daseinsvorsorge und so bald wie möglich auch einen Vorschlag für eine Gruppenfreistellungsverordnung vorzulegen, das heißt mit anderen Worten, einen Rahmen, in dem diese gemeinwohlorientierten Leistungen möglich sind, natürlich - dagegen habe ich überhaupt nichts - in einem offenen, transparenten und diskriminierungsfreien Verfahren.

Unter der Überschrift von Daseinsvorsorge darf nicht gekungelt werden; das ist in Ordnung. Dabei ist Rechtssicherheit wichtig und dabei muss es klare vergabe- und beihilferechtliche Grenzen und Rahmen geben. Wenn diese präzisiert werden, dann ist das nur zu begrüßen, weil es den entsprechenden Institutionen Sicherheit gibt. Was aber nicht geht, ist, dass wir sozusagen unter der Überschrift „Wettbewerb“ Mechanismen importieren, die im Grunde genommen alte Traditionen, die zu den Grundwerten unserer Gesellschaft gehören, zerstören

würden, was wiederum diese Art von Solidarität, die wir in Europa pflegen, zerstören würde.

Klargestellt werden soll, wann eine spürbare Beeinträchtigung des gemeinschaftlichen Handels zu erwarten ist und wann es sich um rein lokale Märkte handelt. Auch an dieser Stelle können wir Gestaltungsmöglichkeiten in den Regionen schaffen, wenn wir dafür sorgen, dass klar zu den Wettbewerbsbedingungen unterschieden wird, die in Europa verzerrt werden können. Wenn es sich um Auswirkungen von nur regionaler Bedeutung handelt, dann braucht sich das zentrale Europa nicht darum zu kümmern.

Wenn wir alles nach Brüssel delegieren, dann können wir hier das Regierungspräsidium abschaffen, dann brauchen wir auch keinen Landtag mehr. Meine Damen und Herren! Das kann nun wirklich nicht der Weg sein. Deswegen ist es gut, dass an dieser Stelle klare Vorgaben gemacht werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich will es dabei einmal belassen. Viel wäre zu dem europäischen Thema noch zu sagen. Ich will Ihnen nur versprechen, dass wir als Landesregierung den Landtag aktiv in diesen Diskussionsprozess einbeziehen werden.

(Zustimmung von Frau Fischer, Naumburg, SPD)

Das heißt, dass wir regelmäßig berichten werden. Die regionale Mitwirkung wird nicht so weit gehen, dass Mitglieder der Landesregierung in dem Konvent mitarbeiten können. Das wird man verstehen müssen. Aber dass wir uns an dem Diskussionsprozess beteiligen, ist sicherlich erforderlich. Eine entsprechend intensive Information muss es geben, sonst kann man sich an einem Diskussionsprozess nicht beteiligen.

Ich wäre froh, wenn der Landtag sich weiterhin diesen europäischen Fragen zuwendet. Wir haben bereits gehört, es wird noch einmal Gelegenheit geben, in diesem Landtag darüber zu diskutieren.

(Zuruf von Frau Wiechmann, FDVP)

Ich will - Sie haben gemerkt, ich habe über Laeken ausführlich geredet - bei dem nächsten Tagesordnungspunkt nicht noch einmal das Wort ergreifen. Daher möchte ich bereits an dieser Stelle ausdrücklich sagen, die Landesregierung unterstützt voll und ganz den Antrag der SPD-Fraktion

(Frau Wiechmann, FDVP: Echt?)

hinsichtlich der Ergebnisse des Europäischen Rates von Laeken. Wir werden an der Umsetzung dieses, wie ich finde, produktiven Ansatzes zur Gestaltung der Europäischen Union aktiv mitwirken. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Frau Dr. Site, PDS, und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Den Standpunkt der CDU-Fraktion trägt jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Sobetzko vor. Bitte, Herr Dr. Sobetzko.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Frage- und Antwortkomplex zur künftigen Europäischen Entwicklung mit den vorliegenden Anfragen ist

von der Problematik her sehr wichtig und bedeutsam, da sich gegenwärtig entscheidende Entwicklungen in diesem europäischen Integrationsprozess vollziehen.

Der Ministerpräsident hat auf fünf Komplexe hingewiesen. Ich kann ihm nur zustimmen. Das sind ja die entscheidenden Komplexe. Allerdings habe ich mich etwas gewundert, dass er auf die Problematik des Punktes 7 vorgriff; denn das wäre eine Sache der Einbringer gewesen. Aber Sie werden damit schon klarkommen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte dann zu den Antworten kommen und in der Kürze der Zeit einige Anmerkungen machen. Die Zusammenfassung der Kooperationsleistungen, der Möglichkeiten zur wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung sowie zur bisherigen Einführung und Umsetzung der europäischen Programme erscheint mir sehr begrüßenswert. Ausreichend gemäß der Fragestellung erscheinen mir auch die Antworten zur sozialen Absicherung und zum Verbraucherschutz. Zu vielen Problemen ist nicht Stellung genommen worden, weil diese Probleme auch nicht als Fragestellung vorlagen.

Meine Damen und Herren! Aber bereits an dieser Stelle fällt mir zum Beispiel eine nebulöse bzw. unverbindliche Beantwortung auf. Das möchte ich einfach an ein oder zwei Beispielen darstellen.

Zum Beispiel die Frage 8.7: Was unternimmt die Landesregierung für die kleinen und mittleren Unternehmen? - Meine Damen und Herren! Daraufhin wurde ausgeführt: Die Landesregierung unternimmt vielfältige Anstrengungen, insbesondere durch folgende Maßnahmen: Bündelung der außenwirtschaftlichen Förderinstrumentarien, gezielte Einbeziehung von Unternehmen, Nutzung bereits bestehender Kontakte.

Oder es werden Statistiken aufgeführt, die keinen Vergleichsmaßstab haben und damit, meine ich, eigentlich wertlos sind.

Ich möchte aber nun auf einige Schwerpunkte eingehen. In Frage 12 wird zum Beispiel hinsichtlich der Bündelung der Europafragen in einem Ressort nachgefragt. Unter Hinweis auf die Aufteilung der Geschäftsbereiche auf die einzelnen Ministerien, was dem Artikel 68 Abs. 2 der Landesverfassung entspricht, wird in der Beantwortung eine stringente Bündelung abgelehnt.

Hierzu ist anzumerken, dass die meisten Bundesländer - Herr Gärtner wies auch schon darauf hin -, so auch die neuen Bundesländer Sachsen, Thüringen und Brandenburg, ein Ministerium für Bundes- und Europafragen haben und auch parlamentarisch durch entsprechende Ausschüsse vertreten sind. Auch in diesem Bereich, meine Damen und Herren, dümpeln wir vor uns hin und setzen kein sichtbares Zeichen für eine gestaltbare Europapolitik in unserem Land.

Hinsichtlich der Erweiterung der Europäischen Union wird in den Fragen 7 und 40 der Beitrittszeitraum erfragt. Die Landesregierung schließt sich der Auffassung an, dass die ersten Mitglieder bereits Ende dieses Jahres aufgenommen werden und damit an den Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 2004 teilnehmen können. Wir meinen, dass der Post-Nizza-Prozess mit der folgenden Regierungskonferenz dafür weitere Voraussetzungen schaffen muss. Es darf aber zu keinen Verzögerungen kommen. Da stimmen wir natürlich zu.

Zu Frage 1: Folgen der Erweiterung der Europäischen Union. Die Landesregierung verweist auf vorliegende

Studien im Hinblick auf gegebenenfalls zu erwartende Migrationsbewegungen durch Umstrukturierungsprozesse in bestimmten Wirtschaftssektoren der Beitrittsländer, die mit der Freisetzung eines großen Arbeitskräftepotenzials verbunden sind, sowie darauf, dass Wanderungsbewegungen auf ein erträgliches Maß eingeschränkt werden müssten.

In der Beantwortung der Frage 5 verneint die Landesregierung: Grundsätzlich können die Auswirkungen der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch nicht beurteilt werden. Die Landesregierung setzt sich daher für siebenjährige Übergangsregelungen hinsichtlich der Arbeitnehmerfreizügigkeit und für sektorbezogene Regelungen hinsichtlich der Dienstleistungsfreiheit ein. - Das zur Antwort.

Die Beitrittsländer - das wissen wir; ich habe an derartigen Diskussionen teilgenommen - fassen dies natürlich sehr kritisch auf und empfinden das auch als eine Zumutung. Die Frage ist also: Welche Flexibilität können wir an dieser Stelle schaffen?

Damit muss man sich aber auseinander setzen und sich nicht nur irgendwelchen Vorstellungen, die es gibt, anschließen. Auch die CDU-Fraktion ist grundsätzlich für diese Übergangslösung, aber an dieser Stelle sollte eben die entsprechende politische Führungsqualität bewiesen werden.

Auch die grundsätzliche Aussage in der Antwort auf Frage 1 auf Seite 4, dass unter haushaltspolitischen Aspekten zu den Folgen der Erweiterung keine Aussage gemacht werden kann, spricht leider eine beredte Sprache. Lesen Sie in den Dokumenten aus Sachsen nach. Darin finden Sie ganz andere Aussagen.

Zu Frage 2, Bildungsangebot im Zusammenhang mit der Erweiterung der Europäischen Union. In der Beantwortung durch die Landesregierung wird auf viele Studiengänge und Fortbildungsprogramme bei den Universitäten und Hochschulen eingegangen, die aber zur Erweiterung keinen Bezug haben. Andererseits muss gerade an dieser Stelle auf Defizite hingewiesen werden, die bisher nur mühevoll und hoffentlich nicht nur vorübergehend behoben werden konnten. Das betrifft zum Beispiel die Sicherung der universitären Studienkollegarbeit und die Finanzierung zum Beispiel des europäischen Fernstudienzentrums. Auch das ist ein offenes Problem.

Meine Damen und Herren! Mit der Frage 27 wird die Bedeutung von Europol erfragt. Es kann nur verwundern, dass dem Fragesteller zur inneren Sicherheit nicht mehr einfällt. Aber auch die Landesregierung antwortet offenbar angepasst an dieses, ich sage einmal, von der Fragestellung her geringe Niveau - ich zitiere -: „Die bisherige Bedeutung von Europol für die Kriminalitätsbekämpfung in Sachsen-Anhalt wie auch in anderen Ländern wird zurückhaltend beurteilt.“

Meine Damen und Herren! Das könnte ich so fortsetzen.

Präsident Herr Schaefer:

Kommen Sie bitte zum Ende.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich komme zum Schluss. - Es fehlt in der Beantwortung zur Problemlage oft an Substanz und Aussageverbindlichkeit. Dies zeugt ohne Zweifel von einem Mangel an eindeutiger Zuständigkeit

oder an ausgewogener Bereitschaft zur Sache. Das ist in jedem Fall ein Vorwurf, ein Politikum ersten Ranges, meine Damen und Herren. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die FDVP-Fraktion erteile ich der Abgeordneten Frau Helmecke das Wort. Bitte, Frau Helmecke.

Frau Helmecke (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liest man die 51 Fragen in der Großen Anfrage der PDS-Fraktion und die Antwort der Landesregierung auf 47 Seiten, stellt sich mir die Frage: Ist der Einbringer zugleich der Beantworter? Oder waren die Antworten eher da als die Fragen?

Es klingt fast wie Fragen an das Politbüro vergangener Zeiten, nach der Devise: „Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts“, um vom Wirtschaftschaos im Lande abzulenken.

In den Fragen wird ausschließlich die Landesregierung regelrecht interviewt, als wäre sie der eigentliche Mittelpunkt der EU und Sachsen-Anhalt der Motor der Entwicklung. Das Eigentliche, die Zukunft von Europa und damit von Deutschland, wird nicht einmal gestreift. Es wurde fleißig gearbeitet, aber leider das Thema verfehlt.

Die Osterweiterung wird zwangsläufig kommen. Ob sie aber ein voller Erfolg wird, steht nach wie vor in den Sternen. Die EU muss sich zuerst nach innen fit machen, um sich dann nach außen zu erweitern.

Meine Damen und Herren! Übertragen auf ein Unternehmen bedeutet das: Vor dem Expandieren müssen erst die inneren Strukturen und Ressourcen darauf eingestellt werden, sonst wird das Unternehmen in Konkurs gehen. Diese Unternehmensweisheiten gelten in vollem Umfang auch für die EU.

Meine Damen und Herren! Glauben Sie daran, dass die EU mit Strukturen, die für sechs Mitglieder gedacht waren, leicht modifiziert mit 15 Mitgliedern oder am Ende gar mit 27 Mitgliedern arbeiten kann? Wir haben doch Nizza noch in Erinnerung. Außer einer kleinen Stimmkorrektur ist nichts Bedeutsames passiert.

Im Konvent von Laeken sind nur Absichtserklärungen für Bürgernähe, Demokratie und Transparenz abgegeben worden. Die Lösungen der eigentlichen Probleme wurden auf den nächsten Konvent verschoben.

Der europäische Gedanke ist den Bürgern nicht mehr vermittelbar, da es sich hierbei eher um eine Wortschöpfung handelt ohne einen Bezug zur Basis. Eine planlose, ins Uferlose gehende Entwicklung von Kompetenzen und Verfahren der EU sowie die maßlose Brüsseler Bürokratie haben bei den Menschen in den Ländern der Gemeinschaft und der Beitrittskandidaten zu einem großen Vertrauensschwund geführt. Bei diversen Meinungsumfragen sehen erstmalig über 50 % der Menschen mehr Nachteile als Vorteile.

Von jährlichen Wachstumsraten von 3 % ist Deutschland weit entfernt. Knapp 0,6 % werden es in diesem Jahr sein. Deutschland ist von den vorderen Plätzen auf den letzten Platz in der EU abgerutscht.

In der gegenwärtigen Lage halten wir eine Osterweiterung der EU für überstürzt und warnen vor den negativen Auswirkungen auf Europa. - Ich danke Ihnen.

(Zustimmung von Frau Wiechmann, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Tögel. Bitte, Herr Tögel.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin eigentlich froh darüber, dass die Antwort auf die Große Anfrage der PDS-Fraktion nicht ganz so umfangreich gewesen ist wie die Antwort zum Thema Kulturpolitik. Ich habe somit die Hoffnung, dass wenigstens einige der Kollegen die Antwort gelesen haben. Wären es mehr als 200 Fragen gewesen mit den dazu gehörenden Antworten, hätte das vielleicht den einen oder anderen doch abgeschreckt, sich mit diesem leider oft unterschätzten Thema zu beschäftigen.

Trotzdem ist die Antwort der Landesregierung eine sehr gute Zusammenstellung der Aktivitäten, die es in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt und in Europa gegeben hat. Wir müssen uns allerdings als Landtag auch die Frage stellen, was wir dazu beigetragen haben und was wir zukünftig dazu beitragen können, verstärkt Schwerpunkte zu setzen und uns in diesen Diskussionsprozess einzubringen.

Der Wirtschaftsausschuss ist in der Vergangenheit bemüht gewesen, sich diesem Thema immer wieder zu widmen. Aber er hat natürlich auch andere Themen auf der Tagesordnung und er hat auch zu wenig Zeit, sich intensiv mit grundsätzlichen Fragen der Europapolitik auseinander zu setzen. Leider gibt es in den Fraktionen nur wenige Kollegen, die sich intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Andere Mitglieder des Wirtschaftsausschusses haben ihre Prioritäten anders gesetzt.

Wie es in der kommenden Legislaturperiode weitergeht, wird der neue Landtag in seiner Zusammensetzung entscheiden. Die Frage, ob wir einen eigenen Europausschuss haben werden und wie die Arbeit dann gestaltet wird, werden die Kollegen - ob wir selbst oder andere, wissen wir heute noch nicht - nach den Wahlen entscheiden.

Ein Punkt ist mir wichtig. An den Diskussionen im Ausschuss haben sich die Fraktionen auf der rechten Seite des Hauses bisher in keiner Weise beteiligt. Wenn ihre Vertreter überhaupt anwesend waren, ist weder zu Wirtschaftsthemen noch zu europapolitischen Themen etwas gesagt worden.

Insofern ist es sicherlich angebracht, dass die DVU-Fraktion heute auf einen Redebeitrag verzichtet hat. Es ist fast schon Normalität, dass sich die FDVP-Fraktion zu Wort gemeldet hat, mit einem Beitrag, der inhaltsleer war. Er hatte mit der Arbeit, die dazu im Wirtschaftsausschuss geleistet wurde, nichts zu tun. Wir haben für die kommende Legislaturperiode die Aufgabe zu klären, wie wir dieses Thema im Land und darüber hinaus weiter begleiten und welche Schwerpunkte wir setzen.

Ich möchte nunmehr in Kürze zu einigen Punkten aus meiner Sicht Stellung nehmen. Wir haben in Punkt 3 die Bildungsangebote der Universitäten aufgezeigt. Ich möchte ergänzen, dass die Fachhochschule in Stendal

internationale Kontakte hat. Sie hat kosmopolitische Studiengänge, die zwangsläufig mit einem Auslandssemester verbunden sind.

Ich kann dem Kollegen Sobetzko nicht folgen in der Aussage, dass die Hochschulen keinen Bezug zur Osterweiterung haben. Zum einen kommen viele Kollegen aus Osteuropa an unsere Universitäten. Zum anderen gehen auch viele Studenten unserer Universitäten in osteuropäische Staaten, auch in Staaten, die zu den Beitrittskandidaten gehören.

(Zuruf von Herrn Dr. Sobetzko, CDU)

Insofern gibt es aus meiner Sicht sehr wohl einen Bezug zur Osterweiterung, und es ist korrekt, dass von der Landesregierung die Studiengänge in diesem Zusammenhang aufgezählt werden.

Unter Punkt 4 will ich der Vollständigkeit halber etwas zur Definition des Landesinteresses gegenüber dem Bund und der EU ergänzen, das in Punkt 20 noch einmal genannt wird. In besonderer Form wird das Landesinteresse wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft auf der Reform der Strukturfonds nach 2006 liegen.

Zu Punkt 6 - infrastrukturelle Anforderungen -: Das ist der einzige Punkt, in dem ich Herrn Gärtner widerspreche. Ich meine, dass die Nordverlängerung der A 14 auch im Kontext der Osterweiterung als Zugangsachse zu den Ostseehäfen eine wichtige Rolle spielt. Es besteht weitgehende Einigkeit darüber - in der Altmark ohnehin, aber auch in den anderen Regionen des Landes -, die Nordverlängerung der A 14 als ein prioritäres Projekt aufzunehmen.

Zu Punkt 8 - konkrete Maßnahmen zur Osterweiterung - möchte ich einen Vorschlag unterbreiten. Ich würde gern als Vertreter im Ausschuss der Regionen gegenüber der Landesregierung aktiv werden. Ich könnte mir vorstellen, dass wir in der nächsten Wahlperiode des Ausschusses der Regionen, die ebenfalls über vier Jahre geht, - die konstituierende Sitzung findet am 6. Februar 2002 statt - in Sachsen-Anhalt gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen ein Seminar zum Strukturwandel in der Landwirtschaft oder zu nachwachsenden Rohstoffen durchführen.

Ich denke, wir haben in Sachsen-Anhalt gute Erfahrungen bei der Umstrukturierung der Landwirtschaft. Wir haben auch gute Beispiele, wie man nachwachsende alternative Rohstoffe nutzen kann. Wir sollten durchaus eine Brückenfunktion zwischen Ost- und Westeuropa wahrnehmen. Der AdR bietet dafür ein Podium. Vielleicht gelingt es in diesen vier Jahren gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen, in dieser Hinsicht etwas in Sachsen-Anhalt zu tun.

(Frau Wiechmann, FDVP: Dieses Gelaber!)

Unter Punkt 8.3 haben wir zum Beispiel die Aktivitäten des Büros des Landes in Estland aufgeführt. Ich will ergänzen, dass es für mich immer ein Ziel war, das leider nicht erreicht werden konnte, dass wir uns als Parlament zukünftig stärker einbringen, dass wir Parlamentspartnerschaften eingehen, die wirtschaftliche und andere Kontakte begleiten und über die wir unter Umständen auch auf rechtliche Rahmenfestlegungen in den Partnerländern Einfluss nehmen können.

Meine Vorstellung ist, dass das Parlament eine Region in Westeuropa und eine Region in Osteuropa auswählt und intensive Kontakte pflegt. Dabei spielt es nicht die

Rolle, ob es sich um Estland, Bulgarien oder um eine andere Region mit legislativer Kompetenz handelt. Die deutsch-bulgarische Gesellschaft versucht, eine derartige Partnerschaft in Bulgarien vorzubereiten. Aber auch die Kontakte, die der Landtag zu Estland schon hatte, geben Anlass zu der Hoffnung, dass eine Partnerschaft möglich ist.

Zu Punkt 12. Herr Sobetzko ist noch etwas intensiver auf die Frage der Organisation und der Bündelungsfunktion innerhalb der Landesregierung eingegangen. Ich möchte seine Aussage korrigieren: Weder in Sachsen noch in Thüringen noch in Brandenburg gibt es ein eigenes Ministerium.

In Thüringen ist der Chef der Staatskanzlei der Bevollmächtigte beim Bund und für Europa innerhalb der Staatskanzlei. In Sachsen ist Herr Tillich Europaminister innerhalb der Staatskanzlei. In Brandenburg ist der Justizminister für Europaangelegenheiten mit zuständig. Wir haben in keinem Bundesland mehr ein eigenständiges Europaministerium. Diesen Trend haben alle Bundesländer 1993 und 1994 aufgegeben.

Ich persönlich halte diese Bündelungsfunktion in der Staatskanzlei, wie auch immer sie personell untersetzt ist, ob mit einem Staatssekretär oder einem eigenen Minister, für zukunftsweisend, für praktikabel und für sinnvoll. Das entbindet die anderen Ressorts nicht davon, in dieser Frage weiter aktiv zu bleiben und sich fachspezifisch auf Fragen der Osterweiterung und der europäischen Integration einzustellen. Die Aufgabe der Staatskanzlei ist tatsächlich die Koordination und eine Bündelungsfunktion.

Unter Punkt 13 wird auf das Verbindungsbüro in Brüssel eingegangen. Ich kann Ihnen aus persönlicher Erfahrung sagen, dass die Kollegen eine sehr gute Arbeit leisten. Sie sind mit den relativ geringen personellen Ressourcen hervorragend platziert im Ranking der deutschen Verbindungsbüros. Ich finde es ganz toll, was sie dort machen, und habe in den Jahren, seitdem ich intensiv in Brüssel zu tun habe, in allen Punkten eine hervorragende Unterstützung erfahren. Ich kann die Kollegen nur aufrufen, das auch in Zukunft zum Wohle und im Interesse des Landes weiterhin so zu tun. Was sie dort leisten, ist wirklich toll.

Weil meine Redezeit zu Ende geht, komme ich gleich zu Punkt 20 - EU-Strukturfonds. In diesem Bereich hat der AdR eine ganze Menge getan und wird auch zukünftig eine ganze Menge tun.

Zu Punkt 25: Öffentlichkeitsarbeit mit Vereinen, Verbänden und anderen. Das Eurocamp liegt mir persönlich auch sehr am Herzen. Ich halte das für eine ganz wichtige Sache und werde auch weiterhin dafür kämpfen, dass die Gelder dafür bereitstehen.

Eine Bemerkung noch - das ist mein letzter Punkt - zur Frage 39. Die Frage nach Rolle und Bedeutung des AdR, weil er keine Gesetzgebungskompetenz hat, klingt mir ein bisschen zu kritisch. Das Europäische Parlament hat viele Jahre gebraucht, um Rechte zu erlangen. Es hat jetzt noch nicht alle Rechte, die wir ihm wünschen. Aber der AdR hat erst eine ganz junge Geschichte. Er entwickelt sich und hat von Vertrag zu Vertrag mehr Rechte bekommen. Auch im Amsterdamer Vertrag war das der Fall. Wir haben zwei Funktionen. Eine Funktion - -

Präsident Herr Schaefer:

Kommen Sie bitte zum Ende. Sie haben auch schon überzogen.

Herr Tögel (SPD):

40 Sekunden, Herr Präsident. - Das eine ist die Funktion gegenüber der Kommission, das andere die in die Regionen. Ich habe das vorhin am Beispiel eines gemeinsamen Seminars erläutert. Ein Nebenprodukt ist natürlich auch der regelmäßige Kontakt zu Vertretern anderer Regionen.

Der Ausschuss muss sich in seiner Arbeit allerdings auch qualifizieren. Ein besonders stark diskutierter Punkt ist jetzt zum Beispiel die Rolle der Regionen - -

Präsident Herr Schaefer:

Ich würde Sie wirklich bitten, zum Ende zu kommen.

Herr Tögel (SPD):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident. - Ein stark diskutierter Punkt ist die Rolle des AdR für die Regionen mit Gesetzgebungskompetenz. Wie wir damit weiter verfahren, ist noch nicht ganz klar. Dieser Diskussionsprozess läuft gerade, es ist ein sehr spannender Prozess, weil wir unterschiedliche Kompetenzen haben.

(Unruhe)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Tögel, ich entziehe Ihnen das Wort.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident, ich bedanke mich für die Großzügigkeit.

(Zustimmung bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Nein, das ist keine Großzügigkeit. Ich darf § 62 der Geschäftsordnung zitieren: Spricht ein Mitglied des Landtages länger als zulässig, so soll ihm nach einmaliger Mahnung das Wort entzogen werden. - Sie haben zwei Minuten länger gesprochen.

(Herr Tögel, SPD: Anderthalb!)

Zum Abschluss der Debatte hat der Fragesteller noch einmal das Rederecht. Bitte, Herr Gärtner.

Herr Gärtner (PDS):

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich denke, ich werde die Redezeit nicht ausschöpfen, sodass wir die Zeitüberziehung wieder einholen können.

Kurz zu vier Punkten, die ich noch kritisch erwähnen will. Ich hatte vorhin in meinem Einstieg gesagt, dass wir mit einigen Antworten zu den Fragen nicht ganz zufrieden waren.

Ich will an dieser Stelle etwas zu Frage 30 - Landwirtschaftspolitik - sagen. Wir haben nach den Schwerpunkten gefragt, die die Landesregierung bei der Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik setzt. Dazu hätten wir gern einige Aussagen zur Förderung von Wirtschafts- und Stoffkreisläufen, zu Wertschöpfungsketten, zur Erweiterung des Futterbaues und zu regionalen Vermarktungsketten zur Kenntnis genommen.

In diesem Zusammenhang ist aus unserer Sicht auch notwendig, die Verteilung der Tierbestände und zum Beispiel auch der Milchquoten in der gesamten Bundesrepublik auf den Prüfstand zu stellen. Wir verweisen auf den entsprechenden Expertenbericht von Professor Rost von der Martin-Luther-Universität in der Enquete-Kommission. Außerdem haben wir durchaus wohlwollend zur Kenntnis genommen, dass diese Frage am letzten Montag im Pressegespräch auf der Grünen Woche auch von Minister Keller thematisiert wurde. Wir vermischen aber in der vorliegenden Antwort auf die Große Anfrage ein klares Bekenntnis dazu.

(Zustimmung bei der PDS)

Ein zweiter Komplex ist die Frage der Behindertenpolitik. Diesbezüglich wäre, denke ich, ein Blick in den Arbeitsmarkt- und Sozialbericht angezeigt gewesen; denn dieser ist im Gegensatz zur Antwort auf die Große Anfrage zu diesem Komplex in diesem Punkt konkreter und viel aussagekräftiger. Das wäre also eher die Antwort gewesen als das, was in der Antwort auf die Große Anfrage enthalten ist.

Diese Antwort ist nämlich - das muss man leider sagen - durch ein starkes Ressortdenken geprägt. Wir haben den Eindruck, zumindest was die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage betrifft, dass es sehr wenige eigene Vorstellungen gibt und dass der Gestaltungswille wenig ausgeprägt ist. Das ist allerdings durch den Arbeitsmarkt- und Sozialbericht in dem entsprechenden Schwerpunkt - Lebenssituation und Teilhabe von behinderten Menschen - geändert worden. Insofern können wir uns in diesem Punkt einverstanden erklären.

Ein dritter Punkt, den ich noch erwähnen möchte, betrifft die Frage der Bündelung von europapolitischer Kompetenz auf der exekutiven Seite. Damit ich nicht missverstanden werde, will ich ausdrücklich sagen, dass ich kein Plädoyer für ein eigenes Ministerium gehalten habe; ich bin vielmehr - wie das auch Herr Tögel gesagt hat - für eine Bündelung zum Beispiel in der Staatskanzlei, auch mit einem eigenen Minister. Das hielte ich für den richtigen Weg.

Ein letzter Punkt. Insbesondere um in der ganzen Diskussion nicht den Stammtischen die Positionsbestimmung zu überlassen, müssen wir uns als Parlament intensiver dieser Frage zuwenden, muss sich auch in dieser Frage jeder einzelne Abgeordnete kompetent machen, müssen wir uns fit machen. In diesem Sinne halte ich das, was Tilman Tögel vorgeschlagen hat, zum Beispiel die Durchführung eines Seminars gemeinsam mit dem Ausschuss der Regionen zu dem Thema Landwirtschaftspolitik, das ja ein Zukunftsthema sein wird, für wichtig.

Ich will nicht unerwähnt lassen, dass Herr Tögel wahrscheinlich deshalb ein wenig länger geredet hat, weil er der Vertreter des Landtages in diesem Ausschuss der Regionen ist. Ich denke, dafür sollte man auch einmal danke sagen, denn er war derjenige, der dieses Thema im Landtag sehr intensiv bearbeitet hat.

(Zustimmung von Frau Dr. Sitte, PDS, von Herrn Krause, PDS, bei der SPD, von Ministerpräsident Herrn Dr. Höppner und von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir in der nächsten Legislaturperiode dieser Frage stärkeres Gewicht zu messen, insbesondere um zu verhindern, dass die Dis-

kussion über die Erweiterung der Europäischen Union und insbesondere über die Osterweiterung der Europäischen Union den Stammtischen überlassen wird. Hierbei sollten wir mit Kompetenz die Meinungsbildung zu beeinflussen versuchen. - Vielen Dank.

(Zustimmung bei der PDS und von Herrn Tögel, SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Beschlüsse zur Sache werden nicht gefasst. Damit ist die Aussprache zu der zweiten Großen Anfrage beendet. Tagesordnungspunkt 6 ist damit abgeschlossen.

Meine Damen und Herren! Zu den letzten Tagesordnungspunkten des heutigen Tages haben wir noch einmal Besuch bekommen. Uns besuchen Schülerinnen und Schüler der Sekundarschule Prettin. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 7:**

Beratung

Ergebnisse des Europäischen Rates von Laeken: Konvent stärkt Bürgernähe, Demokratie und Transparenz

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5219**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Tögel. Es folgt dann eine Fünfminutendebatte. Bitte, Herr Tögel, Sie haben das Wort.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir sicher, dass ich die Zeit, die ich vorhin überzogen habe, jetzt wieder einsparen kann. Wir haben ja schon eine ganze Menge über den Europäischen Rat von Laeken gehört. Im Vorweihnachtstrubel ist seine Bedeutung etwas untergegangen.

Der Ministerpräsident hat noch einmal ausführlich über die zukünftige Rolle des Konvents und über die Bedeutung der Ergebnisse, die der Konvent hervorbringen soll, gesprochen. Ich will deswegen inhaltlich nicht allzu viel dazu sagen.

Die Konstituierung des Konvents findet schon in aller nächster Zeit statt. Am 28. Februar wird er sich in Brüssel konstituieren. Er hat ein Jahr lang Zeit, unter intensiver Begleitung der so genannten Zivilgesellschaft, was immer das auch ist, zu Ergebnissen zu kommen. Ich hoffe auch, dass er den Regierungschefs, dem Europäischen Rat, sehr konkrete Vorschläge machen kann, die von den Regierungschefs so akzeptiert werden können, wie dies seitens des Europäischen Rates auch bei der Grundrechtecharta geschehen ist.

Welche Vertreter des Bundesrates und des Bundesrates die Bundesrepublik Deutschland vertreten werden, ist bisher noch nicht klar. Ich bin gespannt, wer dies sein wird.

Ich hoffe, dass wir als Landtag Gelegenheit haben werden, uns mit diesem Problem intensiver zu beschäftigen und unter Umständen der Landesregierung hinsichtlich

ihrer Positionierung auch unsere Meinung mit auf den Weg zu geben.

Ich bitte um Ihre Zustimmung zu diesem Antrag und hoffe, dass wir im Wirtschaftsausschuss in der kommenden Legislaturperiode oder vielleicht sogar noch in dieser Legislaturperiode das erste Mal zu diesem Thema diskutieren können. - Herzlich Dank.

(Zustimmung bei der SPD und bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die FDVP-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Frau Wiechmann. - Ich muss dazu sagen, dass die PDS-Fraktion auf einen Redebeitrag verzichtet hat.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die ursprüngliche Idee der europäischen Einigung war es, dass die Völker souverän, in Frieden, Freiheit und Demokratie leben können. Was den Frieden betrifft, meine Damen und Herren, ist das bisher, jedenfalls bezogen auf die Gründerstaaten, auch gelungen. Eine Prognose in Bezug auf Europa und darüber hinaus wage ich allerdings an dieser Stelle nicht.

Seit den Gründungsverträgen von 1957 ist von der damals angestrebten Bürgernähe jedoch wenig übrig geblieben. Ein bürokratischer Apparat von ungeahntem Ausmaß hat sich entwickelt, Korruption und Finanzskandale bestimmen die Diskussion. Boykotte gegen Mitgliedstaaten der EU - ich erinnere an den Fall Österreich - zeigen nicht nur das heutige Gesicht der EU-Eurokratie, sondern sie geben die EU insgesamt der Lächerlichkeit preis. Mit Demokratie und Freiheit hat das alles jedoch wenig zu tun.

Nizza 2000 geht mit dem Ergebnis in die Geschichte ein, dass nichts, aber auch gar nichts Bedeutsames mehr beschlossen werden konnte. Eifersüchteleien der Staaten und die Durchsetzung der eigenen Interessen bestimmten die Tagung.

Das und vieles mehr - es kann nicht alles aufzählt werden - hat dazu beigetragen, dass die Menschen heute skeptischer denn je gegenüber allen machtpolitischen und bürokratischen Großorganisationen sind. Politische Saurier, meine Damen und Herren, - das zeigt sich darin überdeutlich - haben in einer Welt von Bürgern, die Eigenverantwortung tragen und Selbstbestimmung ausüben wollen, nichts verloren. Bezeichnend für diese Grundstimmung sind nicht zuletzt auch die kritischen Reaktionen der Bürger in den Mitgliedstaaten der EU, ob zum Thema Maastricht, Nizza oder Laeken.

Der von Irland in einer Volksabstimmung abgelehnte Vertrag von Nizza, welcher als Voraussetzung für die EU-Osterweiterung ausgegeben worden ist, scheint hierfür nach Laeken auf einmal nicht mehr unbedingt notwendig zu sein. Die Osterweiterung kommt trotzdem.

Deshalb soll nun, wie vom Europäischen Rat in Laeken beschlossen, ein europäischer Konvent einberufen werden, der so etwas wie eine Europaverfassung vorbereiten soll. Europa soll dadurch demokratischer und bürgernäher werden.

Meine Damen und Herren! Demokratie und Bürgernähe in Europa werden auch dadurch gewahrt, dass man ein wesentliches Grundrecht der demokratischen Mitglied-

staaten anerkennt: das Austrittsrecht aus Europa. Denn nur dann ist gewährleistet, dass die europäische Vereinigung eine freiwillige Vereinigung bleibt und beispielsweise ruinöse Ausgleichszahlungen vermieden werden, weil Staaten, die dazu verpflichtet wurden, eben mit Austritt drohen können.

Meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, soll dieser Grundsatz in der Europaverfassung verankert werden? - Natürlich nicht. Das finde ich auch in Ihrem Antrag nicht. Man möchte nämlich in Zukunft nicht mehr mit Volksabstimmungen wie jüngst in Irland belästigt werden. In Deutschland werden die Bürger ohnehin nicht mehr gefragt. Vielmehr möchte man Derartiges sehr bald, da gegen Europa gerichtet, - wie in der wehrhaften Demokratie der BRD vorbildlich eingeübt - als verfassungsfeindlich einstufen, verfolgen oder zumindest ignorieren können.

Meine Damen und Herren! Europa soll nach Laeken eine führende Rolle in der Welt übernehmen und eine Macht werden, die die Verhältnisse auf der Welt verändert. Die Menschen sollten aber einmal gefragt werden. Die Menschen wollen weder unter einer wie auch immer gearteten Weltregierung leben, noch wollen sie sich mit Haut und Haaren der EU-Problemgemeinschaft verschreiben. Das müssten die politisch Verantwortlichen endlich einmal zur Kenntnis nehmen.

Man kann doch nicht ein Europa der Bürger proklamieren, wie es jetzt wieder in Laeken geschehen ist, ohne die Bürger überhaupt zu fragen. Was soll das sein? Die Sorgen und Ängste der Bürger werden wieder nicht zur Kenntnis genommen. Eine Abstimmung über die Aufgabe der D-Mark oder darüber, ob ein weiterer Ausländerzuzug nach Deutschland stattfinden soll, wäre doch für die Regierenden zum absoluten Debakel geworden. Dennoch lenken sie die Politik in diese Richtung.

Wenn man dabei bedenkt, dass die Bürger schon keine Chance haben, ihre eigene Regierung zur Vernunft zu bringen, muss man sich die Frage stellen, wie das in einem Superolymp EU geschehen soll. Wider den demokratischen Volkswillen - Nizza und die Iren konnten das nicht deutlicher zeigen - werden die Menschen zu etwas verpflichtet, obwohl sie es nicht wollen.

Was die angestrebte europäische Verfassung betrifft, könnte man sich - sollte alles mit rechten Dingen zugehen - gelangweilt zurücklehnen; denn unter solchen Bedingungen wird es keine derartige Verfassung geben, nachdem schon das In-Kraft-Treten der Regelungen von Nizza aufgrund der demokratischen Entscheidung der Iren eigentlich fraglich wäre. Das ist es aber nicht.

Deswegen hält sich mein Vertrauen in Grenzen; denn Verfassungsgebung, meine Damen und Herren, ist ein Akt der Volkssouveränität. Da es aber kein EU-Volk und kein Eurovolk gibt, stellt sich die Frage, wie eine Europaverfassung demokratisch legitimiert werden soll - als ein Europa der entmündigten Bürger oder als ein Europa der Führer, die bestenfalls indirekt demokratisch legitimiert sind?

Schließlich kommt die Gefahr hinzu, die sich in Zeiten wachsenden Freiheitsbewusstseins potenziert: der von Außenminister Fischer und anderen angestrebte zentralistische Bundesstaat, die Vereinigten Staaten von Europa oder wie auch immer und damit die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit der Mitglieder. Das, meine Damen und Herren, ist es nicht, was wir wollen in einem Europa der Vaterländer.

Die Bürger verlangen ein demokratisches Europa, dessen Mitglieder ihre nationale Identität und vor allem ihre Souveränität behalten. Sie möchten ein Europa, das sich um die wirklich wichtigen europäischen Fragen kümmert, wie Sicherheit, grenzüberschreitende Kriminalität und Eindämmung der Migrationsströme. Ich erinnere hier nur an die lächerlichen krummen Gurken. Beispiele gibt es genug.

Die Bürger verlangen vor allem den Abbau der gewaltigen, ausufernden Bürokratie, die Millionen und Abermillionen verschlingt und vielfach nur der eigenen Existenzsicherung dient.

Präsident Herr Schaefer:

Kommen Sie bitte zum Ende. Sie haben Ihre Redezeit bereits überzogen.

Frau Wiechmann (FDVP):

Ich komme zum Ende, Herr Präsident. - Frankreich und England sind dabei, ihre Haltung zur EU in ähnlichen Fragen zu überdenken.

Für die FDVP-Fraktion gibt es keinen Grund, mit einer Zustimmung zu Ihrem Antrag, meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, in den Jubel

Präsident Herr Schaefer:

Kommen Sie bitte zum Ende, Frau Wiechmann. Ansonsten muss ich von der Regelung in § 62 der Geschäftsordnung Gebrauch machen.

Frau Wiechmann (FDVP):

über den derzeitigen Zustand der EU einzufallen. - Danke, Herr Präsident.

(Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Ich hätte Ihnen jetzt das Wort entzogen. - Herr Dr. Sobetzko trägt nunmehr den Standpunkt der CDU-Fraktion vor. Bitte, Herr Dr. Sobetzko.

Herr Dr. Sobetzko (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten noch zurückgebliebenen Damen und Herren!

(Heiterkeit - Zuruf von der PDS: Zurückgeblieben nicht! - Frau Krause, PDS: Das ist zweideutig, Herr Sobetzko! - Frau Theil, PDS: Das kann man zweideutig auslegen!)

- Ich würde es begrüßen, wenn zu dem Thema Europa mehr Abgeordnete anwesend wären.

(Zuruf von Herrn Dr. Süß, PDS)

- Entschuldigen Sie, ich habe mich falsch ausgedrückt. Ich meine natürlich das. Das ist ganz klar.

(Heiterkeit bei der PDS)

Die Erklärung des Europäischen Rates von Laeken - der Ministerpräsident ist bereits ausführlich darauf eingegangen - hat die Europäer hoffnungsvoll gestimmt. Es sieht ganz danach aus, als ob der europäische Reformprozess nach dem offensichtlichen Debakel von Nizza wieder fortgesetzt werden kann. Nicht zuletzt das Euro-

päische Parlament und hier insbesondere die EVP-Fraktion hat einen entscheidenden Anteil hierzu beigetragen. Das wäre in der Form nicht nötig gewesen, hätte man das Dreivierteljahr Vorbereitung in Nizza richtig genutzt. Aber nichts dergleichen geschah.

Meine Damen und Herren! Die Hektik in Nizza ließ die hohen Erwartungen wie Seifenblasen zerplatzen. Nun wurde in Laeken - das ist bereits mitgeteilt worden - die Einsetzung eines Konvents beschlossen. Er wird sich mehrheitlich aus Vertretern des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente zusammensetzen. Deutschland hat darin zwei Vertreter.

Mit Valéry Giscard d'Estaing steht dem Konvent ein unabhängiger und Erfolg versprechender Präsident vor. Die Vizepräsidenten Dehaene und Amato sind ausgewiesene Europäer. Da kann man also sagen: Es läuft gut an. Der Konvent beginnt seine einjährige Arbeit im März dieses Jahres und wird die nächste Regierungskonferenz ausgiebig und transparent für die Öffentlichkeit vorbereiten. Das wurde gesagt.

Alles, was sich daraus ableiten lässt, ist, dass die nächste Regierungskonferenz dann - so hoffen wir; das ist die Zielstellung - im Jahr 2003 in Rom stattfinden kann. Das wäre - denkt man dabei an die Römischen Verträge - ein beachtenswertes Zeichen. Es ist aber auch wichtig, diese Konferenz vor dem Jahr 2004 durchzuführen, damit sie nicht durch die im Jahr 2004 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament belastet wird. Sie können sich vorstellen, was das bedeuten kann.

Der eine der beiden wichtigen Punkte, die durch den Konvent erreicht werden sollen, ist die Beseitigung der institutionellen und organisatorischen Ungereimtheiten, die nach Nizza entstanden sind, und der Ausbau der Handlungsfähigkeit, um den Erweiterungsprozess der EU unter Mitwirkung der Beitrittskandidaten voranzubringen. Dazu zählen die Aufgabenverteilung, die Vereinfachung der Instrumente sowie das Umsetzen der notwendigen Transparenz und Effizienz.

Zweitens soll auf der Grundlage der Charta der Grundrechte der Europäischen Union der Weg für eine europäische Verfassung geebnet werden.

Ich begrüße es, wenn die Landesregierung den Ausschuss für Recht und Verfassung oder gegebenenfalls den Ausschuss für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten über den Fortgang der Beratungen des Konvents informiert.

Lassen Sie mich abschließend noch auf Folgendes aufmerksam machen: Die Ergebnisse von Laeken sind nur erreicht worden, weil intensiv darum gerungen wurde und weil insbesondere durch das Europäische Parlament und die EVP-Fraktion Zeichen gesetzt worden sind. Das sollte man dankbar zur Kenntnis nehmen, insbesondere auch angesichts des ablehnenden Votums Irlands bzw. der Vorbehalte von Belgien und Italien. Hier ist es schon nützlich, wenn die Landesregierung Signale durch den Bundesrat eingibt. So gesehen macht auch unsere parlamentarische Arbeit Sinn.

Die CDU-Fraktion fühlt sich durch die Beschlüsse von Laeken wieder einmal bestätigt. Wir haben sehr zeitig für die Einsetzung eines Konvents gestimmt. Wir haben für die Vorverlegung der Regierungskonferenz vor das Jahr 2004 gestimmt und dürfen annehmen, dass es dazu kommt.

Wir haben in Bezug auf die Beschlussempfehlung zu den Ergebnissen der Konferenz in Nizza sinnvolle Korrekturen vorgeschlagen, die einen realistischen Eindruck vermitteln sollen, die allerdings von der PDS und der SPD mehrheitlich abgelehnt wurden. Ich kann nur empfehlen, die Arbeit zur Europapolitik künftig konstruktiver zu gestalten.

Dem Antrag stimmt die CDU-Fraktion zu, wenngleich er einer der vielen Begrüßungsanträge der Einbringerfraktion ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Die Debatte wird mit dem Beitrag des Abgeordneten Tögel beendet. Bitte, Herr Tögel.

Herr Tögel (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Sobetzko, im Interesse der Sachlichkeit und Konstruktivität wäre es besser gewesen, wenn Sie sich die letzten zwei Sätze verkniffen hätten, denn auch wir haben natürlich für den Konvent plädiert. Wir haben das sogar in unserem Antrag mit vorgeschlagen. Deswegen war es nicht notwendig, noch einmal besonders hervorzuheben, dass sich die CDU dies zu Eigen gemacht hat. Wir haben hier keine Urheberschaft, Sie haben keine Urheberschaft. Wir haben dieses Thema genauso unterstützt wie Sie.

Unabhängig davon halte ich es für eher unwahrscheinlich, dass es zu einer vorgezogenen Regierungskonferenz, wie Sie es eben angedeutet haben, kommen wird.

Deswegen wäre ich aber nicht noch einmal zum Rednerpult gegangen. Ich will noch etwas zum Beitrag der FDVP sagen, nicht weil ich meine, dass das im Hinblick auf die FDVP besonderen Zweck hat,

(Zuruf von Frau Helmecke, FDVP)

sondern ein Stück weit auch im Hinblick auf das Protokoll und die Besucher auf den Zuschauertribünen; denn der Beitrag der FDVP war eher von Unwissenheit und Stammtischparolen geprägt als von Sachkenntnis in Bezug auf diese europäische Debatte.

(Zustimmung bei der SPD - Beifall bei der PDS)

Das bezieht sich zum Beispiel auf die Frage des Austritts. Natürlich kann ein Staat austreten, wenn er dies will; aber nicht einmal die rechtsgerichtete Regierung in Italien oder die von Ihren politischen Freunden von der FPÖ mitgetragene Regierung in Österreich kommt auf einen so wahnwitzigen Gedanken, aus der EU auszutreten, weil sie natürlich genau wüsste, dass sie dies in einem geeinten Europa isolieren würde.

Was die Verfassungsgebung als Bürgerrecht angeht, so müssten Sie auch einmal die Geschichte der Bundesrepublik zurate ziehen. Das Grundgesetz ist von einer parlamentarischen Versammlung erarbeitet worden. Grundgesetzänderungen werden von Bundestag und Bundesrat beschlossen. In dem Sinne sind in Deutschland laut Verfassung keine Volksabstimmungen zulässig. Natürlich hätte ich mir auch gewünscht, dass über manche Dinge eine Volksabstimmung herbeigeführt worden wäre, aber dies ist in unserer Verfassung nicht vorgesehen.

(Frau Wiechmann, FDVP: Man kann sie ja ändern!)

Abschließend will ich noch zwei Sätze sagen. Die Europäische Union hat die längste Friedensperiode in Europa geschaffen. Wir in Deutschland haben mit unseren Nachbarn die längste Friedenszeit mithilfe der Europäischen Union erreicht. Diese Aufgabe der Friedenssicherung hat aus meiner Sicht eine nicht zu unterschätzende, eine sehr hohe Bedeutung.

Diese Stabilität - das ist mein letzter Satz dazu -, die wir in Europa geschaffen haben, sollen, wollen und müssen wir nach Osteuropa exportieren; denn nur dies gibt uns die Chance, auch langfristig in der Zukunft in Europa in Frieden zu leben. - Ich bedanke mich und bitte nochmals um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und bei der PDS - Zustimmung von Ministerin Frau Dr. Kuppe)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte beendet.

(Frau Wiechmann, FDVP, meldet sich zu Wort)

Eine Ausschussüberweisung ist nicht beantragt worden. - Bitte, Frau Wiechmann.

Frau Wiechmann (FDVP):

Ich möchte eine Intervention machen.

Präsident Herr Schaefer:

Bitte, Sie haben das Wort zu einer Intervention. Die Redezeit beträgt nach der Geschäftsordnung zwei Minuten.

Frau Wiechmann (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Tögel, ich hatte das vorhin schon auf der Zunge; meine Redezeit hat nicht ausgereicht.

(Lachen bei der PDS)

Es ist eigentlich schade, aber Sie haben mir die Gelegenheit gegeben, zu den so genannten Stammtischparolen noch etwas zu sagen.

Das Wort „Stammtisch“ soll ja schon abqualifizierend klingen. Ich glaube, Sie treffen nicht so ganz den Nerv, wenn Sie derartig abqualifizierend sagen, die Menschen, die am Stammtisch saßen, seien alle doof und wüssten überhaupt nicht, was gut für sie sei, während die so genannten Politiker wüssten, was für das Volk gut sei.

Fragen Sie einfach mal die Menschen, ob sie nicht doch mitreden und nicht nur alle vier Jahre zum Stimmvieh degradiert werden wollen, sondern bei wichtigen Problemen, die sie persönlich betreffen, auch gefragt werden wollen.

Unser Grundgesetz, das eine tolle Sache ist, wurde bereits mehr als 100-mal geändert. Jetzt stelle ich doch einfach die Frage: Warum ändern wir es nicht noch einmal? Warum kommen denn unsere Politiker nicht endlich einmal auf die Idee, Volksbefragungen per Grundgesetz zuzulassen?

(Zuruf von Frau Krause, PDS)

Andere Länder haben dies doch auch. Die Iren haben das gemacht. Jetzt sagen Sie auf einmal: Na gut, aber das sind eben Stammtischparolen; mein Gott, was interessiert uns ein so kleines Volk wie die Iren? Die haben zwar gesagt, Nizza wollen wir nicht, die EU-Osterweite-

rung wollen wir auch nicht. Eigentlich war es Voraussetzung, aber jetzt wollen sie es plötzlich nicht.

Denken Sie doch einfach einmal nach! Man kann sich doch nicht auf den Standpunkt stellen, ich bin Politiker, ich schwebe hier oben, und was das dumme Volk denkt, interessiert mich nicht. - Ich glaube, hier ist ein grundsätzliches Umdenken notwendig. Es würde Ihnen gut zu Gesicht stehen, wenn Sie das an dieser Stelle einmal machen würden. - Danke schön.

(Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Herrn Mertens, FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Der Abgeordnete Herr Tögel hätte jetzt die Möglichkeit zur Erwidern. - Er verzichtet.

Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung über den Antrag in Drs. 3/5219. Wer sich diesem Antrag anschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei vier Gegenstimmen ist dieser Antrag angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 14**, dem vorletzten Tagesordnungspunkt:

Beratung

Förderung von Investitionen zum Anbau, der Vermarktung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe

Antrag der Fraktion der SPD - **Drs. 3/5221**

Einbringer ist der Abgeordnete Herr Barth. Anschließend ist eine Fünfminutendebatte vorgesehen. Ich kann an dieser Stelle bereits bemerken, dass die DVU auf einen Beitrag verzichtet. Anschließend wird also Herr Sommerfeld für die CDU-Fraktion sprechen. - Bitte, Herr Barth, Sie haben das Wort.

Herr Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns im Landtag schon mehrfach des Themas nachwachsende Rohstoffe angenommen, insbesondere auch im Landwirtschaftsausschuss. Diejenigen, die in diesem Ausschuss tätig sind, werden das sicherlich bestätigen können. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass ich es für notwendig und gut erachte, dieses Thema noch einmal im Landtag zu behandeln und sich ernsthaft mit ihm auseinander zu setzen.

Die Nutzung nachwachsender Rohstoffe spielt in unserem Land, gemessen am Bundesdurchschnitt, eine herausragende Rolle. So hat sich in den letzten Jahren eine ganze Reihe von Unternehmen etabliert, die zukunftsweisend für eine ganze Region sind. Wenn heute von Vernaro oder Cobbelsdorfer Naturstoff GmbH die Rede ist, so haben diese Unternehmen eine Ausstrahlung sowohl in die Region als auch weit über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus. Sie stehen für das, was wir wollen, nämlich einen innovativen Unternehmergeist mit hervorragenden Entwicklungschancen.

In sonst weitgehend gesättigten Märkten haben wir gerade im Bereich der nachwachsenden Rohstoffe mit unseren für die Landwirtschaft vorzüglich geeigneten Standortbedingungen große Chancen, uns mit neuen Technologien am Markt zu etablieren. Ich bin mir sicher, dass nachwachsende Rohstoffe einen wesentlichen Bestandteil der Märkte der Zukunft ausmachen werden.

Schaut man zurück, so kann man feststellen, dass sich die Ansiedlung von Unternehmen einer Branche hauptsächlich dort vollzieht, wo bereits umfangreiches Wissen und Erfahrungen vorhanden sind. Nun ist der Aufbau einer neuen Branche nicht ohne Reibungsverluste möglich. Ein großes Problem für die Verarbeiter nachwachsender Rohstoffe ist ihre Eigenkapitalschwäche. Von daher ist es notwendig, dass wir ihnen über ihre Anfangsschwierigkeiten hinweghelfen.

Auch wir haben das Problem, dass landwirtschaftliche Betriebe angesichts der Ausgleichszahlungen für Marktordnungsrüchte nicht leicht davon zu überzeugen sind, nachwachsende Rohstoffe anzubauen, zumal wenn dafür zusätzliche Investitionen in die Technik erforderlich sind. Ohne die Übernahme einer ordentlichen Portion unternehmerischen Risikos läuft da nichts.

Zu der in unserem Antrag gestellten Forderung weise ich darauf hin, dass bereits in der Vergangenheit Investitionen für Anbau, Vermarktung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe in erheblichem Maße durch das Wirtschafts- und das Landwirtschaftsministerium gefördert wurden. Dennoch vertreten wir die Ansicht, dass den nachwachsenden Rohstoffen in der Förderpolitik ein höherer Stellenwert eingeräumt werden sollte. Als Beispiele möchte die Landesprogramme des Europäischen Ausgleichs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, EAGFL, erwähnen.

Im Rahmen des Agrarinvestitionsprogramms der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ besteht die Möglichkeit, Investitionen in eine artgerechte Tierhaltung oder den Gartenbau zu fördern. Dennoch hat sich das Land entschieden, ein Veredlungsprogramm, Rindvieh-Stabilisierungsprogramm und Gartenbauprogramm im Rahmen der operationellen Programme aufzulegen. Der Hintergrund hierfür bestand darin, dass im Rahmen des Agrarinvestitionsprogramms nur Zinsverbilligungen gewährt werden und Eigenleistungen nicht angerechnet werden können. Gleichzeitig wurde mit den Landesprogrammen deutlich gemacht, welchen Stellenwert die artgerechte Tierhaltung und der Gartenbau haben.

Nun wird es Sie sicherlich nicht verwundern, wenn ich als Altmärker die Ansicht vertrete, dass den nachwachsenden Rohstoffen ein mindestens ebenso hoher Stellenwert beizumessen ist.

Ich halte es im Rahmen einer flexibleren Gestaltung der Förderung nachwachsender Rohstoffe für angebracht, die bei Einzelplan 09 Kapitel 09 02 Titelgruppe 78 enthaltene Förderung durch die nachwachsenden Rohstoffe zu ergänzen. Vor dem Hintergrund, dass es beim Agrarinvestitionsprogramm Verbesserungen gegeben hat, wie zum Beispiel die Zuschussgewährung in Höhe einer abgezinsten Zinsverbilligung, muss sich aus der Aufnahme der nachwachsenden Rohstoffe in die Landesprogramme nicht zwangsläufig eine Verschlechterung für die Förderung der Tierhaltung und des Gartenbaus ergeben.

Ich denke, vor diesem Hintergrund dürfte der Antrag mehrheitsfähig sein. Wir beantragen eine direkte Ab-

stimmung über den Antrag. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Wie bereits angekündigt, hat jetzt Herr Sommerfeld das Wort.

Herr Sommerfeld (CDU):

Verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in diesem Hohen Hause schon sehr oft über nachwachsende Rohstoffe diskutiert. Wir haben uns Betriebe und Ausstellungen angesehen und uns sachkundig gemacht. Wir haben Anhörungen durchgeführt.

Jedoch habe ich bei dieser Beschlussvorlage den Eindruck gewonnen, lieber Kollege Barth, dass die SPD-Fraktion derzeit ihre Schreibtische und Computer leert und in der laufenden Wahlperiode noch ein paar vielleicht „vergessene“ Anträge einbringen will.

(Zustimmung von Herrn Scharf, CDU - Herr Reck, SPD: Egon!)

Meine Damen und Herren! Bereits im Jahr 1992 hatte es die damalige CDU-Regierung verstanden, mit dem Förderkonzept „Nachwachsende Rohstoffe“ einen entsprechenden Rahmen zur Unterstützung des Anbaus in Sachsen-Anhalt zu geben. Ungeachtet der hervorragenden Startbedingungen auf diesem Gebiet hat die CDU in den vergangenen Jahren alles getan, damit die gute Position auf dem Gebiet der nachwachsenden Rohstoffe im Ländervergleich zumindest erhalten bleibt und in der Zukunft weiter verbessert wird. In unserer letzten Initiative, dem Änderungsantrag der CDU vom 13. Oktober 2000 zum Antrag der SPD-Fraktion, wurde ganz konkret darauf eingegangen.

In dieser Legislaturperiode wurde allen Fraktionen mehrfach die Gelegenheit gegeben, der Land- und Forstwirtschaft bei der Förderung von Investitionen zum Anbau, zur Vermarktung und zur Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe helfend unter die Arme zu greifen. Das geschah nicht erst seit dem im April 1999 durchgeführten Gespräch mit Vertretern der Beratungs- und Informationsservicegesellschaft „Nachwachsende Rohstoffe“ und mit den Vertretern des Landesbauernverbandes.

Meine Damen und Herren! Jetzt, am Ende der Legislaturperiode, kurz vor den Wahlen ist der Zeitpunkt, um etwas zu bewegen, einfach falsch gewählt. Wir haben den Antrag vom 13. Oktober 2000 zur Nutzung der Chancen regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe, bei dem auch die Vertreter der Ausschüsse für Umwelt und für Wirtschaft beratend mitwirkten, im Landwirtschaftsausschuss in fünf Sitzungen behandelt. Eine Anhörung dazu fand am 10. Mai des vergangenen Jahres statt.

In der vorläufigen Beschlussempfehlung vom 20. Dezember 2001 - also aus der letzten Sitzung unseres Ausschusses - an die mitberatenden Ausschüsse, die mit 8 : 0 : 1 Stimmen beschlossen worden ist, heißt es unter anderem - ich zitiere, Herr Präsident -:

„Der Landtag der dritten Wahlperiode empfiehlt dem Landtag der vierten Wahlperiode, sich der Thematik regenerativer Energien und nachwachsender Rohstoffe anzunehmen und die weitere Etablierung damit verbundener Technologien zu

unterstützen. Das von der Landesregierung an die ESA in Auftrag gegebene Entwicklungskonzept ist mit den betroffenen Akteuren abzustimmen und zielorientiert umzusetzen.“

Obwohl der besagte Antrag noch nicht abschließend behandelt worden ist - er soll am 28. Februar dieses Jahres erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden -, bringt die SPD-Fraktion in der gegenwärtigen katastrophalen Finanzsituation des Landes erneut einen Antrag zu dieser Problematik ein, der in dieser Wahlperiode, wie gesagt, nicht mehr wirksam werden kann. Das Anliegen der Förderung nachwachsender Rohstoffe ist notwendig und richtig, weil diese für die Zukunft einer modernen Agrarwirtschaft unerlässlich sind. Aus diesem Grund kann ich nur sagen: Es ist ein schöner Antrag, aber zum falschen Zeitpunkt eingebracht. Mein Fraktionsvorsitzender Herr Professor Böhmer würde sagen: Schade ums Papier!

Meine Fraktion ist der Meinung, dass ein Beschluss erst gegen Ende des Jahres 2002 bzw. Anfang 2003 zu den Haushaltsberatungen zum Tragen kommt, wenn im Rahmen der Beurteilung der Halbzeitbilanz der Agenda 2000 die Notifizierungsanträge der Länder möglich werden. Ob dann das Land das Geld dafür hat, ist natürlich von ausschlaggebender Bedeutung.

Bereits in der Sitzung am 7. Juni 2001 hat Herr Minister Keller auf die Finanzprobleme des Landes hingewiesen und ausgeführt, dass eine weitergehende Unterstützung im Haushalt zugunsten der nachwachsenden Rohstoffe im Zusammenhang mit der Errichtung eines Kompetenzzentrums vonseiten des Landes zurzeit nicht möglich sei. Wenn aber trotzdem die Einbringung in die Landesprogramme, den EAGFL erfolgt und wenn eine Aufstockung der veranschlagten Mittel unterbleibt, dann gehen die bisherigen Empfänger mit weniger Geld nach Hause. Ob dies angesichts von BSE und erhöhten Energiepreisen der Agrarwirtschaft gut tut, bezweifle ich.

Derzeit ist die Landesregierung nicht in der Lage, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe in dem notwendigen Umfang kofinanzieren. Ich frage Sie: Soll mit diesem Antrag bereits das Geld der nächsten Landesregierung ausgegeben werden?

Präsident Herr Schaefer:

Herr Abgeordneter, ich darf Sie an Ihre Redezeit erinnern. Sie haben Ihre Redezeit bereits um eine Dreiviertelminute überzogen. Ich bin sehr großzügig.

Herr Sommerfeld (CDU):

Der vorliegende Antrag kann deshalb nicht ganz ernst gemeint sein. Aus diesem Grund ist er überflüssig. Wir lehnen ihn ab. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Es ist in Ordnung, Sie haben sich entschuldigt. Es ist fast eine Minute gewesen.

Für FDVP-Fraktion spricht der Abgeordnete Herr Mertens. Bitte, Herr Mertens.

Herr Mertens (FDVP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gerade in Zeiten einer ständig steigenden Energieverteuerung, an

der die Landesregierung und Sie von der SPD-Fraktion durch die Befürwortung der Ökosteuern nicht ganz unbeeiligt sind, erleben alte Pflanzenkulturen mit neuen Verwendungsmöglichkeiten und die Verwendung von Holz als zukunftssträchtiger Energielieferant eine neue Blütezeit.

Im Wohnungs- und im Automobilbau werden seit einigen Jahren immer mehr industrielle Dämm- und Baustoffe durch solche aus nachwachsenden Rohstoffen, wie Stroh, Hanf, Schafswolle und Flachs, ersetzt. Raps und andere Ölfrüchte liefern den Rohstoff für Biodieselmotoren und Schmierstoffe. Holz gewinnt als Brennstoff im kommunalen Bereich und im privaten Haushalt immer mehr an Bedeutung. Die Aufzählung könnte fortgeführt werden.

Die Energie- und Rohstoffverteuerung sowie die Verknappung bringen einen Strukturwandel in der Wirtschaft mit sich. Besonders in Deutschland als rohstoffarmem Land wird dies immer deutlicher. Der Trend entwickelt sich zu einer wirtschaftlichen Nutzung nachwachsender Rohstoffe und zum Austausch endender Energieträger.

Hierin sehen wir als Fraktion eine Chance für die Landwirtschaft und die Industrie in Sachsen-Anhalt. Der Standort Sachsen-Anhalt bietet im Bereich nachwachsender Rohstoffe aufgrund der Größe seiner landwirtschaftlichen Fläche, der Bereitschaft der Landwirte zum Anbau entsprechender Pflanzen und der mehr als 50 Institute und Firmen, die sich mit nachwachsenden Rohstoffen beschäftigen, günstige Voraussetzungen, um diesen wachsenden Markt zu beliefern und sich nutzbar zu machen.

Meine Damen und Herren! Die von SPD-Fraktion in ihrem Antrag geforderte Förderung von Investitionen zum Anbau, zur Vermarktung und zur Verarbeitung von nachwachsenden Rohstoffen würde dabei sicherlich hilfreich sein. Aber das Land kann nur finanzielle Mittel bereitstellen, wenn diese auch vorhanden sind. Angesichts der Steuermindereinnahmen in der Größenordnung von einigen Hundert Millionen scheint es bei der Umsetzung noch Probleme zu geben. Die neue Landesregierung wird dann diesbezüglich in der Pflicht stehen. - Ich bedanke mich.

(Zustimmung von Frau Helmecke, FDVP, und von Frau Wiechmann, FDVP)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die PDS-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Herr Krause.

Herr Krause (PDS):

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren! Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass viele innovative Ideen und Produktentwicklungen auf dem Weg zur Markteinführung an der fehlenden Umsetzungsmöglichkeit scheitern. Als Gründe dafür sind die nicht stimmigen ökonomischen Rahmenbedingungen, die Kapitalchwäche dieser jungen Unternehmen und oft auch die fehlende Risikobereitschaft - nicht der engagierten Menschen vor Ort, sondern der öffentlichen Hand - zu nennen.

Ein weiterer Grund ist die bundesweit prekäre Haushaltslage, die dazu führte, dass sich der Bund aufgrund der Veränderung der Förderprogramme mehr oder weniger aus der Verantwortung stahl. Ich denke dabei an die veränderten Förderkonditionen für Biogasanlagen.

Wenn nachwachsende Rohstoffe und Energieträger auf dem Wirtschaftsmarkt Fuß fassen und künftig eine wachsende Rolle spielen sollen, dann bedeutet dies zugleich, herkömmliche Produkte und Technologien auf der Basis fossiler Energieträger zu verdrängen. Die entsprechenden EU-, Bundes- und Landesförderprogramme sind dafür Weichenstellungen. Sie setzen für viele herkömmliche ressourcenintensive Technologien in allen Bereichen der Wirtschaft neue Maßstäbe und sind verständlicherweise zugleich auch ein Affront für die konservative Wirtschafts- und Finanzlobby, die alles daran setzt, ihre Marktposition zu behaupten.

In vielen zurückliegenden Beratungen, Konferenzen und Arbeitsgesprächen, an denen wir teilgenommen bzw. die wir selbst organisiert und durchgeführt haben, haben Fachleute aus der Landwirtschaft, der Wirtschaft und der Wissenschaft wiederholt auf die besonderen Schwierigkeiten der Entwicklung und der Einführung neuer Technologien und Produkte hingewiesen.

Die bisherigen Erfahrungen - ob in Cobbelsdorf oder bei Vernaro in Gardelegen - haben gezeigt, dass die Umsetzung der besten Projekte nur dann gelingt, wenn mutig, risikobereit und entschlossen handelnde Menschen vor Ort sowie Investoren vor allem in fast regelmäßig wiederkehrenden schwierigen Phasen nicht allein gelassen werden. Genau an dieser Stelle ist die Risikobereitschaft der öffentlichen Hand, der Bundes- und der Landespolitik gefragt.

Sehr verehrte Damen und Herren! Bedauerlicherweise ist die Risikobereitschaft aber genau an dieser Stelle oftmals zu vermissen, an der Stelle, wenn es um den wirklichen Durchbruch auf dem Markt geht. Viele Projekte, die bis dahin Millionen verschlungen haben, kommen bei diesem Punkt nicht weiter.

Genau dann, wenn es um diesen entscheidenden letzten Punkt in der Förderung geht - um die Markteinführung größeren Stils -, lässt eigenartigerweise die Risikobereitschaft nach. Es wird dann erklärt, wie viele Fördermittel man schon investiert habe, dass man nicht unendlich fördern könne und dass eine weitere Förderung zu einer Wettbewerbsverzerrung führen würde.

Schließlich wendet man sich einem neuen Projekt zu und dasselbe Prozedere wiederholt sich genau bis zu diesem Punkt.

Sehr verehrte Damen und Herren! Ich wollte die Debatte zu dem vorliegenden Antrag nutzen, um deutlich zu machen, dass trotz einzelner erfolgreich umgesetzter Förderprogramme zur Markteinführung neuer Produkte und Technologien noch ein ganzes Stück Arbeit vor uns liegt und der Erfolg auch davon abhängen wird, ob es uns gelingt, die Förderpolitik darauf auszurichten.

Mit dem vorliegenden Antrag soll die Förderung von Investitionen zum Anbau, zur Verarbeitung und zur Vermarktung nachwachsender Rohstoffe und Energieträger mit der Aufnahme in das operationelle Programm erweitert werden.

Das unterstützen wir; dennoch komme ich nicht umhin, unsere Verwunderung darüber zum Ausdruck zu bringen, dass die gesamte Palette dieser Förderung nicht Bestandteil des Antragspaketes des Landes für das operationelle Programm war. Das ist für uns neu und erst mit diesem Antrag zutage getreten.

Sehr verehrte Damen und Herren! Neben der Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten ist vor allem aus arbeitsmarktpolitischer Sicht die Wirksamkeit des gesamten

Volumens unserer Förderprogramme nicht nur auf diesem Gebiet zu erhöhen. Für uns heißt das, die interministerielle Zusammenarbeit zu verbessern, die finanziellen Möglichkeiten und fachlichen Potenzen der unterschiedlichen Ressorts zu bündeln und nach dem Beispiel von Thüringen und Mecklenburg ein wissenschaftliches und fachliches Gremium außerhalb der ministeriellen Strukturen zu installieren.

Mit dem Ruf nach einem Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe ist der politische Wille bereits mehrfach zum Ausdruck gebracht worden. Jetzt muss endlich auch gehandelt werden.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Für die SPD-Fraktion spricht nochmals der Abgeordnete Herr Barth und im Anschluss daran der Landwirtschaftsminister.

(Zuruf von Minister Herrn Keller)

- Sie möchten vor Herrn Barth sprechen? - Nein. Herr Barth, Sie haben das Wort.

Herr Barth (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte eigentlich nicht noch einmal reden, aber ich muss natürlich auf das, was mein verehrter Kollege Herr Sommerfeld gesagt hat, reagieren.

Mein lieber Egon, wir beide stammen aus der Landwirtschaft, und du weißt genauso gut wie ich, dass im Frühjahr wieder die Bestellung erfolgt, und aus aktuellem Anlass habe ich diesen Zeitpunkt gewählt. Nicht weil wir Wahlen haben,

(Herr Dr. Keitel, CDU, lacht)

sondern weil es bei einer bestimmten Firma vor Ort Probleme gibt, Anbauflächen in genügender Weise zu finden, um die Produktionspalette nachher absichern zu können.

Gerade auch dieser Antrag soll dazu beitragen, den Landwirten, die jetzt noch überlegen, ob sie Hanf anbauen oder nicht, zu helfen. Natürlich ist mir klar, dass das erst im nächsten Haushaltsjahr relevant sein könnte, wenn wir das Geld dafür finden. Aber wir Landwirte sind erfinderisch und werden das schaffen.

Von der Warte her kann ich nicht verstehen, dass die CDU-Fraktion diesen Antrag jetzt ablehnt; denn es ist ein Signal nach außen für unsere Landwirte, die zurzeit in der Entscheidungsfindung stehen, ob sie sich für nachwachsende Rohstoffe entscheiden oder nicht. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Jetzt hat der Landwirtschaftsminister die Möglichkeit, seinen Standpunkt darzulegen. Bitte, Herr Minister.

Herr Keller, Minister für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Abschluss der Debatte kurz die Stellungnahme der Landesregierung abgeben.

Es ist völlig richtig, dass das Thema „nachwachsende Rohstoffe“ den Landtag häufig bewegt hat. Herr Sommerfeld, Sie haben akribisch aufgezeigt, wie viele Situationen wir in dieser Legislaturperiode dazu hatten und wie oft sich der Ernährungsausschuss damit beschäftigt hat. Wir werden es - das ist richtig - auch in der nächsten Tagung wieder hier verhandeln können.

Aber, meine Damen und Herren, es ist in der Tat auch so, dass die Frage der Förderung zurzeit in verschiedenen Bereichen behandelt wird und dass darüber nachgedacht werden muss. Herr Barth hat es eben in seiner Zwischenintervention noch einmal gesagt.

Es gibt in der Tat Bewegung, momentan insbesondere in der Altmark, und Sie wissen, dass die Frage des Anbaus, der Verarbeitung und der Vermarktung nachwachsender Rohstoffe eine der großen Kompetenzen ist, die wir im Lande Sachsen-Anhalt haben.

Im Bereich der regionalen Wirtschaftskompetenzen ist gerade die Altmark mit nachwachsenden Rohstoffen ganz vorn und sie spielt im Rahmen des wirtschaftspolitischen Konzeptes der Landesregierung eine große Rolle. Insofern ist es, glaube ich, des Schweißes der Edlen wert - wenn ich das einmal sagen darf -, dass man sich so häufig wie möglich auch mit den Konditionen der Förderung beschäftigt.

Somit komme ich zu Ihnen, Herr Krause. Es ist nicht ganz richtig - insofern haben Sie den Antrag der SPD-Fraktion falsch interpretiert -, dass die Förderung nachwachsender Rohstoffe nicht jetzt schon Gegenstand des operationellen Programms wäre. Es ist möglich, sonst könnten wir gar nicht fördern, und wir tun es ja momentan.

Das, was hier angesprochen wird, ist die Frage, ob nicht im Rahmen der Midtime-Review der Europäischen Union Nachsteuerungen erforderlich sind. Wir müssen unsere Programme immer fein steuern und schauen, was noch notwendig ist und wo wir noch Bedarfe haben, damit wir uns dann auch EG-konform verhalten. Das müssen wir in Brüssel nachweisen. Das ist damit gemeint und an diesem Thema bleiben wir natürlich dran.

Zweifellos ist es so, dass die nachwachsenden Rohstoffe derzeit auf den verschiedensten Ebenen gefördert werden. Ich glaube, das muss ich noch einmal deutlich machen. Im landwirtschaftlichen Bereich über die entsprechenden Zuschüsse, über die Möglichkeit, nachwachsende Rohstoffe auf Stilllegungsflächen anzubauen, im Rahmen der Förderung der Verarbeitung und der Vermarktung aufgrund der Gemeinschaftsaufgabe, im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe zur regionalen Wirtschaftsförderung und natürlich auch im Bereich der Erzeugergemeinschaften können wir etwas machen.

Jedoch muss wirklich noch einmal nachgeschaut werden, inwieweit bessere Möglichkeiten vorhanden sind und inwieweit auch im Rahmen der EU-Strukturförderung künftig im Lande zusätzliche Mittel eingesetzt werden können, zum Beispiel auch durch die Umschichtung der derzeit im Lande gefahrenen Agrarinvestitionsprogramme.

Im Übrigen hat sich im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ der Planak mit dem Thema befasst und neue Förderbedingungen für das Jahr 2002 festgelegt. Hierüber ist eine verstärkte Förderung möglich und das

werden wir bei der weiteren Beurteilung der Situation ins Auge fassen müssen.

Insofern wird die Landesregierung, wenn der Landtag diesen Auftrag erteilt - allerdings auch ohne einen solchen Auftrag -, die Dinge sehr genau beobachten, nachsteuern und die Möglichkeiten der Förderung, Vermarktung und Verarbeitung nachwachsender Rohstoffe im Lande verbessern.

Eines möchte ich noch sagen. Herr Krause, Sie sollten sich, wenn Sie eine Rede halten, immer auf den neuesten Stand bringen. Das Thema BiogASFörderung ist wahrhaftig erledigt. Der Bund hat in der Zwischenzeit sein Marktanzreizprogramm für das Jahr 2002 nachgesteuert; es ist sogar aufgestockt worden.

(Herr Krause, PDS: Aha!)

Die Proteste in diesem Bereich haben also eine nachhaltige Wirkung erzielt. Insofern kann ich Sie diesbezüglich beruhigen.

(Zustimmung von Herrn Krause, PDS)

Gerade die Förderung von regenerativen Energien ist ein großes Anliegen der derzeitigen Bundesregierung. Wir haben erreicht, dass die Anstrengungen in diesem Bereich verstärkt werden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Krause, PDS)

Präsident Herr Schaefer:

Herr Minister, der Abgeordnete Herr Scharf hat eine Frage. Sind Sie bereit zu antworten? - Bitte, Herr Scharf.

Herr Scharf (CDU):

Herr Minister, können Sie sich daran erinnern, dass sich die Landesregierung auch bei anderen Teilen des operationellen Programms bzw. bei der Feinststeuerung und Nachjustierung durch das Parlament hat beauftragen lassen? Oder war die Landesregierung in der Vergangenheit nicht vielmehr Manns genug, dies allein zu erkennen und zu bearbeiten? Denn Sie haben in Ihrer Rede eben ausgeführt, dass Sie ohnehin tätig werden, unabhängig davon, wie das Parlament jetzt entscheidet.

Herr Keller, Minister für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt:

Herr Scharf, wir freuen uns immer über eine starke Rückendeckung durch den Landtag.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Zustimmung von Herrn Krause, PDS - Herr Scharf, CDU, und Herr Gürth, CDU, lachen)

Präsident Herr Schaefer:

Danke sehr. - Meine Damen und Herren! Damit ist die Debatte abgeschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Es kommt nur eine direkte Abstimmung infrage. Wer dem Antrag in der Drs. 3/5221 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Eine Enthaltung. Somit ist der Antrag angenommen worden und der Tagesordnungspunkt 15 erledigt.

Meine Damen und Herren! Wir kommen zu dem letzten Tagesordnungspunkt; dieser ist schnell abgehandelt. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 15** auf:

Beratung

**Behandlung im vereinfachten Verfahren gemäß § 38
Abs. 3 GO.LT (Konsensliste) - Drs. 3/5223 neu**

(Unruhe)

- Ich bitte, etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen.

Meine Damen und Herren! Erstmals liegt uns mit der Drs. 3/5223 neu eine so genannte Konsensliste vor. Die Liste enthält zwei Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Ernährung, Landschaft und Forsten. Wir stimmen über diese Drucksache ab. Auch wenn eine Debatte dazu nicht vorgesehen ist, muss ich fragen - es geht darum, zwei Anträge für erledigt zu erklären -: Möchte trotzdem jemand etwas dazu sagen? - Das ist nicht der Fall.

Dann stimmen wir jetzt darüber ab. Wer der Konsensliste zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei vier Enthaltungen ist diese Konsensliste angenommen worden.

Meine Damen und Herren! Wir sind am Ende der 37. Sitzungsperiode des Landtages angelangt. Ich berufe den Landtag zu seiner 38. Sitzungsperiode für den 21. und 22. Februar dieses Jahres ein. Die nächste Sitzung des Ältestenrates findet am 14. Februar 2002 statt.

Die Sitzung des Landtages ist damit geschlossen. Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen eine gute Heimfahrt.

Schluss der Sitzung: 12.53 Uhr.

Herausgegeben vom Landtag von Sachsen-Anhalt
Eigenverlag
Erscheint nach Bedarf